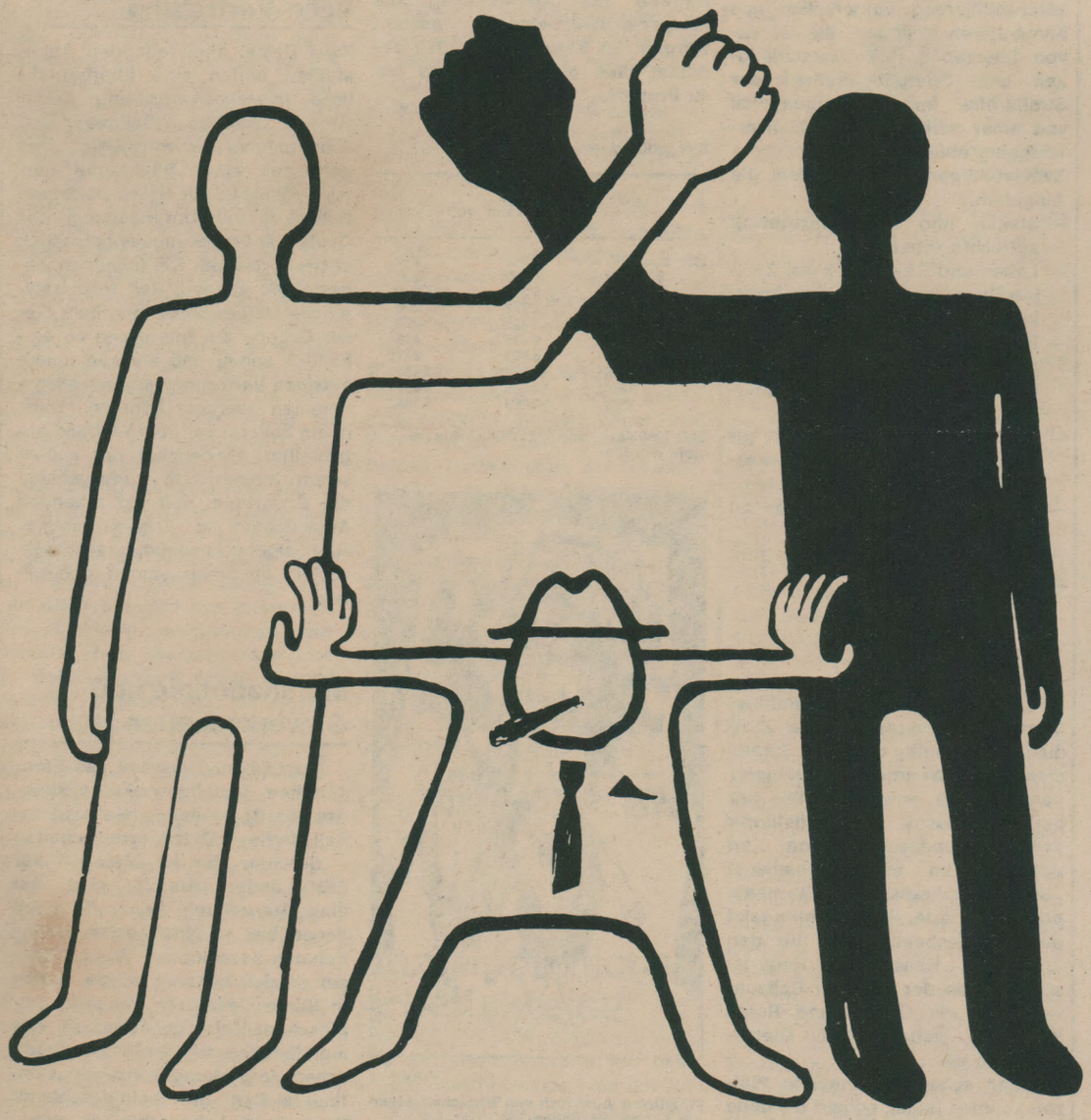
D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 33
Mai '72 DM 1,20

1. Mai – Alle vereint . . .



. . . denn alle Arbeiter sind Fremdarbeiter

1. Mai: Alle vereint, weil wir alle Arbeiter sind, ob Deutsche oder Ausländer. Arbeiter sein heißt: arbeiten, ohne zu bestimmen, was hergestellt wird und wofür. Arbeiter sein heißt: den Lohn wieder abliefern an jene, für die wir arbeiten müssen, die die Fabriken und Büros besitzen, die Geschäfte, in denen wir kaufen müssen, die Häuser, in denen sie uns wohnen lassen. Selbst das Land, das wir aufbauten, gehört ihnen.

Arbeiter sein heißt: nur geduldet, solange wir gebraucht werden, zum alten Eisen geworfen, wenn wir das Tempo nicht mehr halten können. Arbeiter sein heißt: Fremder sein am Arbeitsplatz, Fremder in der Mietswohnung, Fremder im Land, das unser eigenes sein sollte! Fremdarbeiter!

Alles gehört jenen, die von unserer Arbeit und von unseren Löhnen profitieren, den Kapitalisten. Gegen sie müssen wir zusammenstehen, nicht nur am 1. Mai, für die Rechte der Arbeiter. Alle! Denn alle Arbeiter sind Fremdarbeiter!

In dieser Ausgabe:

Kommentare
Gert Schäfer: Vor dem 1. Mai 3
Heinz Hauser: Ein sogenannter linker Gewerkschafter 4
Hasan Nokta: Gewaltherrschaft in der Türkei 5
Claudio Pozzoli: Neue KPI und alter Reformismus 6
Julian Karl: UNCTAD III 7

Berufsverbot
Wolfgang Lefèvre: Präventivstrategie 9

International
Eva Brumlop: Bergarbeiterstreik 11

Strategie
SHB/Sozialistische Fraktion: Kritik „gewerkschaftlicher Orientierung" 13

Diskussion
Egbert Jahn: Links von der KP 15

Sozialismus
Hansgeorg Conert: Jugoslawien II 18

Arbeiterbildung
Neuer Informationsdienst 23

Organisationen
Sozialpolitische Arbeitskreise 23
Besucht die Bundeswehr 23
Gruppenarbeit im sozialen Bereich 23

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;
- die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;
- Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;
- eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

Redaktion „links"

●

Um beide Projekte, das Sozialistische Büro und die Zeitung „links", tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt. (Weiterhin gibt das Sozialistische Büro u. a. einen Info für progressive Lehrer und eine „Sozialistische Betriebskorrespondenz" heraus.)

Arbeitsgruppe
Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt/M. 2956 80

Informationen

Zivilverteidigung

„Moderne Kriege gefährden alle Bürger und den Staat als Ganzes. Darum ist Zivilverteidigung ebenso notwendig wie militärische Verteidigung. Die Bundesregierung wird ein Weißbuch über die Zivilverteidigung veröffentlichen.

Die Bundesregierung hält die zivile Verteidigung für einen untrennbaren und unverzichtbaren Teil der Gesamtverteidigung. Sie befürwortet Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vornehmlich aus humanitären Gründen. Sie ist davon überzeugt, daß Einsatzfähigkeit und Operationsfreiheit der Streitkräfte im Verteidigungsfall von einer wirkungsvollen Zivilverteidigung abhängen.

Zvilverteidigung hat vor allem die Aufgaben,

- Staats- und Regierungsgewalt aufrechtzuerhalten,
- Leben und Gesundheit der Zivilbevölkerung vor Kriegseinwirkungen zu schützen,
- Bevölkerung und Streitkräfte mit Lebensmitteln, Gütern der gewerblichen Wirtschaft und Energie zu versorgen,
- Instandsetzungsleistungen für lebens- und verteidigungswichtige Objekte zu gewährleisten,
- die Streitkräfte unmittelbar zu unterstützen."

(Verteidigungs-Weißbuch der Bundesregierung 1971/72)

Zivildienst

Zu einer allgemeinen Nothilfe-Organisation werde sich der Zivildienst, wie künftig der zivile Ersatzdienst für Wehrdienstverweigerer genannt wird, entwickeln. Wie der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Karl Wienand, im Informationsdienst „Sozialdemokratische Sicherheitspolitik" erklärte, lägen bereits jetzt dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Hans Iven, Bedarfsschätzungen der sozialen Spitzenverbände wie Caritas und Rotes Kreuz für weitere 15 000 Dienstleistende vor.

Mit den schon vorhandenen Plätzen könnten damit, sobald die neue Rechtsgrundlage für den Zivildienst verabschiedet sei, mehr als 22 000 Dienstleistende zur Wahrnehmung wichtiger, aber bisher aus Personalmangel vernachlässigter Aufgaben vermittelt werden.

Wir lebten in einem Land, „dessen öffentliche Dienstleistungen nicht Schritt halten können mit dem wachsenden Aufkommen an Kindern ohne Kindergärten, an Alten ohne Betreuung, Hilflosen ohne Versorgung, Sportstätten ohne Sportwarte, Landschaft ohne Landschaftsschutz und an Verkehrseinrichtungen ohne Wartung". Hier werde künftig der Zivildienst als Nothilfe-Organisation eintreten können.

Kriegsdienstverweigerer

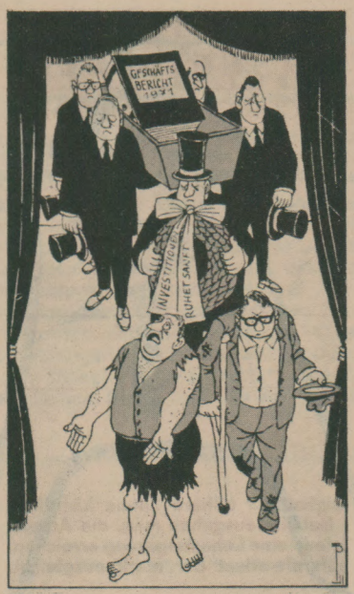
Ein „immenser Anstieg" der Zahl der Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer in den Monaten Januar/Februar 1972 gegenüber dem Vorjahr ist vom Bundesbeauftragten für den zivilen Ersatzdienst, Hans Iven, festgestellt worden. Während 1971 in diesem Zeitraum 7899 Anträge gestellt wurden, liegt die Zahl in diesem Jahr bei 10 205 Anträgen. Dies bedeutet eine Steigerungsquote von 29 Prozent.

Insgesamt waren 1971 rund 27 500 Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt worden. Im Vergleich zu 1970 bedeutet dies eine Steigerung um 42 Prozent.

Kriegsdienstverweigerer 1956 bis 1971

Jahr	Anträge insgesamt	von Soldaten
1956 bis 1961	14 947	240
1962	4 489	162
1963	3 311	218
1964	2 777	205
1965	3 437	272
1966	4 431	418
1967	5 963	871
1968	11 952	3 495
1969	14 420	2 600
1970	19 363	3 184

Seit 1956 sind rund 107 000 Anträge gestellt worden.



Vorwärts

Plötzlicher Ausbruch von Wirtschaftselend bei Lohnforderungen jeglicher Art

Verständnis-Förderung

Die Bundesregierung hat die Absicht Baden-Württembergs begrüßt, künftig Unterricht über Landesverteidigung an den Schulen zu erteilen. Die gleiche Absicht soll in dem geplanten „Zivilverteidigungsweißbuch" der Bundesregierung bundeseinheitlich ausgesprochen werden.

In einer in Bonn veröffentlichten Erklärung zu den Demonstrationen gegen den Erlaß des Kultusministeriums in Baden-Württemberg betonte die Bundesregierung, daß die Demonstranten aufgrund einseitiger Informationen das eigentliche Ziel des Erlasses verkennen würden. Bundeskanzler Willy Brandt sei bei seiner Anregung an die Ministerpräsidenten, Probleme der Landesverteidigung im Sozialkundeunterricht zu behandeln, davon ausgegangen, daß bei der jungen Generation Verständnis für die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung als Voraussetzung jeder Entspannungspolitik geweckt werden müsse.

Leitende Angestellte für eigene einheitliche Vertretung

Zwei Drittel aller leitenden Angestellten halten eine überbetriebliche Interessenvertretung dieser Gruppe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer für erforderlich. Das geht aus einer Stichprobe hervor, die Professor Heinz Hartmann (Münster) mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgewertet hat. Die leitenden Angestellten meinen, daß trotz zahlreicher Unterschiede innerhalb dieser Gruppe die Interessen so einheitlich seien, daß sie von einem einzigen Vertretungsorgan wahrgenommen werden könnten. Hartmann äußerte vor dem Verband angestellter Akademiker der chemischen Industrie in Ludwigshafen die Erwartung, daß die leitenden Angestellten in Zukunft stärker eine „eigene Auseinandersetzungspartei" im Unternehmen darstellten.

Multinationale und Gewerkschaften

Der Exekutivausschuß des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB), in dem ‚freie' und sozialistische Metallgewerkschaften — darunter die IG Metall — der EWG-Länder vereinigt sind, hat eine Ausweitung seiner Tätigkeit gegenüber multinationalen Unternehmen beschlossen. Wie in Brüssel offiziell bekannt wurde, sollen in Kürze Gespräche mit der europäischen Holdinggesellschaft des marktbeherrschenden amerikanischen Verpackungskonzerns „Continental Can" (in Westdeutschland: Schmalbach-Lubeca-Werke) aufgenommen sowie Gespräche mit den Vorständen von Philips und VFW-Fokker fortgesetzt werden. Außerdem wurden für die deutsch-italienische Gruppe AEG-Telefunken/Zanussi sowie die Automobilhersteller-Gruppen Klöckner-Humboldt-Deutz / Saviem / Volvo / DAF / Peugeot / Renault / Alfa Romeo gewerkschaftliche Koordinierungsausschüsse als Vorstufe künftiger Gespräche mit den Unternehmensleitungen gebildet.

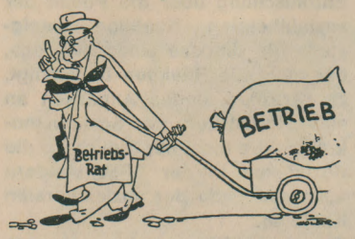
kommentare

Vor dem 1. Mai

Gert Schäfer

Wenn diese Ausgabe erscheint, werden die Landtagswahlen in Baden-Württemberg entschieden sein. Ein paar Tage später findet im Bundestag vermutlich die entscheidende Abstimmung über die ‚Ostverträge' statt. Zwischen diesen scheinbaren Haupt- und Staatsaktionen liegt, sichtlich etwas verloren, der Tag der Arbeit, der einmal ein Kampftag der internationalen Arbeiterbewegung war. Noch in dem Mai-Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Für eine bessere Welt" ist der unbestimmte Nachklang jener historischen Bewegung zu vernehmen, die auszog, die Ketten der Lohnsklaverei zu sprengen, um eine Welt zu gewinnen, unter dem unvergänglichen Banner der ‚Solidarity of Labour', des ‚Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!' Während die Hauptparole des DGB von der gesamtwirtschaftlichen und einzelbetrieblichen „qualifizierten Mitbestimmung", so unscharf sie auch sein mag, bei den gegenwärtigen gesellschaftlichen Machtverhältnissen in der Bundesrepublik die Machtfrage stellen und unverhüllten Klassenkampf provozieren würde — wäre sie wirklich eine aktuelle und entschlossene Forderung — müssen sich die engsten politischen Verbündeten der Gewerkschaften, muß sich die sozialdemokratisch geführte Regierungskoalition ihrer Haut erwehren, weil sie eine Außenpolitik verfolgt, die nichts anderes als die absurdesten Illusionen und längst überfällig gewordenen Relikte des Kalten Krieges sowie der westdeutschen Selbstüberhebung in Europa beseitigen will, aber als Ausverkauf sogenannter deutscher Interessen, ja freiheitlich-westlicher Lebensart überhaupt denunziert wird. Wie jedermann weiß, was selbst die unsägliche Frankfurter Allgemeine Zeitung beteuert: bei einem Scheitern der Verträge „stünden wir dann da: die Bundesrepublik wäre aus Osteuropa ausgesperrt und im Westen isoliert", so weiß nicht weniger jeder, daß einer finsteren Tradition der deutschen Geschichte getreu in Wahrheit wiederum tatsächlich innerpolitische Konflikte unter dem Anschein des Primats der Außenpolitik ausgefochten werden. Das offen und unterschwellig aktualisierte Syndrom des Chauvinismus ist erneut aufs intimste mit den diffusen Ängsten und gleichzeitig aggressiven Sehnsüchten gesellschaftlicher Schichten verknüpft und verkoppelt worden, deren Statusfurcht sich mit dem projektiven Haß auf die vermeintlichen Gefährder ihres Wohlstandes und ihrer Sicherheit verbindet. Der deutlicher als jemals um die CDU/CSU versammelte Bodensatz des nationalen deutschen Imperialismus trat zu seinem letzten Gefecht an — und will die Weichen stellen für einen kommenden westeuropäischen Imperialismus unter Führung der Bundesrepublik, als der stärksten ökonomischen Macht dieses Bündnisses. Wer hat die vollkommen offene Sprache der Herren Strauß e tutti quanti vergessen, die vor den letzten Bundestagswahlen den Führungsanspruch Bonns in Europa, die machtpolitische und territoriale Ausdehnung nach Osteuropa als außenpolitische Zielsetzung und einen notwendig damit verbundenen Autoritarismus im Innern, eine faktische und rechtliche „Generalrevision" des Verfassungssystems verlangt hatten? Die einst Tragödien verursachten — die beiden Weltkriege — spielen augenblicklich aber nur noch eine miserable Farce; es ist eine feine geschichtliche Ironie, daß einer der glaubwürdigsten Politiker, den die CDU jemals hervorgebracht hat, Herr Barzel, diese Farce verkörpern, daß ein Herr Strauß von Menschenrechten schwärmen, der deutschnationale Herr Schröder als ‚elder statesman' fungieren und der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der den Namen Marx trägt, damit drohen kann, den „gegenwärtig noch starken Mann im Kreml", Breschnew, zu stürzen, denn dieser vergesse, daß es durchaus andere politische Wege gebe, die dann vielleicht „von anderen Partnern in Moskau und Bonn ausgehandelt und unterzeichnet werden".

Da der besinnungslosen Reaktion jedoch gegenwärtig nach außen die Hände gebunden sind, versucht sie mit außenpolitischen Illusionen und Potenzträumen innergesellschaftliche Konflikte für sich zu entscheiden und die politischen Ausgangspositionen der Reaktion zu sichern. Die ‚Ostpolitik' der sozialliberalen Regierung entspricht indessen so sehr den Strategien der beiden Lager und der Logik der europäischen ‚friedlichen Koexistenz', das heißt den imperialen Strategien der Supermächte, daß für absehbare Zeiträume keine westdeutsche Regierung eine andere Politik betreiben könnte. Die von beiden Seiten ins Feld geführten außenpolitischen Phrasen verdecken vielmehr, sofern sie nicht leeren Illusionen huldigen, das wirkliche politische Geschehen: die Bestätigung des Status quo, die militärische wie politische Frontbegradigung vor allem der Supermächte in Europa, damit diese ihre Ressourcen im Innern und in den sozialen Kämpfen in der „Dritten Welt" effektiver einsetzen können. Wenn die ‚Ostpolitik' der sozialliberalen Regierung für die Bundesrepublik gleichwohl eine unerwartete und in der Tat — immer noch — mutige Abkehr von den Lebenslügen des westdeutschen Staates und dem wahnwitzigen Abenteurertum des Kalten Krieges darstellt, dann sollte jedoch umgekehrt nicht vergessen werden, daß sie noch weit davon entfernt ist, ein rationales und realitätsgerechtes Verhältnis sowohl zu der Existenz eines „sozialistischen Staates" in Deutschland als auch zu der internationalen und innergesellschaftlichen Konstellation zu besitzen, die mit der Formel der „friedlichen Koexistenz" bezeichnet wird. Das zeigt sich nicht zuletzt an dem (selbst unter bloß wahltaktischen Gesichtspunkten) kläglichen und schwächlichen Verhalten von SPD und FDP, der Demagogie ihrer Konkurrenzparteien CDU/CSU nicht mit offenem Visier entgegenzutreten, sondern innen- wie außenpolitisch aus der Defensive heraus zu kämpfen, sich auf das Terrain der sozialen und chauvinistischen Demagogie einzulassen.



„Natürlich darfst du mitziehen — aber wohin es geht, das bestimme allein ich."

Die Taktik der CDU/CSU hat der SPD ein Paket geschnürt, das mit den Reizworten Klassenkampf, Sozialismus, Neutralismus, Kriminalität, Staatsautorität, Soziale Marktwirtschaft, freiheitlich-demokratische Grundordnung, schleichende Revolution und Inflation etikettiert ist. Herr Barzel verkündet: „Man kann es nicht verheimlichen, daß die Politik der SPD neutralistische Tendenzen zeigt. Aus einer Umfrage in der Bevölkerung vom vergangenen Herbst — ein Reflex dieser Politik — geht in besorgniserregender Weise hervor, daß schon 50 % der Bevölkerung in der BRD einer Neutralisierung gewogen sein könnte." Klassenkampf und Radikalismus feierten so fröhliche Urständ. Die schleichende Inflation sei „einer der gefährlichsten, weil lautlosen Hebel in der Hand derjenigen, die das System der sozialen Marktwirtschaft überwinden wollen". Die Bundesregierung habe „ganz andere Wertvorstellungen" als sie öffentlich verkünde. Die Herren Brandt und Wehner seien Sozialisten, und die Sozialdemokraten würden von den Sozialisten an die Wand gedrückt. Die Fundamente des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaats seien in Gefahr. In dieser Situation müsse sich die CDU „zur Konfrontation mit der Unfreiheit bekennen". Herr Strauß betrachtet es als die besondere Infamie der Sozialisten und Neutralisten, sich an die Spitze des Staates und der Wirtschaft zu stellen, um beide zu ruinieren, damit sodann die sozialistische Diktatur eingeführt werden könne. Die gesamte Reaktion brüllt, der Autoritätszerfall des Staates sei erschreckend; „seit der Übernahme der Regierung durch die jetzige Koalition nimmt die Kriminalität auffällig zu. Linksradikale und Kommunisten versuchen, den Staat zu verunsichern". Kurzum, den Sozialdemokraten, aber auch den „Radikalen" in der FDP wird unterstellt, was sie auf keinen Fall sein möchten: Sozialisten. In düsterer Prophetie warnt selbst ein Herr Genscher vor der „Lust am Untergang". Bei dieser Taktik (an deren Wahrheitsgehalt solche Leute wie etwa der Frankfurter Bankier von Bethmann sogar glauben) handelt es sich ganz gewiß um eine alte Erfahrung: daß nämlich schon vor akuten gesellschaftlichen Krisensituationen auch die „sozialstaatlichen" Reformer des Kapitalismus, die alles andere als den Kapitalismus beseitigen wollen, als Marxisten und Sozialisten, daß selbst harmlose Liberale als Wegbereiter der „Revolution" bezeichnet werden. Selbst die angestrengteste Anpassungspolitik von Sozialdemokraten und Liberalen kann diese Taktik (die in Deutschland eine finstere Tradition hat) nicht unterlaufen. Statt dessen führt sie dazu, daß diejenigen, die keine Sozialisten sein wollen, aber als solche denunziert werden, vergeblich bebeteuern, alles sei ja gar nicht so schlimm, und sie seien ja die „modernen" Hüter von Marktwirtschaft und Demokratie. So ist im Baden-Württembergischen Landtagswahlkampf beobachtet worden, daß die Vertreter der SPD sich in der „fatalen Lage" befinden, den „Angriffen und Vorwürfen der CDU mit Dementis hinterherlaufen zu müssen. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht (die Sozialdemokraten) ihre Statistiken und Erfolgsberichte schwenken, um darzutun, daß weder der Preisanstieg noch die Unterwanderung von Schulen und Justiz, noch die Gefährdung der inneren Sicherheit oder die Lage des Mittelstandes so katastrophal sei, wie dies die Redner der Union im Lande irgendwo erklärt haben" (FAZ, 4. 4. 72).

Die sozialliberale Koalition versucht, dem Geruch der „schleichenden Revolution" zu entgehen, indem sie demonstrativ Forderungen aus dem Arsenal der Reaktion erfüllt; die Verdoppelung des Etats für den Verfassungsschutz, Unterdrückungsmaßnahmen insgesamt, das Anbiedern an die ökonomischen Machteliten usw. sind die teils selbstgewollten, teils als Konzession gedachten Handlungen der reformerischen Parteien. Das berühmte englische Wort, daß zwar die Labour Party ab und zu regieren möge, die Konservativen aber ohnehin weiter herrschten, gilt, als Konsequenz der wirklichen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse im Kapitalismus, nicht weniger für die Bundesrepublik. Allein die Tatsache, daß die sozialstaatlichen Konnexparteien des entwickelten kapitalistischen Systems erstarrte ökonomische und politische Interessen gefährden und die naturwüchsigen Resultate des Kapitalismus nicht vollständig akzeptieren können, versetzt sie in das Zwielicht einer den Kapitalismus gefährdenden Politik, zumal in einer so hysterisierten und wahnhaften politischen Tradition wie der Deutschlands. Dabei ist es vollkommen klar, daß die CDU/CSU politisch heute nichts zu bieten

hat, was sie besser als SPD und FDP geeignet erscheinen ließe, die Probleme des Kapitalismus zu lösen und Massenloyalität zu sichern. Das haben auch Repräsentanten der CDU/CSU erkannt („wenn die CDU jetzt die Regierung übernehmen würde, müßte sie in der Wirtschafts- und Außenpolitik eine ganze Menge zeigen, doch da wird nicht viel zu zeigen sein", Abgeordneter Giulini). Das einzige, was CDU/CSU daher aufzubieten hätten, ist ein verschärfter Unterdrückungskurs im Innern. Weil dies das einzige ist, womit sie die an sie geknüpften Erwartungen erfüllen könnten, wäre ihre Regierungsübernahme so gefährlich. Das in ihnen und um sie versammelte manifest autoritäre Potential könnte als Bestätigungsobjekt heute nur die „abweichenden" gesellschaftlichen Gruppen suchen und finden. Was dies für die westdeutsche Linke bedeuten würde, braucht nicht besonders hervorgehoben werden.

Inzwischen pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß die sozialliberale Koalition die in sie gesetzten Erwartungen gesellschaftlicher Reform nicht erfüllen kann. So vage diese Erwartungen gewesen sein mögen, so sehr sind sie dennoch enttäuscht worden. Diese Kluft ist es, die der Reaktion politischen Aufwind verschaffte und die Regierungskoalition in die Defensive drängte. Sie hat sich dabei selbst in ihrer eigenen Ideologie gefangen, nach der mit den Mitteln politischer Steuerungsgewalt die sichtbaren Mängel des ökonomischen Systems und seiner Resultate zu beseitigen wären, ohne dieses System selbst grundlegend zu verändern. Sie hat sich darüber hinaus in der politischen Ideologie verfangen, nach der die Regierung für den ökonomischen Prozeß des Kapitalismus verantwortlich sei. Jeder weiß, daß in Wirklichkeit, von großen Kriseneinbrüchen abgesehen, eine Regierung im heutigen Kapitalismus lediglich zwischen Arbeitslosigkeit und permanenter Inflation wählen kann (und daß die Anpassung der westdeutschen Verhältnisse an die durchschnittliche Inflationsrate im Zuge des fortschreitenden ökonomischen Integrationsprozesses in Europa ganz unvermeidlich ist). Bereits auf dem Saarbrücker Parteitag im Mai 1970 bedauerte Bundeskanzler Brandt in einem Stoßseufzer die Durchsetzungsfähigkeit der Großunternehmen und die Hilflosigkeit der Parteiendemokratie ihnen gegenüber. Überdies wurde die Konzeptionslosigkeit der SPD, wie in der Bildungspolitik, überdeutlich. Die Kluft zwischen den Erwartungen breiter Massen und dem tatsächlichen Handlungsspielraum der Regierung könnte allein dadurch politisch fruchtbar werden, daß ihr Zusammenhang mit den kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen offen zum politischen Diskussionsthema wird. Wenn es nicht gelingt, die Enttäuschung über die weitgehend scheiternde Reformpolitik in eine rationale sozialistische Alternative überzuleiten, droht die Gegenwelle nach rechts, die Reaktion übermächtig zu werden. Von der SPD ist natürlich insgesamt keine sozialistische Politik, auch keine reformistische, zu erwarten. Die Sozialisten in ihr müssen jedoch wissen, daß es für sie heute keine wichtigere Aufgabe gibt, als parteiintern und öffentlich eine konsequente sozialistische Position zu beziehen, um angesichts der wachsenden Enttäuschung über die Politik der sozialliberalen Koalition wenigstens die Umrisse eines Auswegs, der nicht die Reaktion begünstigt, zu vertreten. Jedes Anpassen an einen Rechtskurs der Sozialdemokratie wäre nicht nur tödlich für die Sozialisten in der SPD, sondern auch das Ende der sozialliberalen Koalition.

Gesellschaftliche Lernprozesse spielen sich nicht allein als intellektuelle Verständigungsprozesse ab. Die Massen, die morgen sozialistisch handeln sollen, müssen heute am eigenen Leib erfahren, daß die von ihnen in die reformerischen Parteien gesetzten Erwartungen langfristig enttäuscht werden, daß eine Reform des Kapitalismus insgesamt — gemessen am zivilisatorischen Erwartungshorizont der nicht durch Faschismus und Stalinismus geschlagenen und demoralisierten Massen — unmöglich ist. Auf diese historische Realität bezogen, kann heute kein Sozialist in der Bundesrepublik das Ende der sozialliberalen Regierung wünschen, so wenig er mit ihr zu schaffen hat. Der Glanz der „technokratischen Reformer" ist jedoch schon verblaßt. Je mehr politisches Unbehagen sich abzeichnen wird, desto intensiver wird der Versuch unternommen, diese Unzufriedenheit in eine auch gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gerichtete Emotion zu lenken, um auf diese Weise den Weg einer neuen Rechten zu bereiten. In aus Zorn geborenen Einsichten, die die offiziellen Regeln des politischen Systems durchbrechen, ist auch aus berufenem sozialdemokratischen Munde mitunter zu hören, wo die wirkliche Gegenmacht zur Reaktion zu finden ist: „Wir sind nicht die schwachen Sozialdemokraten von Weimar. Dies ist nicht Weimar, wir sind keine Schlappschwänze an der Regierung ... Dann werden wir die Betriebe mobilisieren." Wohl gesprochen! Wie gehandelt?

Bundeskanzler Brandt wird aber nicht in die Betriebe gehen, um sie zu mobilisieren. Wenn er und die Seinen diesen Schritt voran gingen, würden sie von den Herrschenden als Radikale, als Feinde von Verfassung, Demokratie und Freiheit verfolgt, ganz so wie heute die konsequenten Demokraten und Sozialisten verfolgt werden. Darüber lassen die Medien der Herrschenden nicht den geringsten Zweifel. Ganz ebenso sicher wäre es, daß ein Bundeskanzler Brandt, würde er sich auf die schlummernde Macht der Arbeiterklasse besinnen, bei der nächsten Gelegenheit im Bundestag gestürzt würde. So wie die Dinge heute liegen, kann eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung keinen ernsthaften Schritt wagen, der den Widerstand der herrschenden kapitalistischen Klasse, von ihren unmittelbaren politischen Repräsentanten zu schweigen, herausfordern würde. Einzig eine kampfbereite Arbeiterklasse hätte es in der Hand, die kapitalistische Klassenherrschaft zu biegen und zu brechen.

Geblendet und gefesselt von ihrer

eigenen Ideologie der Sozialpartnerschaft, ist die Bundesregierung im Ernstfall auf den guten Willen und die Zusammenarbeit mit jenen angewiesen, welche die wirklichen Kommandohöhen der Gesellschaft, die ökonomischen Herrschaftspositionen der kapitalistischen Klassengesellschaft besetzt halten. Die ökonomischen Machteliten begrenzen den Handlungsspielraum politisch, so wie die Funktionsgesetze des Kapitalismus der Regierung das ökonomische Handeln aufzwingen. Die Regierung, der kapitalistische Staat ist nur dann Souverän, wenn er die Notwendigkeit der kapitalistischen Klassenherrschaft erfüllt. Erfüllt er sie nicht, so wird die Regierung oder sogar die Staatsform gewechselt. Gegen diese Tatsachen der Klassengesellschaft hilft — das wissen wir alle — allein die entschlossene Tat der überwältigenden Mehrheit des Volkes, der Lohn- und Gehaltsabhängigen, der gesellschaftlichen Arbeiterklasse. Sie wird, unter der gleißnerischen Oberfläche politischer und rechtlicher Gleichberechtigung, ausgepreßt, unterdrückt, mit den Zuckerbroten schlechter Konsumwaren abgespeist, mit Neckermann-Reisen und Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand belogen und betrogen, mit der fadenscheinigen Ideologie der Chancengleichheit oder Leistungsgerechtigkeit an der Nase herumgeführt.

Der Mai-Aufruf des DGB fordert gerechte Entlohnung, mehr freie Zeit, sichere und menschenwürdige Arbeitsplätze sowie humane Produktionsbedingungen. All dies wird es im Kapitalismus nicht geben, wenn wir unter gerechter Entlohnung das Ende der Ausbeutung, unter freier Zeit eine wirklich freie menschliche Selbstbetätigung, unter sicheren und menschenwürdigen Arbeitsplätzen das Ende der Lohn- und Gehaltsabhängigkeit, die Selbstbestimmung am Arbeitsplatz wie in der Gesellschaft, endlich unter humanen Produktionsbedingungen die Beseitigung stumpfsinniger und fremdbestimmter Arbeit verstehen, das Ende unkontrollierter Herrschaft von Menschen über Menschen — wenn wir also nicht das Ende der Klassenherrschaft wollen.

Der DGB hat das Motto „Für eine bessere Welt" ausgegeben. Um sie zu erkämpfen, benötigen wir Gewerkschaften, die sich auf ihren Ursprung als Organe der Arbeiterklasse und auf ihre sozialistischen Ziele besinnen, Gewerkschaften, die das abgegriffene schöne Bild der Sozialpartnerschaft dort hinstellen, wo es längst hingehört: in das Museum für Märchen und Lügen der herrschenden Klasse. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!

Für eine bessere Gesellschaft!

Für einen besseren DGB!

Gegen Klassen- und Cliquenherrschaft!

Gegen Ausbeutung und Unterdrükkung!

Gegen Fremdbestimmung, für Selbstbestimmung!

Für einen neuen Mai, einen internationalen Kampftag der Arbeiterbewegung!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Ein sogenannter linker Gewerkschafter

Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, hat sich die „Neue Linke" vorgenommen. In einem Artikel des Zentralorgans seiner Gewerkschaft (Nr. 4/1972) möchte er nachweisen, daß es das Ziel linker Gruppen in den Betrieben und Gewerkschaften ist, die Arbeiterbewegung und insbesondere die Gewerkschaftsbewegung zu zersplittern und zu zerstören. Mahlein hält diese Gruppen zwar für bedeutungslos, für Sektierer, eigentlich lohnt es sich nicht einmal, ihnen viel Raum zu widmen — doch die Kritik dieser Gruppen scheint den „linken" Gewerkschafter Mahlein, der so nebenbei der DKP Reverenz erweisen möchte und Lenin gegen die Anarchisten zu zitieren versteht, nervös gemacht zu haben. Was er zur Charakterisierung linker Gruppen, die für ihn schlicht und einfach die „Neue Linke" sind, sich leistet, das hätte in Springers „Welt" oder im „Bayern-Kurier" stehen können, und uns dann auch nicht weiter beschäftigt.

Mahlein stellt drei Symptome dieser „Neuen Linken" fest: Sie sehe es als ihre Hauptaufgabe an, eine revolutionäre kommunistische Partei aufzubauen, wende dazu anarchistische Methoden an und zeige eine starke linksfaschistische Tendenz. Im ganzen handelt es sich für Mahlein bei dieser „Neuen Linken" um „anarchistisch-linksfaschistische Sektierer". Auf eine Analyse der politischen Verhältnisse, unter denen

hat, was sie besser als SPD und FDP geeignet erscheinen ließe, die Probleme des Kapitalismus zu lösen und Massenloyalität zu sichern. Das haben auch Repräsentanten der CDU/CSU erkannt („wenn die CDU jetzt die Regierung übernehmen würde, müßte sie in der Wirtschafts- und Außenpolitik eine ganze Menge zeigen, doch da wird nicht viel zu zeigen sein", Abgeordneter Giulini). Das einzige, was CDU/CSU daher aufzubieten hätten, ist ein verschärfter Unterdrückungskurs im Innern. Weil dies das einzige ist, womit sie die an sie geknüpften Erwartungen erfüllen könnten, wäre ihre Regierungsübernahme so gefährlich. Das in ihnen und um sie versammelte manifest autoritäre Potential könnte als Bestätigungsobjekt heute nur die „abweichenden" gesellschaftlichen Gruppen suchen und finden. Was dies für die westdeutsche Linke bedeuten würde, braucht nicht besonders hervorgehoben werden.

Inzwischen pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß die sozialliberale Koalition die in sie gesetzten Erwartungen gesellschaftlicher Reform nicht erfüllen kann. So vage diese Erwartungen gewesen sein mögen, so sehr sind sie dennoch enttäuscht worden. Diese Kluft ist es, die der Reaktion politischen Aufwind verschaffte und die Regierungskoalition in die Defensive drängte. Sie hat sich dabei selbst in ihrer eigenen Ideologie gefangen, nach der mit den Mitteln politischer Steuerungsgewalt die sichtbaren Mängel des ökonomischen Systems und seiner Resultate zu beseitigen wären, ohne dieses System selbst grundlegend zu verändern. Sie hat sich darüber hinaus in der politischen Ideologie verfangen, nach der die Regierung für den ökonomischen Prozeß des Kapitalismus verantwortlich sei. Jeder weiß, daß in Wirklichkeit, von großen Kriseneinbrüchen abgesehen, eine Regierung im heutigen Kapitalismus lediglich zwischen Arbeitslosigkeit und permanenter Inflation wählen kann (und daß die Anpassung der westdeutschen Verhältnisse an die durchschnittliche Inflationsrate im Zuge des fortschreitenden ökonomischen Integrationsprozesses in Europa ganz unvermeidlich ist). Bereits auf dem Saarbrücker Parteitag im Mai 1970 bedauerte Bundeskanzler Brandt in einem Stoßseufzer die Durchsetzungsfähigkeit der Großunternehmen und die Hilflosigkeit der Parteiendemokratie ihnen gegenüber. Überdies wurde die Konzeptionslosigkeit der SPD, wie in der Bildungspolitik, überdeutlich. Die Kluft zwischen den Erwartungen breiter Massen und dem tatsächlichen Handlungsspielraum der Regierung könnte allein dadurch politisch fruchtbar werden, daß ihr Zusammenhang mit den kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen offen zum politischen Diskussionsthema wird. Wenn es nicht gelingt, die Enttäuschung über die weitgehend scheiternde Reformpolitik in eine rationale sozialistische Alternative überzuleiten, droht die Gegenwelle nach rechts, die Reaktion übermächtig zu werden. Von der SPD ist natürlich insgesamt keine sozialistische Politik, auch keine reformistische, zu erwarten. Die Sozialisten in ihr müssen jedoch wissen, daß es für sie heute keine wichtigere Aufgabe gibt, als parteiintern und öffentlich eine konsequente sozialistische Position zu beziehen, um angesichts der wachsenden Enttäuschung über die Politik der sozialliberalen Koalition wenigstens die Umrisse eines Auswegs, der nicht die Reaktion begünstigt, zu vertreten. Jedes Anpassen an einen Rechtskurs der Sozialdemokratie wäre nicht nur tödlich für die Sozialisten in der SPD, sondern auch das Ende der sozialliberalen Koalition.

Gesellschaftliche Lernprozesse spielen sich nicht allein als intellektuelle Verständigungsprozesse ab. Die Massen, die morgen sozialistisch handeln sollen, müssen heute am eigenen Leib erfahren, daß die von ihnen in die reformerischen Parteien gesetzten Erwartungen langfristig enttäuscht werden, daß eine Reform des Kapitalismus insgesamt — gemessen am zivilisatorischen Erwartungshorizont der nicht durch Faschismus und Stalinismus geschlagenen und demoralisierten Massen — unmöglich ist. Auf diese historische Realität bezogen, kann heute kein Sozialist in der Bundesrepublik das Ende der sozialliberalen Regierung wünschen, so wenig er mit ihr zu schaffen hat. Der Glanz der „technokratischen Reformer" ist jedoch schon verblaßt. Je mehr politisches Unbehagen sich abzeichnen wird, desto intensiver wird der Versuch unternommen, diese Unzufriedenheit in eine auch gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gerichtete Emotion zu lenken, um auf diese Weise den Weg einer neuen Rechten zu bereiten. In aus Zorn geborenen Einsichten, die die offiziellen Regeln des politischen Systems durchbrechen, ist auch aus berufenem sozialdemokratischen Munde mitunter zu hören, wo die wirkliche Gegenmacht zur Reaktion zu finden ist: „Wir sind nicht die schwachen Sozialdemokraten von Weimar. Dies ist nicht Weimar, wir sind keine Schlappschwänze an der Regierung ... Dann werden wir die Betriebe mobilisieren." Wohl gesprochen! Wie gehandelt?

Bundeskanzler Brandt wird aber nicht in die Betriebe gehen, um sie zu mobilisieren. Wenn er und die Seinen diesen Schritt voran gingen, würden sie von den Herrschenden als Radikale, als Feinde von Verfassung, Demokratie und Freiheit verfolgt, ganz so wie heute die konsequenten Demokraten und Sozialisten verfolgt werden. Darüber lassen die Medien der Herrschenden nicht den geringsten Zweifel. Ganz ebenso sicher wäre es, daß ein Bundeskanzler Brandt, würde er sich auf die schlummernde Macht der Arbeiterklasse besinnen, bei der nächsten Gelegenheit im Bundestag gestürzt würde. So wie die Dinge heute liegen, kann eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung keinen ernsthaften Schritt wagen, der den Widerstand der herrschenden kapitalistischen Klasse, von ihren unmittelbaren politischen Repräsentanten zu schweigen, herausfordern würde. Einzig eine kampfbereite Arbeiterklasse hätte es in der Hand, die kapitalistische Klassenherrschaft zu biegen und zu brechen.

Geblendet und gefesselt von ihrer

eigenen Ideologie der Sozialpartnerschaft, ist die Bundesregierung im Ernstfall auf den guten Willen und die Zusammenarbeit mit jenen angewiesen, welche die wirklichen Kommandohöhen der Gesellschaft, die ökonomischen Herrschaftspositionen der kapitalistischen Klassengesellschaft besetzt halten. Die ökonomischen Machteliten begrenzen den Handlungsspielraum politisch, so wie die Funktionsgesetze des Kapitalismus der Regierung das ökonomische Handeln aufzwingen. Die Regierung, der kapitalistische Staat ist nur dann Souverän, wenn er die Notwendigkeit der kapitalistischen Klassenherrschaft erfüllt. Erfüllt er sie nicht, so wird die Regierung oder sogar die Staatsform gewechselt. Gegen diese Tatsachen der Klassengesellschaft hilft — das wissen wir alle — allein die entschlossene Tat der überwältigenden Mehrheit des Volkes, der Lohn- und Gehaltsabhängigen, der gesellschaftlichen Arbeiterklasse. Sie wird, unter der gleißnerischen Oberfläche politischer und rechtlicher Gleichberechtigung, ausgepreßt, unterdrückt, mit den Zuckerbroten schlechter Konsumwaren abgespeist, mit Neckermann-Reisen und Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand belogen und betrogen, mit der fadenscheinigen Ideologie der Chancengleichheit oder Leistungsgerechtigkeit an der Nase herumgeführt.

Der Mai-Aufruf des DGB fordert gerechte Entlohnung, mehr freie Zeit, sichere und menschenwürdige Arbeitsplätze sowie humane Produktionsbedingungen. All dies wird es im Kapitalismus nicht geben, wenn wir unter gerechter Entlohnung das Ende der Ausbeutung, unter freier Zeit eine wirklich freie menschliche Selbstbetätigung, unter sicheren und menschenwürdigen Arbeitsplätzen das Ende der Lohn- und Gehaltsabhängigkeit, die Selbstbestimmung am Arbeitsplatz wie in der Gesellschaft, endlich unter humanen Produktionsbedingungen die Beseitigung stumpfsinniger und fremdbestimmter Arbeit verstehen, das Ende unkontrollierter Herrschaft von Menschen über Menschen — wenn wir also nicht das Ende der Klassenherrschaft wollen.

Der DGB hat das Motto „Für eine bessere Welt" ausgegeben. Um sie zu erkämpfen, benötigen wir Gewerkschaften, die sich auf ihren Ursprung als Organe der Arbeiterklasse und auf ihre sozialistischen Ziele besinnen, Gewerkschaften, die das abgegriffene schöne Bild der Sozialpartnerschaft dort hinstellen, wo es längst hingehört: in das Museum für Märchen und Lügen der herrschenden Klasse. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!

Für eine bessere Gesellschaft!

Für einen besseren DGB!

Gegen Klassen- und Cliquenherrschaft!

Gegen Ausbeutung und Unterdrükkung!

Gegen Fremdbestimmung, für Selbstbestimmung!

Für einen neuen Mai, einen internationalen Kampftag der Arbeiterbewegung!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Ein sogenannter linker Gewerkschafter

Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, hat sich die „Neue Linke" vorgenommen. In einem Artikel des Zentralorgans seiner Gewerkschaft (Nr. 4/1972) möchte er nachweisen, daß es das Ziel linker Gruppen in den Betrieben und Gewerkschaften ist, die Arbeiterbewegung und insbesondere die Gewerkschaftsbewegung zu zersplittern und zu zerstören. Mahlein hält diese Gruppen zwar für bedeutungslos, für Sektierer, eigentlich lohnt es sich nicht einmal, ihnen viel Raum zu widmen — doch die Kritik dieser Gruppen scheint den „linken" Gewerkschafter Mahlein, der so nebenbei der DKP Reverenz erweisen möchte und Lenin gegen die Anarchisten zu zitieren versteht, nervös gemacht zu haben. Was er zur Charakterisierung linker Gruppen, die für ihn schlicht und einfach die „Neue Linke" sind, sich leistet, das hätte in Springers „Welt" oder im „Bayern-Kurier" stehen können, und uns dann auch nicht weiter beschäftigt.

Mahlein stellt drei Symptome dieser „Neuen Linken" fest: Sie sehe es als ihre Hauptaufgabe an, eine revolutionäre kommunistische Partei aufzubauen, wende dazu anarchistische Methoden an und zeige eine starke linksfaschistische Tendenz. Im ganzen handelt es sich für Mahlein bei dieser „Neuen Linken" um „anarchistisch-linksfaschistische Sektierer". Auf eine Analyse der politischen Verhältnisse, unter denen

linke Gruppen in den Betrieben und Gewerkschaften entstanden sind, eine Analyse ihrer Geschichte und ihrer programmatischen Aussagen glaubt Mahlein verzichten zu können. Er muß auf eine solche Analyse auch verzichten, denn sie hätte ihm die Denunziation nicht mehr erlaubt, um die es ihm offenbar ging.

Es kann hier nicht darum gehen, die vielfältigsten Gruppen auf der politischen Linken mit ihrem recht unterschiedlichen Verhältnis zu den Gewerkschaften gegenüber Mahlein zu verteidigen. Die Demagogie seines Artikels entlarvt sich selbst. In Leserzuschriften haben auch einige Kollegen dazu das Nötige bereits gesagt. Die Absicht, die Mahlein gerade jetzt mit seinem Angriff auf die „Neue Linke" verfolgt, verdient unsere Aufmerksamkeit.

Sozialistenverfolgungen hat es in den Gewerkschaften immer wieder gegeben: vor 1914, in den Monaten der deutschen Novemberrevolution, in der Weimarer Republik, in den 50er Jahren. Immer dann, wenn die Gewerkschaften mit der systemimmanenten Interessenvertretung der Lohnabhängigen im Kapitalismus gegenüber ihren Mitgliedern in Legitimationsschwierigkeiten geraten sind, ist die Analyse und Kritik des gewerkschaftlichen Reformismus unterdrückt, verketzert und wenn es ging auch mundtot gemacht worden. Mahlein weiß das zu genau. Er weiß auch, daß die Gewerkschaften heute nicht mehr in der Lage sind, mit den Mitteln der Tarifpolitik noch entscheidende soziale Fortschritte zu erzielen. Und er weiß auch, daß das Dilemma der Gewerkschaften den eigenen Mitgliedern bewußt wird.

Die Kritik der Kollegen in der eigenen Organisation ist dem „linken" Gewerkschafter ein Dorn im Auge. Da er es sich im Moment noch nicht leisten kann, diese Kritik zu unterdrücken, schlägt er erst einmal auf jene ein, die in ihren Gruppen und Organisationen bisher Versuche einer Reorganisation der sozialistischen Bewegung in der BRD gemacht haben. Die organisierte Hetze gegen Sozialisten und Kommunisten, Berufs- und Einreiseverbote, die Kampagne gegen die Baader-Meinhof-Gruppe, kommen Mahlein's dabei sehr gelegen. Willkommen ist auch die propagandistische Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus. Mit dieser Masche glaubt er die Kollegen in seiner Organisation davon abhalten zu können, über die Kritik linker Gruppen an den gesellschaftlichen Verhältnissen und der Politik der Gewerkschaften nachzudenken.

Die Kollegen werden darüber nachdenken. Sie werden auch darüber nachdenken, wie ein Gewerkschaftsvorsitzender zum Handlanger der Reaktion werden kann.

HEINZ HAUSER

Worte des Vorsitzenden Mahlein

„Das dritte symptom für diese sektierer ist eine starke linksfaschistische tendenz, wobei sich hier eine bestimmte überschneidung mit anarchistischen merkmalen feststellen läßt. Das sinnbild des faschismus setzt sich aus der zerschlagung der demokratie und der arbeiterbewegung, aus der entwicklung einer ausgeprägten sozialen demagogie und aus einem hemmungslosen politischen abenteuertum zusammen. Diese kriterien sind auf die ‚neuen linken' sicher ebenfalls anzuwenden."

Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier

Die Diktatur in der Türkei läßt ihren Schleier fallen

Durch den größten organisierten politischen Mord in der Geschichte der Türkei demonstrierten die Machthaber eine unverhüllte Gewaltherrschaft. Dennoch ließen die Gewaltherrscher nichts unversucht, das Blutbad zu legitimieren. Durch neue Maßnahmen soll das vom Militär an die Macht lancierte Regime befestigt werden.

Nachdem die beiden Häuser des türkischen Parlaments und der türkische Staatspräsident die Todesurteile für Deniz Gezmis, Yusuf Aslan und Hüseyin Inan bestätigten, blieb als letzte Chance eine Verfassungsklage. Diese kann von einer Partei ausgehen, die im türkischen Parlament über eine Fraktion verfügt. Die gemäßigt linksliberale „Republikanische Volkspartei" Inönüs entschloß sich zu diesem Schritt, weil sie den Verlauf des Prozesses sowohl vor dem militärischen Sondergericht als auch im Parlament zu Recht für verfassungswidrig erklärte.

Die konservativen und reaktionären Parteien, die geschlossen die Regierung unterstützen, versuchten alles, um die Vollstreckung der Todesurteile, ohne es erst zu einer Verfassungsklage kommen zu lassen, schnellstens vorzunehmen. Da es im türkischen Recht keinen Hinweis darüber gibt, daß die Regierung auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtes warten müsse, ersuchte Inönü den Ministerpräsidenten Erim, dies zu tun, da nach der Vollstreckung der Todesurteile eine Verfassungsklage keinen Sinn mehr habe. Die Regierung Erim traf jedoch keinerlei Anstalten, sich entsprechend den internationalen Rechtsnormen zu verhalten, vielmehr traf sie sämtliche Vorbereitungen zur Vollstreckung der Todesurteile.

Daß die Genossen von Deniz Gezmis, Yusuf Aslan und Hüseyin Inan gerade unter diesen Umständen der Vollstreckung nicht tatenlos zusehen würden, wußte die türkische Regierung; sie provozierte bewußt eine Aktion, die zu der Entführung der drei Techniker und dem politischen Mord an 12 Menschen führte.

Die Entführer der drei Radartechniker wollten nicht um jeden Preis ihre Genossen befreien, wie es von der Regierung verbreitet wird, sondern sie wollten in erster Linie deren Hinrichtung verhindern. Hätten die türkischen Herrscher das geringste Interesse gehabt, das voraussehbare Blutbad zu verhindern, hätte es genügt, den Entführern freie Ausreise ins Ausland zu garantieren und zu versprechen, daß ohne die Entscheidung des Verfassungsgerichts eine Hinrichtung nicht in Frage käme.

Die starre Haltung der Regierung verhärtete sich noch, als bekannt wurde, daß die Führer der türkischen Untergrundbewegung Mahir Çayan, Cihan Alptekin und Ömer Ayna diese Aktion durchführten, an deren Vernichtung bzw. Verhaftung der türkischen Regierung viel mehr gelegen war als am Leben der drei Techniker.

Die konservative Heath-Regierung hatte den Herrschern der Türkei Rückendeckung mit den klaren Worten gewährt: „den Entführern sollen keine Konzessionen gemacht werden."

Die ominöse Formel „auf der Flucht" oder „beim Gefecht erschossen", hatte es in den letzten Monaten der türkischen Regierung ermöglicht, „mit den Entführern kurzen Prozeß zu machen" (so Rudolph Chimelli). Es genügte, den der Regierung unterstellten Publikationsorganen bekanntzugeben: soundso viel Anarchisten sind getötet worden, als sie sich zu Wehr setzten. Wer die Darstellung der türkischen Regierung über das Blutbad verfolgt hat, dem könnte schon aus ihren völlig widersprüchlichen Erklärungen klar werden, daß die Wahrheit verheimlicht wird.

Weshalb wurde den Pressevertretern ein Tag vor dem Blutbad die Einreise in das Dorf Kizildere, wo die Ereignisse stattfanden, verweigert? Weshalb hat man eine sofortige Nachrichtensperre verhängt? Weshalb gibt es keinen Film, keine klaren Bilder über die Ereignisse? Weshalb sind alle Entführer getötet worden, abgesehen von einem von ihnen, der sich im Keller des Hauses versteckt hielt? Diese und viele andere Fragen machen das gezielte Vorhaben der Regierung sehr deutlich.

Nach dem Massaker in Kizildere — Erschossene Befreiungskämpfer dpa

Die Methoden der türkischen Regierung, die Geiseln durch Gegengeiseln von Angehörigen der Entführer freizuzwingen, nennen die „Salzburger Nachrichten" „unzweideutige Drohung mit Mord, schamlose Mißachtung der Menschenrechte und ein durch nichts entschuldbares Verbrechen ... Ein Staat, der seine eigenen Rechtsnormen unter dem Vorwand bricht, damit Recht sichern zu wollen, wählt den Weg in nackte Barbarei".

Mit Zusicherungen Nixons („Die Türkei ist eine brennende Wand, für die Sicherung dieser Wand sind wir bereit, alles zu tun") proklamierte Erim nach seinem USA-Besuch die Zukunftspläne seiner Regierung: Die Verfassungsänderungen, die in 35 Artikeln die Verfassung von 1961 grundlegend veränderten, würden für die Sicherung des Systems nicht ausreichen. Noch radikalere Verfassungsänderungen seien nötig, nämlich: 1. Gründung von Staatssicherungsgerichten, 2. Schärfere Kontrolle aller Publikationsorgane, 3. Unmittelbare Reglementierung der Hochschulen durch das Kultusministerium, 4. Einschränkung der Befugnisse des Verwaltungsgerichtes, 5. Änderungen im Kriegsrecht etc.

Die Verfolgung aller oppositionellen Kräfte scheint das Hauptziel der neuen Maßnahmen zu sein.

Internationale Marxistische Diskussion

Frühjahr 1972

Massimo L. Salvadori / Vittorio Rieser
RÄTESYSTEM UND MAOISMUS
IMD 21, 92 Seiten, DM 5,–

„Base Ouvrière"
REVOLUTIONÄRE BETRIEBSARBEIT BEI RENAULT-FLINS
IMD 22, 112 Seiten, DM 6,–

„il manifesto"
FÜR EINE ORGANISIERTE POLITISCHE BEWEGUNG
IMD 23, 72 Seiten, DM 4,–

„il manifesto"
THESEN ZUR SCHUL- UND HOCHSCHULPOLITIK
IMD 25, 92 Seiten, DM 5,–

Bezug über Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Die revolutionäre Partei
H. Roland-Holst

Einführung:
Cajo Brendel

Geschichte und Kampf der bolschewistischen Partei in Rußland. Problematisierung des Begriffs „Diktatur des Proletariats" und „Rätediktatur". Einführung von CAJO BRENDEL, der die Rolle von H. Roland-Holst in der Arbeiterbewegung darstellt; sowie die Rolle des Intellektuellen zur Arbeiterbewegung. „Jeder Ideologe stellt in irgendeiner Weise die Wirklichkeit auf den Kopf."

Aus dem Inhalt: I. Leitsätze des 2. Kongresses der kommunistischen Internationalen – II. Die Geistesverfassung der Massen in der Übergangszeit und die kommunistische Partei – III. Die internationale Anwendung der Moskauer Resolution über die Aufgabe der kommunistischen Partei. DM 4,–

Revolutionärer Klassenkampf
Karl Korsch

„Die Revolution ist nicht nur nötig, weil die herrschende Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer NEUEN Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden". (MARX) – K. KORSCH geht in den beiden Aufsätzen „Marx Stellung in der europäischen Revolution von 1848" und „Das Problem Staatseinheit–Föderalismus in der französischen Revolution" von diesem Gedanken aus und untersucht die These, inwieweit MARX selbst noch bei seiner Unterscheidung von bürgerlicher und proletarischer Revolution „in jeder Beziehung, im Inhalt und in der Methode noch behaftet ist mit den Muttermalen des JAKOBINISMUS, der bürgerlichen Revolutionstheorie". (K. KORSCH) DM 4,50

Kollektiv-Verlag, 1 Berlin 44, Rollbergstraße 67

POGROM
die deutschsprachige Zeitschrift gegen Chauvinismus – Rassismus – Kolonialismus.

POGROM
wendet sich gegen jeden Versuch, ein Volk, sein Leben, sein Recht auf Fortschritt, seine Identität zu zerstören.

POGROM
wird herausgegeben von der Gesellschaft für Leben und Zukunft bedrohter Völker (Schirmherren: Pastor Heinrich Albertz, Prof. Dr. Immanuel Geiss, Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Peter Grubbe, Luise Rinser, Pastor Joachim Ziegenrücker).

Inhalt: Nr. 12/13:

U. a. Bangla Desh, Triumph der Selbstbestimmung – Parteien in Bangla Desh – Britische Kolonialpolitik in Nordirland – Sowjetische Juden diskriminiert? – Westneuguinea, von „Dekolonialisierung" zu Völkermord – 7 Mio. diskriminierte türkische Kurden – Australische Ureinwohner protestieren – USA: sogenannte Indianerkriminalität – Namibia: Anatomie eines revolutionären Streiks – Biafra: Gowons gebrochenes Amnestieversprechen – Mozambique, noch immer deutsche Waffen – Angola: Neue Massaker – Südsudan: Rolf Steiner, Propagandamittel eines Militärdiktators – Südsudan: Zur Ermordung Joseph Garangs durch Numeiri – Weiße Machtpolitik um Zimbabwe – Telegramm aus Guinea Bissau – Mysteriöse Todesfälle in Südafrika – Massenmord an Ugandas Nordsoldaten – Bihari ohne Zukunft?

Probeexemplare können angefordert werden:
Vertrieb POGROM, 2 Hamburg 19, Osterstraße 22

Bitte für 2 Probeexemplare DM 2,50 (für Österreich: 20 Schillinge in bar einlegen).

Die laufenden Massenprozesse und die von den Staatsanwälten der militärischen Sondergerichte beantragten 120 Todesstrafen sind anscheinend für die Gewaltherrscher nicht ausreichend. Es wurden neue Verhaftungen unternommen, darunter bekannte Hochschullehrer.

Der Bruder Ömer Aynas, einer der bekanntesten der erschossenen Entführer, ist drei Tage danach von „unbekannten Tätern" in seiner Heimatstadt erschossen worden. Die Träger der Willkür- und Terrorherrschaft fühlen sich nun so stark, daß sie es nicht mehr für nötig halten, ihr wahres Gesicht weiterhin zu verstecken.

Angesichts dieser Entwicklungen und der jüngsten Vorgänge in der Türkei, halten wir es für dringend erforderlich, daß dieses Gewaltregime mit aller Deutlichkeit von der demokratischen und sozialistischen Weltöffentlichkeit verurteilt und mit allen möglichen Mitteln bekämpft wird.

HASAN NOKTA

Die neue KPI und der alte Reformismus

Als Produkt der bürgerlichen Gesellschaft ist die sozialistische Arbeiterbewegung eng mit den Geschicken der kapitalistischen Entwicklung verbunden. Alle Organisationen dieser Bewegung sind Teil der allgemeinen Gesellschaftsstruktur. Das bedeutet, daß sie auch im günstigsten Falle nicht immer und konsequent antikapitalistisch sein können. In den Perioden zurückgehender sozialer Kämpfe werden die in diesen Kämpfen entstandenen Arbeiterorganisationen in der Praxis zum Opportunismus, zu Kompromissen und politischen Konzessionen getrieben, um innerhalb des herrschenden Systems eine gewisse gesellschaftliche Relevanz bewahren oder erringen zu können.

Wie der amerikanische Marxist Paul Mattick einmal geschrieben hat, setzt der Reformismus einen – wenn auch nur teilweise – reformierbaren Kapitalismus voraus. Solange der Kapitalismus in der Lage ist, der Arbeiterklasse handgreifliche Zugeständnisse zu machen, neigen die Arbeiterorganisationen zum Reformismus.

In den Perioden erneuter gesellschaftlicher Antagonismen, so hat uns die Geschichte bis heute gelehrt, sind diese Organisationen nicht fähig gewesen, ihren ursprünglichen revolutionären Charakter wieder anzunehmen.

Die Italienische Kommunistische Partei ist wie die große Mehrheit der kommunistischen Parteien im kapitalistischen Bereich eine Organisation dieses Typs. Aus einer linken Abspaltung von der alten Sozialistischen Partei Italiens im Jahre 1921 entstanden, befand sich die KPI unter der Führung des Linkskommunisten Amadeo Bordiga (geboren 1889, gestorben 1970 in Neapel, wo er Mentor einer eigenen „internationalistischen kommunistischen Partei" war) fast sofort im Gegensatz zu der Kommunistischen Internatioeale (Komintern), und zwar in der Frage der „Einheitsfront der Arbeiterklasse", die auf dem III. Kongreß der Komintern im Jahre 1921 beschlossen worden war. Nach einigen Jahren des inneren Kampfes unter dem Druck der Komintern und in einer durch die ständigen Angriffe von seiten des Faschismus überaus prekären Situation schloß sich die KPI unter der Führung von Antonio Gramsci (1891–1937) den Positionen der Internationale an. In der folgenden Zeit hört die KPI, die durch die faschistische Unterdrückung fast total gelähmt ist, praktisch auf zu existieren.

Ideologisch geht die Entstehung der heutigen Italienischen Kommunistischen Partei auf die „Volksfrontpolitik" zurück, die im Jahre 1935 auf dem letzten Kominternkongreß beschlossen worden war. Als politische Massenorganisation dagegen bildet sich die KPI während des antifaschistischen Widerstandes gegen die deutsche Okkupation heraus, dessen Hauptziel die Wiederherstellung demokratischer Formen im politischen Leben Italiens war. Die sozialistische Perspektive blieb im Bereich der Ideologie.

An diese Tatsache und nicht an irgendwelche „leninistische" Prinzipien muß man sich wohl erinnern, wenn man die heutige KPI verstehen und beurteilen will.

Schöpfer der neuen KPI ist Palmiro Togliatti (1893–1964). Sein Slogan: „Eine Partei neuen Typs". Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Sieg des antifaschistischen Kampfes beteiligt sich die KPI an den ersten Regierungen der nationalen Einheit und nimmt einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der neuen Verfassung. Während des Kalten Krieges bildet die KPI im Bündnis mit der neugegründeten Sozialistischen Partei die parlamentarische Opposition. Auf der Grundlage eines „italienischen Weges zum Sozialismus", der implizit in Togliattis Strategie seit seiner Rückkehr aus der Sowjetunion 1943 enthalten war, hat sich die KPI in den letzten Jahren durch eine Reihe spektakulärer Wahlsiege, die jedoch von einem beträchtlichen Mitgliederschwund begleitet waren, zu der Partei entwickelt, die sie heute ist: eine große Massenpartei, die ihr Handwerk als parlamentarische Opposition wohl versteht, politisch zentralistisch, ideologisch „pluralistisch", reformistisch, und sehr viel wendiger und konsequenter als ihre französische Schwesterpartei. („Italienischer Weg zum Sozialismus": Mit all jenen sozialistischen und katholischen Kräften, die sich aus der Widerstandsbewegung neu entwickelt hatten, sollte auf fried-

lichem, parlamentarischem Wege, anhand eines Programms von „Strukturreformen“ und mit Hilfe einer Massenbewegung, eine demokratische Erneuerung der italienischen Gesellschaft verwirklicht werden.)

Mit über 8 Millionen Stimmen und anderthalb Millionen Mitgliedern verfügt die KPI über beträchtliche Geldmittel, einen fähigen Apparat,

dpa

Tausende von Funktionären, über Tages- und Wochenzeitungen sowie kulturelle und theoretische Zeitschriften und Verlage, die einer großen Zahl von Intellektuellen und Funktionären Lohn und Brot geben. Die Kooperativen, die drei von der Linken verwalteten Regionen, die sozialistisch-kommunistischen Gewerkschaften und die verschiedenartigen von der Partei betreuten wirtschaftlichen Aktivitäten verbinden eine Vielzahl von Interessen miteinander. Außerdem verfügt die Partei über einige hundert Parlamentssitze und einige tausend Stellen in verschiedenen Gemeinden, die den Ehrgeiz vieler anziehen und befriedigen können.

Trotz alledem bleibt die Partei, wenn auch sehr vermittelt, ziemlich empfindlich gegenüber der realen Bewegung in Italien. Getreu ihrer eigenen Tradition hat die KPI beim letzten Parteitag im März betont, daß sie eine staatstragende Regierungspartei ist. Ohne sie und gegen sie könne man keine Reformen durchsetzen.

Das hat wohl manche ausländische Beobachter erstaunt. Für Italien war das keine Neuheit. Neu war vielleicht die Vehemenz, mit der die KP-Führung ihre linken Kritiker angegriffen hat. Im Gegensatz zur Periode vor den letzten Wahlen 1968 macht sich die KPI keine Hoffnung, linke Wählerstimmen hinzuzugewinnen. Daher ist es nicht mehr nötig, einen Dialog nach links zu eröffnen.

Für eine Partei, die sich als regierungsfähig betrachtet, ist es auch nicht angebracht, taktische Konzessionen auf der Linken zu machen. Ob sich die Konzessionen nach rechts bezahlt machen, ist noch schwer einzuschätzen. Wahrscheinlich wird die italienische Bourgeoisie — die in der Ablehnung einer Regierungsbeteiligung der KPI gar nicht so einheitlich ist, wie sie tut — bis zu den Tarifverhandlungen im nächsten Herbst warten, um abschätzen zu können, welche konkreten Garantien die Führungsgruppe dieser Partei geben kann.

Aber die Kraft ihrer Volksbasis und vor allem die Kraft der realen Klassenwidersprüche im Lande bringt die KPI in eine Situation, daß einem Eintritt in die Regierung der Ausbruch einer inneren Krise folgen würde. Die Schwierigkeit einer Regierungsbeteiligung liegt also nicht in der politischen Linie der KPI, sondern in der sozialen Struktur dieser Partei. Sie wird hervorgerufen durch die reale Massenbewegung in den Fabriken und im Ausbildungssektor.

Das Dilemma der Führungskräfte dieser Partei liegt darin, daß sie keine Revolution machen wollen, aber in die Regierung nicht eintreten können. So bleibt für die KPI auch nach den nächsten Wahlen im April und solange die italienische Arbeiterklasse die heutige Verhandlungsstärke beibehält, nur die Möglichkeit, bestimmte Reformvorhaben einer „Mitte-Links“-Regierung von außen zu unterstützen: Mit der Hoffnung, früher oder später ihren Machtanteil auch zu bekommen.

CLAUDIO POZZOLI

UNCTAD III – Chance der armen Länder?

Vom 13. April bis zum 19. Mai soll in Santiago de Chile die Arena für den großen Schaukampf der Entwicklungsländer um größere Hilfe der Industriestaaten, die UNCTAD-Konferenz III errichtet werden. (UNCTAD — Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen). Sparen wir uns Meditationen über den Rahmen Chile, er wird kaum entscheidend sein. Auch nicht entscheidend sind die Klagen der wirtschaftlich nichtentwickelten Länder: daß sich die reale öffentliche Entwicklungshilfe von 3,6 Dollar je Einwohner im Jahre 1961 auf 3,0 Dollar im Jahre 1970 verringert hat (berechnet zu den Preisen von 1961); daß die Bedingungen der Kreditvergabe immer härter statt günstiger geworden sind; daß nicht abzusehen ist, wann die Industrieländer ihr 1968 gegebenes Versprechen einhalten werden, 1 % ihres Sozialproduktes den zu entwickelnden Ländern zur Verfügung zu stellen; daß die öffentliche Auslandsschuld und der Schuldendienst von 1955 bis 1969 durchschnittlich um 14 % jährlich stieg; daß 1969 der Schuldendienst von 80 Entwicklungsländern bereits 50 % der ihnen in diesem Jahr ausgezahlten öffentlichen und privaten Darlehen und Spenden ausmachte ... und, und, und ... daß schließlich die Industrieländer noch immer kräftige Schranken errichtet halten, um den Import von industriell be- und verarbeiteten Rohstoffen der armen Länder zugunsten der eigenen Industrie zu behindern. Die Situation ist allgemein bekannt, die Klagen liegen auf dem Tisch. Doch welchen Nachdruck können die Entwicklungsländer ihren Forderungen verleihen?

Können sich die armen Länder zu einer Koalition der Rohstoffbesitzer zusammenfinden und dann von einer starken Position aus ihre Bedingungen diktieren? Man denkt daran, daß die Ölländer doch wenigstens etwas in den jüngsten gemeinsamen Verhandlungsrunden erreichten. Doch solche Hoffnung wird sich wahrscheinlich als trügerisch erweisen. Der Grund dafür ist einfach: Solange die meisten der herrschenden Eliten der armen Länder im kapitalistischen Einflußbereich vor allem und zu allererst ihre Privilegien und ihre Herrschaft sichern, dazu aber gerade des Schutzes der mächtigen Industriestaaten bedürfen, um die überall ansetzende soziale Revolution zurückzudämmen, solange können sie nicht ernsthaft und mit Nachdruck Forderungen gegenüber eben diesen Industriestaaten durchsetzen. Eine gemeinsame Front gegen die Reichen ist unter diesen Umständen nicht aufzubauen.

Will man uns heute oft glauben machen, bei der Entwicklungshilfe gehe es um solidarische Hilfe der Völker untereinander — wogegen sich dann die Nationalisten von gestern empört zur Wehr setzen — so dient das der Verschleierung der eigentlichen Fragen: des Kampfes um Einflußsphären, um Sicherung von Kapitalverwertung in verschiedenen Formen und um militärisch-strategisch nutzbare Positionen. Die so ausgerichteten Interessen werden durch moralische Erwägungen, so wichtig diese für die Bewußtseinsbildung der Bevölkerung auch sein mögen — in dieser Hinsicht sind die Aktionen kirchlicher Jugendverbände in der BRD zur UNCTAD III sicher nur positiv zu bewerten — kaum beeinflußt werden können. Es sei denn, aus der punktuellen Kritik an der zu geringen Hilfe der Reichen würde eine kritisch auf das ganze Gesellschaftssystem zielende Bewegung, die als innenpolitischer Faktor ernsthaft in der Kalkulation von Herrschaftssicherung berücksichtigt werden müßte. Die Bewegung gegen den Vietnamkrieg der USA war sicher zeitweilig ein wichtiger Faktor dieser Art. Sollte es nicht möglich sein, die zunehmende Beschäftigung der Öffentlichkeit mit entwicklungspolitischen Fragen so zu intensivieren, daß auch hier der Druck auf die ‚Entwicklungspolitik‘ der Industrieländer und die Einsicht in die Mechanismen der Ausbeutung der armen Länder steigt? Das Vorhaben verschiedener Gruppen in der Bundesrepublik, im Herbst dieses Jahres ein Portugal-Tribunal durchzuführen und dabei die weit über Portugal hinausgehenden Wurzeln dieser Kolonialpolitik bloßzulegen, könnte ein nützlicher Ansatz in dieser Richtung sein.

Auf der UNCTAD III in Chile jedoch werden die armen Länder nicht mehr Brosamen vom Tisch der Reichen bekommen, als diesen nützlich dünkt. Dabei allerdings könnte eine neue Tendenz innerhalb der EWG sichtbar werden: Um ein Mindestmaß an Entwicklung zu erreichen — sprich, um Schuldenzahlung, Abnahme von Industriegütern und Kapitalinvestitionen besser zu ermöglichen — werden die EWG-Staaten voraussichtlich bereit sein, Industrialisierung zur ersten Bearbeitung von einheimischen Rohstoffen, vor allem auch Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern und den Import der Produkte dieser neuen Industrien in die EWG-Staaten durch verschiedene Maßnahmen zu fördern. Schritte in dieser Richtung gingen vor allem auf Kosten schwächerer Industriezweige in den EWG-Staaten. Für die hochkonzentrierten Wachstumsindustrien bedeuten sie jedoch: Vergrößerung der Märkte und natürlich Anreiz zu weiterer Konzentration. Das Westeuropa der Monopole wird so möglicherweise in Santiago erste vorsichtige

Schritte tun — mehr ist auf Grund der Umstellungsschwierigkeiten auf eine erweiterte EWG kaum zu erwarten — einen wenn auch bescheidenen Platz für die Entwicklungsländer in seinem Wirtschaftsreich freizumachen. Ob das genug sein wird, um den kapitalistischen Weg der Entwicklung gangbar zu machen, kann mit gutem Grund bezweifelt werden.

JULIAN KARL

»Lehrer sind Dompteure. Sie dressieren ihre Schüler mit guten und schlechten Noten wie mit Zuckerbrot und Peitsche.«

Abschiede sind traurig. Der Abschied von der Pädagogik der Steinzeit ist zudem ein langwieriges und schwieriges Geschäft. Denn es genügt nicht, die Ziele der Erziehung zu kennen, man muß auch wissen, wie man sie erreicht.

Aktuell kritisch engagiert Bildungspolitik plus Erziehungswissenschaft

Das aktuelle pädagogische Magazin monatlich Heft DM 3,50 Jahresabo. DM 36,– Studentenabo. DM 24,–

Ausschneiden, als Drucksache im Umschlag einsenden
An betrifft: erziehung, 694 Weinheim, Postfach 167
Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeheftes von »betrifft: erziehung«

Name Vorname

Ort Straße links

Zur Präventivstrategie von Staat und Kapital

Rede auf der Solidaritätsveranstaltung für Ernest Mandel am 21. 3. 1972 in Frankfurt am Main

Wolfgang Lefèvre

Fälle wie der Ernest Mandels u. a. sind nicht isoliert zu betrachten und auch nicht als Eigentümlichkeit des Ausbildungssektors; vielmehr verdeutlichen diese Fälle einen politischen Trend in unserem Lande, den wir zu analysieren haben und gegen den wir – wie uns diese Analyse wohl zeigen wird – kämpfen müssen. Dennoch möchte ich zu Anfang meiner Ausführungen einige Bemerkungen zu zwei besonderen Aspekten des Falles machen. Erstens zur Frage des Berufsverbots, wie sie in diesem Zusammenhang diskutiert wird.

Staatliche Maßnahmen, wie sie gegen sog. „extremistische" Lehrer und Dozenten von den Kultusministerien der verschiedenen Bundesländer ergriffen wurden, laufen für die Betroffenen tatsächlich auf ein Berufsverbot nicht nur im jeweiligen Bundesland, sondern für das Gebiet der ganzen Bundesrepublik und Westberlin hinaus; denn es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Kultusminister die Einstellungsverweigerungen eines Ministerkollegen aus einem anderen Bundesland nicht nur respektieren, sondern auch als eine Art Beweis für die Stichhaltigkeit der eigenen Einstellungsbedenken ansehen werden. Für diese Einheitlichkeit hätte es nicht erst der Ministerpräsidentenbeschlüsse vom 28. Januar bedurft.

So richtig und wichtig dieser Gesichtspunkt auch sein mag, so ist an der üblichen Diskussion dieser Frage des Berufsverbots die Schiefheit nicht zu übersehen, daß uns, den Angehörigen des Intelligenzler-Stands, die Mißlichkeit, daß einer nicht in dem Beruf tätig werden kann, für den er ausgebildet ist, gewöhnlich dann schwer auf die Seele fällt, wenn diese Mißlichkeit uns, den Aspiranten privilegierter Jobs, widerfährt. Dabei ist diese Mißlichkeit für die gemeine arbeitende Bevölkerung eine alltägliche Sache. Bekanntlich findet nur ein Bruchteil der ausgebildeten Arbeiter einen Arbeitsplatz, der ihrer Qualifikation entspricht. Diese Menschen sind freilich zum überwiegenden Teil nicht Opfer irgendeines formellen Berufsverbots, sondern „nur" der Blindheit, mit der sich in unserer Gesellschaft individuelle Qualifikation, technologischer Stand der Produktion und kapitalistisches Profitinteresse in Einklang bringen. Aber selbst in seiner Blindheit zeigt uns dieser gesellschaftliche Vorgang, daß dem Problem nicht beizukommen wäre, würden wir versuchen, aus der Qualifikation einer Person so etwas wie ihr Recht auf eine bestimmte Berufstätigkeit herzuleiten. Jeder Qualifizierte muß sich vielmehr die Frage gefallen lassen, ob seine Qualifikation für die Gesellschaft nützlich ist oder nicht. Freilich, was für die Gesellschaft nützlich ist oder nicht, das bestimmen hierzulande eine Handvoll Kapitaleigentümer und ihre Handlanger, nicht die Gesellschaft. Und so zeigt nicht erst der Fall Mandel, daß hierzulande Arbeitskräfte, deren Qualifikation durchaus nützlich angewandt werden könnte, von der Ausübung dieser ihrer Befähigung aus politischen Gründen abgehalten werden. Denken wir nur an die große Zahl der Arbeiter, die als wirkliche oder auch nur verdächtige Kommunisten aus den Fabriken gestoßen wurden und froh sein konnten, wenn sie – ausgebildete Maschinenschlosser, Werkzeugmacher, Drucker etc. – als Verkaufsgehilfe in einem Gemüseladen unterkamen. Darüberhinaus: Ist nicht die Qualifikation, derentwegen diese Menschen auf die Straße geworfen wurden, nämlich die Qualifikation, für die Befreiung der Arbeiterklasse zu denken und zu handeln – ist diese Qualifikation nicht eine, die für die überwiegende Mehrheit unserer Gesellschaft so nützlich ist, daß man sich gar nicht genug davon wünschen kann? Gerade wegen dieser Qualifikation wurde es Ernest Mandel verwehrt, an der FUB zu forschen und zu lehren.

Dies führt mich auf den zweiten besonderen Aspekt, den ich vor der allgemein-politischen Charakterisierung der heute zur Debatte stehenden Staatsmaßnahmen kurz anschneiden will, auf den wissenschaftspolitischen Aspekt des Mandel-Falls.

Die Zeiten, da Individuen wie Kopernikus oder Galilei auf private Faust wissenschaftliche Forschung betreiben konnten, sind vorbei. Wissenschaftliche Forschung, die Entwicklung der praktischen Anwendung ihrer Ergebnisse und ihre Vermittlung an die nächste Generation wie allgemein die dem wissenschaftlich-technischen Stand der Produktion angemessene Ausbildung der Arbeitskräfte verlangen technische, organisatorische und finanzielle Voraussetzungen, die die Möglichkeiten eines Privatmannes übersteigen. Selbst die finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten großer Konzerne reichen von Tag zu Tag weniger aus, um die notwendigen Forschungs- und Entwicklungsaufgaben bewältigen zu können, und schon gar nicht, um die benötigten qualifizierten Arbeitskräfte auszubilden. Dies ist ja der wirkliche Hintergrund der Wissenschafts- und Bildungsreformdebatte, wie wir sie seit 10 Jahren kennen.

Aber nicht nur mit Wissenschaft und Ausbildung steht es so; auch die Energieerzeugung, die Transporteinrichtungen u. a., was zu den notwendigen Bedingungen der Produktion auf heutigem Niveau gehört, haben Größenordnungen erreicht, die die technischen, organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten auch der konzentriertesten Privatunternehmen überschreiten. Darin zeigt sich aber nichts anderes als die Unverträglichkeit der modernen Produktivkräfte mit ihrer Anwendung unter privater Regie und zu privatem Nutzen; es zeigt sich, daß die Produktion auf heutigem Niveau dem kapitalistischen Unternehmertum, der Privatwirtschaft über den Kopf wächst. Vergesellschaftung, d. h. Anwendung, Leitung und Nutzung der Produktivkräfte unmittelbar durch die Gesellschaftsglieder scheint die unabweisbare Konsequenz dieser Entwicklung zu sein. Aber diese Konsequenz wäre das Ende der in unserer Gesellschaft herrschenden Klasse, der Kapitalistenklasse. In diesem Dilemma helfen sich die Kapitalisten seit gut 40 Jahren auf folgende Weise: Sie lassen diejenigen Produktionsbedingungen und Produktivkräfte, die einerseits unbedingt erforderlich sind und die andererseits nicht mehr privatwirtschaftlich erstellt, unterhalten und weiterentwickelt werden können, vom Staat organisieren – und zwar genau so, wie es den Interessen ihrer privaten Unternehmungen entspricht. Man denke nur daran – um eines der harmlosesten Beispiele anzuführen – daß für den Straßenbau hierzulande die Interessen von Automobil- und Bau-Industriellen weitaus bestimmender sind als die Transportinteressen der Gesellschaft. Ich will auf weniger harmlose Beispiele wie etwa den Zusammenhang von Investitionsgüterindustrie und Rüstungspolitik nicht eingehen, sondern auf die Wirkungen dieser Zusammenarbeit von Kapitalistenklasse und Staatsapparat für den Ausbildungssektor, speziell auch für die Universität.

Wir sahen, daß Wissenschaft heute zum größten Teil nicht mehr privat betrieben werden kann, sondern nur noch unter gesellschaftlicher Planung und Leitung; um aber gerade dieser Emanzipation der Gesellschaft zur Planung und Leitung all ihrer Lebensbedingungen zu entgehen, wurde es auch auf dem Wissenschaftsgebiet Aufgabe des Staats, Forschung, Entwicklung und Ausbildung im Rahmen der Interessen zu organisieren und zu finanzieren, die sich aus der sog. „Volkswirtschaft", d. h. aus der kapitalistischen Privatproduktion, ergeben.

In dem Maße aber, wie wissenschaftliche Forschung und Ausbildung im wesentlichen nur noch in nicht-privater, öffentlicher Form betrieben werden kann, wird jene an den Kapitalinteressen orientierte Planung und Leitung der Wissenschaft durch den Staat total. Die institutionelle Seite des Mandel-Falls zeigt diese total gewordene staatliche Kontrolle der Wissenschaft: der Berliner Senat konnte bei seinem Verbot nicht allein das Grundrecht von der Freiheit wissenschaftlicher Forschung und Lehre als unantastbar bezeichnen, er konnte sogar der wissenschaftlichen Qualifikation Mandels eine – von niemanden erbetene – Anerkennung aussprechen; dann aber erklärte er, daß es hier unabhängig von der wissenschaftlichen Seite des Falls um ein beamtenrechtliches Problem gehe, um die Frage der Anstellung Mandels im öffentlichen Dienst. Wenn aber, wie wir sahen, gesellschaftlich relevante Wissenschaft heute nicht mehr privat, sondern hierzulande praktisch nur noch in der institutionellen Form des öffentlichen Dienstes möglich ist, dann spricht sich der Staatsapparat mit der Berufung auf das Beamtengesetz, das ihm praktisch uneingeschränkte Ermessensfreiheit gibt, i n h a l t l i c h das absolute Kontrollrecht über Wissenschaft und Ausbildung zu. Und wie uns die verschiedenen Fälle in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Berlin zeigen, hält es dieser Staatsapparat nicht einmal für nötig, seine politische Zensur über die Wissenschaft irgendwie zu tarnen. An dieser faktischen Aufhebung der Grundrechte, hier der Freiheit von Forschung und Lehre, durch den Staatsapparat, kann man ermessen, welch zynischer Hohn es ist, ausgerechnet den Schutz dieser Grundrechte als Grund der Verbotsmaßnahmen vorzuschieben; zu schweigen davon, daß es die Aufhebung der vielbeschworenen Rechtsstaatlichkeit selbst ist, wenn es im Belieben des Staatsapparats liegt, Bürger in ihren Rechten zu beschneiden, weil sie sich in legalen Organisationen politisch betätigen.

Immerhin hilft uns der skrupellose Umgang mit dem Recht, hilft uns der ungeschminkt politische Charakter dieser Staatsmaßnahmen, klar zu erkennen, daß es dem Staatsapparat mit diesen Maßnahmen nicht um die Wahrung der Grundrechte oder der „freiheitlich demokratischen Grundordnung" geht, sondern um den administrativ geführten Kampf gegen diejenigen politischen Kräfte, die diesem Staatsapparat als „extrem" erscheinen; und d. h. Kampf gegen die Linke – denn was ist „rechtsextrem", wenn diesem Staatsappa-

rat die CSU zur „Mitte“ gehört? Aber der Fall Mandel gibt nur Zeugnis von einem Feld dieses verschärften Kampfs des kapitalistischen Staatsapparats gegen die Linke. Zu diesem Kampf gehört die ständige latente Bedrohung der DKP mit dem Verbot; zu diesem Kampf gehören die Pläne, das Haftrecht zu verschärfen – als sei es nicht Skandal genug, daß schon das geltende Haftrecht heute dazu benutzt werden kann, Linke mehr als ein Jahr in U-Haft zu halten, weil Staatsanwaltschaft und Polizei hoffen, allmählich doch noch das Belastungsmaterial zusammenzubekommen, das die Verhaftung rechtfertigt; zu diesem Kampf gehört die formelle Umfunktionierung des Bundesgrenzschutzes zu einer Bundespolizei-Truppe; zu diesem Kampf gehört die administrative Konzentration der Polizeikräfte der Bundesländer; zu diesem Kampf gehört das Texas-Milieu, das die Innenminister bei der Baader-Meinhof-Jagd zum Alltags-Milieu dieses Landes gemacht haben. Hinter diesem mit Fingern greifbaren Kampf gegen die Linke steht ein weniger augenfälliger Kampf, den man als die Liquidierung aller Reformansätze der 60er Jahre bezeichnen kann; ich brauche nur die Stichworte zu nennen: Betriebsverfassungsgesetz-Novellierung, § 218, die auf technische Fragen reduzierte Steuerreform, Hochschul-Rahmengesetz etc. Was ist der Hintergrund dessen, daß eine Regierung, die bei ihrem Amtsantritt von Reformen sprach und davon, daß man „mehr Demokratie wagen“ müsse, seit mehr als einem Jahr all das vergessen zu haben scheint, Reformen storniert oder bis zur Lächerlichkeit reduziert und eine politische, vor allem aber administrative Kampagne gegen die Linke führt, die an die finstersten Adenauerjahre erinnert?

Der Grund dafür liegt meiner Ansicht nach in Folgendem: Die sozialpolitische Situation dieses Landes hat sich gegenüber den 50er und 60er Jahren grundlegend verändert. Mitte der 60er Jahre zeigte sich, daß mit den Weisheiten eines Ludwig Erhard und mit dem roll-back-Antikommunismus der CDU/CSU die wirklich bestehenden Probleme auch nicht mehr im Sinne der Kapitalistenklasse gelöst werden konnten. Im Mittelpunkt stand aber folgendes Problem: Die Kapitalisten konnten nicht mehr expandieren, indem sie einfach wie in den 50er Jahren immer mehr Arbeitskräfte in die Produktion hineinzogen und so zugleich den inneren Markt ständig erweiterten; die inländische Arbeitskräfte-Reserve war erschöpft. So wurde die Expansion des Exports und Intensivierung der Ausbeutung zur entscheidenden Bedingung des wirtschaftlichen Wachstums überhaupt; dies bedeutete, daß die westdeutschen Kapitalisten mit Ländern wie den USA nun auch technologisch zu konkurrieren gezwungen waren. All dies machte auf politischem Gebiet vor allem zwei Dinge erforderlich; erstens eine besser den Exportbedürfnissen angepaßte Außenpolitik, wofür der roll-back-Antikommunismus der CDU/CSU ein schweres Hindernis war; zweitens eine umfassende Gesellschaftspolitik, die der Umstellung der Produktion auf ein höheres technologisches Niveau zu Hilfe zu kommen hätte. Diese Gesellschaftspolitik reichte von der Ausbildungsreform bis zur Einrichtung der „konzertierten Aktion“. Zur Durchführung dieser Politik erwies sich die CDU als unfähig; die SPD entsprach ihr besser, aber konnte nur zur Hauptkraft einer Regierung werden, wenn die Kapitalisten keinen allzu großen Widerstand auch denjenigen der Reformvorstellungen der SPD entgegensetzten, die ihnen zu weitgehend erschienen. Die Kapitalisten verließen sich – und wie der Erfolg zeigt: zu Recht – darauf, daß die SPD, zumal unter scharfer rechter Opposition der CDU/CSU, schon von selbst alle entfernt rosa aussehenden Reformvorstellungen begraben werde, wenn ihr erst einmal der Wind der harten kapitalistischen Notwendigkeiten um die Ohren wehen wird.

Nun bedeutet aber die seit Mitte der 60er Jahre sich vollziehende technologische und organisatorische Umstellung der Produktion zugleich und unmittelbar Intensivierung der Arbeit, Rationalisierung, hochgeschraubte Akkorde, kurz: verschärfte Auspressung der Arbeitskraft in den täglichen 8 bis 10 Stunden; und dies, wo zur gleichen Zeit eben jene Umstellung tiefere Rezessionskrisen wie 1966/67 oder längere wie gegenwärtig hervorbrachte, dazu steigende Inflationsraten und in jüngster Zeit auch immer rapidere Verteuerung der öffentlichen Dienstleistungen. Was Wunder also, daß seit 1969 nicht mehr nur im wesentlichen Studenten, Schüler und Lehrlinge Rebellionsgeist zeigten, sondern seit den Septemberstreiks 1969 immer weiter um sich greifend auch der Kern der Industriearbeiterschaft. Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft haben in den vergangenen drei Jahren soviel an Breite und Radikalität gewonnen, daß heute die BRD ein Bild bietet, wie es etwa 1963/64 in Frankreich und Italien zu studieren war. Wer garantiert nun, so fragen sich Unternehmer und Minister, wie mir scheint, völlig zu Recht, daß sich hier nicht die Arbeiterkämpfe in die gleiche Richtung weiterentwickeln wie in Frankreich und Italien; zumal man weiß, daß die Ursachen für diese Unruhe in der Arbeiterschaft, nämlich die Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebenssituation, in den nächsten Jahren nicht verschwinden, sondern im Gegenteil noch anwachsen werden.

So greift denn der Staatsapparat angesichts der Gefahr wachsender Arbeiterkämpfe zu seinem altver-

FORTSETZUNG SEITE 11

Informationen zur Zeit

Fischer Taschenbuch Verlag

Die Wahrheit über Nordirland –

Georg Krämer
Mord & Terror
Britischer Imperialismus: Nordirland
Originalausgabe. 1300/5,80

»Ich war gern in Vietnam«
Leutnant Calley berichtet
Aufgez. v. John Sack.
Nachw. v. Klaus Horn
Dt. Erstausgabe. 988/3,80

Ulf Homann
Das Haschischverbot
Gesellschaftliche Funktion und Wirkung
Originalausgabe. 1268/3,80

Frank Rainer Scheck (Hg.)
Chinas sozialistischer Weg
Berichte und Analysen der Peking Rundschau
Originalausgabe. 1267/3,80

Heinz Rudolf Sonntag
Revolution in Chile
Der schwierige Weg zum Sozialismus
Originalausgabe. 1266/3,80

Gerhard Vinnai (Hg.)
Sport in der Klassengesellschaft
Originalausgabe. 1243/3,80

Lutz von Werder
Von der antiautoritären zur proletarischen Erziehung
Ein Bericht aus der Praxis
Originalausgabe. 1265/3,80

Bergarbeiterstreik in Großbritannien

Ökonomische und politische Bedingungen

Eva Brumlop

Trotz anhaltend stagnativer Tendenzen im Reproduktions- und Wachstumsprozeß des Kapitals, die sich in einem ständig sinkenden Index der industriellen Produktion, der „Dynamik" einer Inflationsrate von 9 % und zunehmender Unterbeschäftigung geltend machen, hält die „Streikepidemie" in Großbritannien an. Der allgemeine Ruf nach Lohnsteigerungen verbindet sich mit neuen Formen des Widerstandes gegen die „Gesundschrumpfungspolitik" der Regierung Heath. Work-ins, Betriebsbesetzungen sowie die Bestreikung branchenfremder Betriebe bestimmten das Bild der Klassenauseinandersetzung. Die dem Profitbedarf fortschreitender Kapitalakkumulation unterworfene Wirtschaftspolitik ist weniger denn je Basis des gesellschaftlichen Fortschritts und Garantie allgemeinen Wohlstands: Profit für wenige bedeutet Abbau der allgemeinen Sozial- und Gesundheitsfürsorge, Beitritt zur EWG gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, Einkommensverminderung der nicht-monopolistischen Schichten, d. h. der kleinen Kapitalbesitzer, der Arbeiterklasse, durch inflationäre Umverteilung, Konfliktregulierung durch legalistische Maßnahmen und nicht zuletzt Irrationalität und Gewalt des Bürgerkrieges in Irland. Diese umfassenden gesellschaftlichen und ökonomischen Krisenerscheinungen finden ihren logischen Lö-

FORTSETZUNG VON SEITE 10

trauten Büttel-Repertoire: Verbote, Zensur, Einschüchterung durch Razzien oder Aussagen von agents provocateurs, Polizeimassierung, politische Justiz und nicht zuletzt Unterdrückung der politischen Theorie der Arbeiteremanzipation, Unterdrückung des Marxismus. In diesem Kontext erst gewinnt der Mandel-Fall seine richtige Beleuchtung. Er gehört zur Präventiv-Strategie der Kapitalisten und ihres Staats gegen die in Bewegung geratene Arbeiterklasse. So kann es auch nicht nur darum gehen, was die Studenten angesichts von Fällen wie dem Mandel-Fall tun; ob sie die Universität auf den Kopf stellen, um zu zeigen, daß die Reaktion gegen ihren Willen keinen „ordnungsmäßigen Betrieb" an der Universität durchführen kann. Ebenso müssen jene, die die Präventivstrategie der Kapitalisten und ihres Staats nicht in der Universität, sondern in Fabriken, Wohngebiet, Behörden etc. erfahren, diskutieren, wie sie ihre Kollegen mobilisieren können, jener Strategie der Reaktion eine Niederlage zu bereiten.

sungsversuch in der ökonomischen, politischen und militärischen Integration in die EWG, die das Ende einer auf imperialer Großmachtstellung Großbritanniens basierenden Periode produktiver Expansion kennzeichnet und eine neue Stufe kapitalistischer Expansion einleiten soll. Essenz der Krise ist die mangelnde Kapitalverwertung: übermäßig unbeschäftigtes Kapital sind ihre Resultate. Um zu einer wirtschaftlichen „Gesundung" zu kommen, müssen die Profitabilität des Systems verbessert und sein Mehrwert vergrößert werden. Auf der erreichten Stufe der Kapitalakkumukation spielen der sogenannte öffentliche Sektor, die Funktionalisierung des Staatshaushaltes, die Kontrolle der Lohnbewegung und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität eine zentrale Rolle. Für die Arbeiterbewegung gibt es deshalb kein ernsteres Problem, als eine Strategie zu entwerfen, die die aus der Verteidigung materieller Lebensinteressen erwachsende Kampfbereitschaft der Arbeiter stärkt und somit die Voraussetzungen für eine radikale Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse schafft. Der Bergarbeiterstreik kann als Barometer der Klassenauseinandersetzung in Großbritannien angesehen werden.

Die Rolle des sogenannten öffentlichen Sektors

In der gegenwärtigen Schwächesituation des englischen Kapitalismus kommt dem sogenannten öffentlichen Sektor als Stabilisator und Garant der allgemeinen Produktions- und Verwertungsbedingungen des Kapitals eine zentrale Rolle zu. Die Vergesellschaftung des kapitalistischen Eigentums wurde Ende des 2. Weltkriegs aktuell, als das Kapital begann, sich aus den traditionellen, am weitesten entwickelten Sektoren der Mehrwertproduktion zurückzuziehen (Bergbau-, Energie- und Verkehrswirtschaft), aus Bereichen also, in denen der tendenzielle Fall der Profitrate am weitesten fortgeschritten war, die jedoch zur Aufrechterhaltung der Produktionsbedingungen des Gesamtkapitals notwendig waren. Diese Sektoren wurden dem Staatshaushalt angeschlossen, wo sie sich unter Bedingungen reproduzieren konnten, die nicht mehr allein vom Prinzip der Selbstverwertung des Kapitals bestimmt waren. Wollte man diese überakkumulierten Sektoren nicht ausländischem Kapital überlassen, war man zur Inanspruchnahme aller nationalen Mittel gezwungen, was durch den Staat erfolgreich geleistet werden konnte. Dieser mobilisierte das fehlende Kapital zur Fortsetzung des Akkumulationsprozesses über den Staatshaushalt, wobei sich die Belastung unter Bedingungen allgemeiner Stagnation und organisatorischer Schwäche der Arbeiterklasse immer mehr vom gesellschaftlichen Gesamtkapital zuungunsten der Löhne der Arbeiter verschoben. Der Staat konnte seine Funktion als Garant der bestehenden kapitalistischen Ordnung nur über eine Lohnpolitik realisieren, die die Löhne der Beschäftigten im öffentlichen Dienst weit unter das durchschnittliche Lohnniveau senkte und durch forcierte Rationalisierung die Freisetzungsrate und Produktivität erhöhte. So sind die Löhne der Bergarbeiter ähnlich wie die der Eisenbahner, der Behördenarbeiter und der Postbeamten in den letzten 15 Jahren ans untere Ende der Lohnskala gerutscht.

Die Entwicklung des Kohlebergbaus

Bereits 1912 hatten die von syndikalistischem Gedankengut beeinflußten Südwaliser Bergleute die Nationalisierung als eine noch effektivere Form der kapitalistischen Ausbeutung und Profitsicherung angeprangert und die reformistische Vorstellung bekämpft, durch die bloße Veränderung des Eigentumtitels, der Überleitung der Produktionsmittel aus privaten in staatliche Hände, könne eine qualitative Verbesserung der Situation der Lohnabhängigen herbeigeführt werden. Sie wußten, daß das Kapital genau in dem Moment nach Nationalisierung schreien wird, in dem die Profitabilität gefährdet ist und eine die Schranken der privaten Kapitalverwertung tendenziell aufhebende Intervention des Staates nötig wird. Sie forderten die Einheitsgewerkschaft für die Bergarbeiter und die Organisierung an der Basis.

Als die Verstaatlichung des Kohlebergbaus mit dem Regierungsantritt der Labourregierung 1945 aktuell wurde, sprach diese logischerweise auch nicht von „Sozialismus" oder „Arbeiterkontrolle", sondern betonte, daß sein Zusammenschluß in öffentlicher Hand größere Mittel mobilisieren und die Modernisierung der Produktionsmethoden beschleunigen könne. Der Gesetzesakt von 1946 schuf eine „öffentliche Körperschaft", die nicht einmal einer ausreichenden gewerkschaftlichen Kontrolle unterworfen wurde, um die von der geplanten „Gesundschrumpfungspolitik" ausgehende Wirkung auf Beschäftigung und Arbeitsintensität durch Sozialpläne und Rationalisierungsschutzabkommen zu „mildern". So stellte sich die Frage nach der Möglichkeit gewerkschaftlicher Abwehrkämpfe gegen die mit der Konzentration des Kapitals und der Beschleunigung der technologischen Umwälzung einhergehende Freisetzung von Arbeitern und Dequalifizierung des Arbeitsvermögens im schrumpfenden Bergbau als besonders schwierig dar. Gerade die Ideologie des öffentlichen Eigentums, die Drohung weiterer Grubenschließungen als Reaktion auf eine aggressive Lohnpolitik waren Mittel, die Arbeiter den Gesetzen kapitalistischer Produktion zu unterwerfen und Bewußtseinsformen „gesamtwirtschaftlicher Verantwortung" zu erzeugen. Durch eine „maßvolle" Lohnpolitik sollten die Arbeiter mitwirken, eine weitere Verschlechterung der Lage im Kohlebergbau zu verhindern und ihre Arbeitsplätze zu „sichern". Die spezifische Situation des Kohlebergbaus bildete somit die klassische Grundlage für eine systemerhaltende Gewerkschaftspolitik, welche die Streikbereitschaft ihrer Mitglieder und das sich erst in der kämpferischen Verteidigung ihrer materiellen Lebensinteressen gegen das Kapital konstituierende Klassenbewußtsein systematisch abbauen half. Erfolg dieser Gewerkschaftsstrategie zeigte sich in dem fast völligen Stillstand der Streikaktivität während der letzten 50 Jahre, dem Rückgang der Beschäftigtenzahlen um beinahe 60 % während der letzten 15 Jahren und der Senkung der Löhne weit unter das gesellschaftliche Durchschnittsniveau. 1971/72 bezogen 80 000 Bergarbeiter einen Grundlohn, der auf dem Niveau der Arbeitslosenunterstützung eines Arbeiters mit Familie liegt. Die Intensivierung der Ausbeutungsmethoden (Überstunden) und die fortschreitende

Verschlechterung der Beschäftigungssituation trotz „Stillhaltepolitik“ sowie die Vereinheitlichung der Lohnstruktur haben im Zusammenhang mit der allgemeinen Mobilisierung der Lohnabhängigen während der letzten Jahre auch die Streikhäufigkeit im Bergbau wieder ansteigen lassen. Ende 1969 forderten 130 000 Bergarbeiter Lohnsteigerungen und die Herabsetzung der Wochenarbeitsstunden in einem inoffiziellen Kampf.

Der Streikverlauf

Dem Streik der Bergarbeiter 1972 waren die großen ökonomischen Kämpfe der Post-, Behörden- und Elektrizitätsarbeiter vorausgegangen, welche jedoch auf Grund ihrer jeweiligen Isolierung die staatliche Politik der Lohnleitlinien kaum bedrohten, und nicht gerade ermutigend auf die Kampfentscheidung der Bergarbeiter wirkten. Gleichzeitig erkämpften im expandierenden Sektor der Automobilbranche militante Betriebsgruppen Lohnerhöhungen bis zu 33 %. Vorausgegangen waren auch massive Demonstrationen und Proteststreiks, in denen sich eine erste Vereinheitlichung der meist betriebspartikularistischen oder sektionalen gewerkschaftlichen Abwehrkämpfe andeutete.

Parallel zu den immer militanter geführten Lohnkämpfen erprobten Lohnarbeitergruppen in den von technologischen Veränderungen und Kapitalkonzentration betroffenen Industriezweigen eine auf die spezifische Situation der wachsenden Freisetzung und Dequalifizierung der Arbeitskraft bezogene gewerkschaftliche Strategie. In den schottischen Werften sollten etwa 16 000 Arbeiter langfristig entlassen werden, um über eine beschleunigte Entwertung des fixen Kapitals, eine Verringerung der Arbeitskräfte und über Produktivitätssteigerungen die fallende Profitrate wieder in die Höhe zu treiben. „Die Überzahl von Arbeitern wird vom überschüssigen Kapital nicht angewandt wegen des niedrigen Exploitationsgrades der Arbeit, zu dem sie allein angewandt werden könnte, oder wenigstens wegen der niedrigen Profitrate, die sie bei gegebenem Exploitationsgrad abwerfen würde.“ (Marx, Kapital Bd. 3, S. 238) Das „work-in“ bei UCS war Ausdruck der radikalen Weigerung der Lohnabhängigen, sich widerstandslos den Gesetzen kapitalistischer Akkumulation zu unterwerfen und ihrer kämpferischen Entschlossenheit, ihre materiellen Lebensinteressen gegen das Profitprinzip kapitalistischer Produktion zu verteidigen. Auf den Zusammenhang von Krise, Arbeitslosigkeit und deren kapitalistischer wie allgemeiner Überwindung soll hier nicht näher eingegangen werden, wichtig scheint vielmehr, dem Zusammenhang zwischen historischem Entwicklungsgrad der Konflikte im kapitalistischen Reproduktionsprozeß und im Verhältnis der Klassen zueinander und den spezifischen Kampf- und Bewußtseinsformen zu bestimmen.

Während im Fall UCS die drohende Freisetzung von den führenden kommunistischen shop-stewards als soziale Ungerechtigkeit angeprangert wurde, die durch eine vernünftigere Planung auf sozialreformerischem Wege behoben werden könnte, bedeutete die Lohnforderung der Bergleute um 47 % eine klare Ablehnung kapitalistischer Rationalitätserwägungen und der sozialen Demagogie „gesamtwirtschaftlicher Verantwortung“. Es war eine Entscheidung zum Kampf auch für den Fall, daß dieser mit einer Niederlage oder mit einer weiteren Verschlechterung der allgemeinen Beschäftigungssituation im Bergbau enden könnte. Daß das Anschwellen der industriellen Reservearmee keine unvermeidbare Naturkatastrophe ist und nicht auf das Konto der technischen Entwicklung schlechthin, sondern auf das einer an die kapitalistische Gesellschaftsordnung gebundenen Entwicklung der Produktivkräfte geht, scheint allen Streikenden klar zu sein. Während die Regierung und das Elektrizitätswerk versicherten, man verfüge über ausreichende Kohlevorräte für die kommenden acht Wochen, und man allgemein annahm, daß die Bergarbeiter ohne die Solidarität der übrigen Beschäftigten in den privaten und öffentlichen Zweigen der Energiewirtschaft auf verlorenem Posten kämpfen würden, griffen die Bergarbeiter zur Selbsthilfe und konzentrierten ihre Streikposten von den Kohlendepots und den zentralen Elektrizitätswerken. Das massive Streikpostenaufgebot zusammen mit der sich im Verlauf des Kampfes konsolidierenden Solidarität der Transportarbeiter und Eisenbahner stürzte die Industrie in Kürze in ein Chaos. Welche ökonomische Bedeutung der Kohle entgegen offiziellen Verlautbarungen zukommt, wurde sehr bald manifestiert: 70 % der gesamten Energie werden von der Kohle geliefert. Die weit verbreitete Vorstellung eines zwar beklagenswerten, aber fatalen Niedergangs des Kohlebergbaus, Relikt eines vortechnologischen Englands, dessen Schicksal durch einen Streik nationalen Ausmaßes nur beschleunigt würde, mußte grundlegend korrigiert werden. Nach fünfwöchigem Streik, in dem sich die Streikfront der Bergarbeiter infolge der Effektivität der Kampfformen gefestigt hatte, und nach zweimaliger Ablehnung eines an der Politik der Lohnleitlinien orientierten Lohnangebots von seiten der Regierung, sah sich diese aus ökonomischen Gründen gezwungen, den Streik durch Einsetzung einer staatlichen Schlichtungskommission zu einem Ende zu bringen. War in der kämpferischen Konfrontation zwischen Regierung und Bergarbeitern der Antagonismus von unmittelbaren Lebensinteressen der Lohnabhängigen und den Profitinteressen des Kapitals sinnlich manifest geworden, und hatten sich neue Perspektiven kollektiver Praxis angedeutet, so wurde der Kommission die Rolle zugedacht, den Lohnkampf auf einen Gutachterdisput, ein Zahlenspiel zu reduzieren, welches Lohnprozente auf der Basis der Ideologie des „gerechten Anteils“ aus Preis-, Produktivitäts- und Leistungssteigerungen ableitet. Die „Sonderbehandlung“ des Bergarbeiterstreiks sollte Mittel sein, das aufbrechende Bewußtsein kollektiver Interessen einzudämmen und die verschiedenen Sonderinteressen und -forderungen der Arbeiter gegeneinander auszuspielen und die Tradition sektionaler und zersplitterter Lohnkämpfe zu festigen. Dagegen stand die Parole „Wir kämpfen nicht nur für die Bergarbeiter, sondern für die gesamte Gewerkschaftsbewegung“, die Aufruf zum kollektiven Kampf gegen eine Politik des Kapitals ist.

Perspektiven

England und die englische Bourgeoisie waren Vorreiter und Nutznießer der kapitalistischen Produktionsweise; die sich verschärfenden Überakkumulationstendenzen zwingen das Kapital zu immer brutaleren Methoden der relativen Mehrwertauspressung, die für die Lohnabhängigen auch vor allem in Verstößen gegen die „Normierungen der Ausbeutung“ (Sozial- und Gesundheitsfürsorge, Arbeits- und Gewerkschaftsrecht) spürbar werden.

Diese allgemeine Krisensituation scheint die Radikalisierung der Arbeiter und teilweise auch das Aufbrechen reformistischer Vorstellungen zu beschleunigen – in einem Land, das 25 Jahre lang Vollbeschäftigung gekannt hat, dessen Arbeiterklasse keine Niederlagen hat einstecken müssen, die denen der kontinentalen und besonders der deutschen Arbeiterbewegung vergleichbar wären. Die Labour-Regierung scheiterte bereits mit ihren Versuchen einer staatlichen Einkommenspolitik und einer Kooperation der Gewerkschaften an der Kampfkraft und Aktionsbereitschaft der englischen Arbeiterklasse und effektiven Betriebsgruppen. Eben diese Stärke der Basisorganisationen macht es den Gewerkschaften unmöglich, völlig auf „gesamtwirtschaftliche“ Überlegungen einzugehen, und eröffnet die Chance, ihnen in größeren ökonomischen Kämpfen eine strategisch wichtige Rolle zukommen zu lassen. Radikale, die Profitabilität des Systems bedrohende Maßnahmen waren so lange nicht aktuell, wie dieses die Hauptforderungen der Massen absorbieren oder kaltstellen konnte. Im Kampf der schottischen Arbeiter, aber noch mehr im Kampf der Bergarbeiter, die das Kapital zu grundsätzlichen Änderungen der gegenwärtigen Strategie zwingen, hat sich eine qualitativ neue Entwicklung des gewerkschaftlichen Kampfes gegen das Kapital angebahnt, die, ohne bereits die Perspektive einer umfassenden gesellschaftlichen Veränderung zu entwickeln, sich doch zumindest auf die nötigen materiellen Voraussetzung stützen kann – eine aktionsbereite, noch wenig geschwächte Arbeiterklasse. ■

Rotbücher

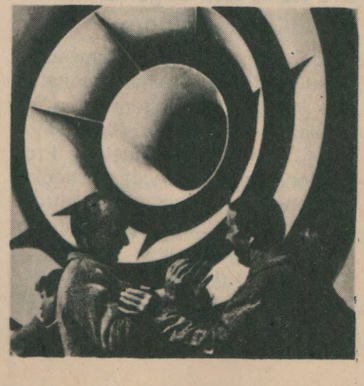
Ulrike M. Meinhof:
Bambule
Fürsorge – Sorge für wen? Nachwort Klaus Wagenbach. „Schließlich gibt es das Rotbuch 24, lesenswert, aufschlußreich – als Film immer noch nicht gesendet...“ H. Böll.
ROTBUCH 24. 108 S., DM 4,50 (3,50)

P. L. Lavrov
Die Pariser Kommune vom 18. März 1871
Vorwort Klaus Meschkat. Zum 100. Jahrestag der Kommune: Der noch nie übersetzte Bericht eines Teilnehmers; krit. Grundlage für Lenin.
ROTBUCH 25. 192 S., DM 6,50

Alex Schubert:
Stadtguerilla. Tupamaros in Uruguay – RAF in der Bundesrepublik.
Berichte der revolutionären Praxis in Lateinamerika und aus der BRD das politische Manifest der untergetauchten RAF.
ROTBUCH 26. 132 S., DM 4,50 (3,50)

Der erzwungene Kapitalismus
Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–48. Von Ute Schmidt/Tilman Fichter. Die Geschichte der erzwungenen „Entpolitisierung“ der ersten 3 Nachkriegsjahre und der verhinderten Klassenkämpfe. Zahlreiche Dokumente.
ROTBUCH 27. 180 S., DM 6,50 (5,50)

Arbeiter und Apparate
Bericht des Kollektivs Hispano-Suiza, französische Arbeiter, über ihre Praxis 1945–70. Tonbandprotokolle und Berichte aus einem Betrieb.
ROTBUCH 30. 160 S., DM 6,50 (5,50)



BETRIEBSFIBEL
Vorschläge zur politischen Arbeit in der Produktion von Berni Kelb. Mit einem Anhang von Jörg Hufschmid über Bilanzanalyse. In der Form eines Briefs berichtet Kelb über Möglichkeiten eines Einzelkämpfers, Organisierung von Betriebsgruppen, Agitation in der Freizeit, Flugblätter, Verhältnis zu den Gewerkschaften.
ROTBUCH 31. 72 S., DM 3,50 (2,50)

Jährlich etwa 8 **neue** ROTBÜCHER. Jedes ROTBUCH im Abonnement 1 Mark billiger. Abonnieren Sie in Ihrer Buchhandlung oder direkt: Verlag Klaus Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Str. 9. Falls Sie unsere Bücher in einer Buchhandlung nicht erhalten, schreiben Sie uns, wir nennen Ihnen eine andere.

WAGENBACH

Zur Kritik der „gewerkschaftlichen Orientierung" in der Studentenbewegung

SHB/Sozialistische Fraktion

Die „gewerkschaftliche Orientierung" ist ein Plakat; ein attraktives, aber ein falsches! Hinter diesem Begriff verbirgt sich beileibe nicht das, was zu erwarten ist. Hier wird der positive Aspekt gewerkschaftlicher Arbeit eindeutig mißbraucht, um einige Theorieversatzstücke zusammenzuhalten. Was sichtbar wird, wenn man sich mit den Inhalten dieser sogenannten Politik auseinandersetzt, wird im folgenden dargestellt.

Eine Kritik der gewerkschaftlichen Orientierung zu geben, heißt Kritik üben an der Politik des Marxistischen Studentenbundes Spartakus (MSB) und im wesentlichen an der sogenannten Mehrheitsfraktion des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB/MF), der mit dem MSB seit geraumer Zeit auf einer Linie zusammenarbeitet. Daß eine solche Kritik aktuell notwendig ist, zeigen auch die Ergebnisse der 24. ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) – s. dazu „links" Nr. 32 – die der Spartakus und der SHB scheitern ließen, als es ihnen nicht gelang, die gewerkschaftliche Orientierung zur allgemeinverbindlichen Linie des VDS zu machen.

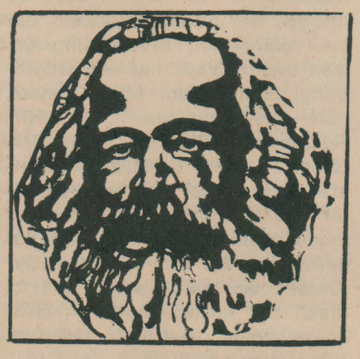
Eine Kritik der gewerkschaftlichen Orientierung ist über den Hochschulbereich hinaus von Interesse, da eine Kritik am Spartakus aufgrund der theoretischen und praktischen Gleichheit von Spartakus und DKP eine Kritik der DKP beinhaltet, wenn es sich nicht um die Kritik irgendwelcher Nebensächlichkeiten handelt, sondern um die Kritik an den Grundlagen. Diese Grundlagen sind hier die Einschätzung der Bedeutung von Wissenschaft („wissenschaftlich-technische Revolution") in der Analyse des aktuellen Kapitalismus („staatsmonopolistischer Kapitalismus") sowie die daraus resultierende Einschätzung der Klassen- und Interessenlage der wissenschaftlichen Intelligenz in und außerhalb der Hochschule.

Zur „wissenschaftlich-technischen Revolution"

Als charakteristisches Merkmal der momentanen Epoche bezeichnet Spartakus die „wissenschaftlich-technische Revolution (wtR)", unter deren Bedingungen die Wissenschaft angeblich zu einer unmittelbaren Produktivkraft wird. Man redet davon, daß die Monopole die „wtR" bewältigen müssen, aber nicht bewältigen können. Erfolge zudem der Einsatz von Wissenschaft in den „sozialistischen Ländern" im Interesse der Emanzipation und des gesamtgesellschaftlichen Fortschritts, so lasse sich dagegen die Wissenschaft im Kapitalismus nur im Profitinteresse der Monopole verwenden. Dadurch verschärfte sich im weltweiten Maßstab die Systemkonkurrenz zwischen Sozialismus und Imperialismus. Diese Auffassung jedoch unterschlägt, und hier liegt ein grundsätzlicher Fehler der Spartakus-Strategie, Kernprobleme des Verhältnisses von Wissenschaft und Kapitalverwertung, Produktivkräften und Produktionsverhältnissen.

Die beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte geht darauf zurück, daß das Kapital schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bei der verstärkten Realisierung von Extraprofiten und in dem Versuch, seinen zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten entgegenzuwirken, gezwungen war, in bestimmten Bereichen zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und der Vergrößerung des Mehrwerts wissenschaftliche und technische Erkenntnisse in wachsendem Maße in Form von Maschinen, Produktionsverfahren und qualifizierten Arbeitskräften anzuwenden und zunehmend auch selbst zu entwickeln. Die jetzige Phase dieser Entwicklung mit der Erscheinung, daß in bisher unbekannter Entwicklungsgeschwindigkeit wissenschaftliche und technische Erkenntnisse produziert werden, ist inhaltlich im wesentlichen nur ein besonders fortgeschrittenes Stadium der Subsumtion von Wissenschaft unter den Kapitalverwertungsprozeß, was die beschleunigte technische Umwälzung des Produktionsprozesses zur Folge hat. Diese fortschreitende Unterordnung von Wissenschaft unter die Produktion ist eine Form der relativen Mehrwertsteigerung, und die Grenzen der Anwendung von Wissenschaft sind ebenfalls durch den Verwertungszusammenhang gesetzt (Verwissenschaftlichung der Produktion ist verbunden mit einer Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, wodurch aufgrund des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate sich im Kapitalismus Grenzen für die weitere qualitative Veränderung des Produktionsprozesses und damit für eine Weiterentwicklung der Produktivkräfte ergeben).

Der Satz: „In allen Industriestaaten vollzieht sich die wissenschaftlich-technische Revolution" ist einseitig und falsch, denn es kommt auf die Monopole keine zeitbedingte, aus dem Charakter der Epoche abgeleitete „wtR" zu, die dann zu bewältigen wäre; die verstärkte Einbeziehung der Wissenschaft in die Produktion resultiert vielmehr aus den Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals. Dabei entwickelt sich die Wissenschaft nicht wie behauptet zur unmittelbaren Produktivkraft, sondern sie erhöht in dem Maße, wie sie in der Produktion angewandt wird, die Produktivkraft der menschlichen Arbeit.



„Ich habe Drachen gesät und Flöhe geerntet"

Die Theorie von der angeblich neutralen „wtR" ist offenbar die ideologische Rechtfertigungslehre der Tatsache, daß in den „sozialistischen Staaten" die Steigerung der Arbeitsproduktivität genauso vollzogen wird wie die im Kapitalismus, daß dort die Trennung von Hand- und Kopfarbeit überhaupt nicht mehr als Problem erkannt wird bzw. die Aufhebung dieser Trennung sich im „Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts" quasi von selbst ergeben soll. Das Problem der allseitigen Entwicklung der Produktivkraft Mensch wird also reduziert auf das Bewältigen der „wtR", wird reduziert auf die bloße Erhöhung der Arbeitsproduktivität. In einem derartigen „Sozialismus" hat die Produktivkraft-Theorie von SHB/MF und Spartakus ihren Ausgangspunkt. In dem Maße, in dem das Hauptproblem der „wtR" die angeblich verschiedene Bewältigung der „wtR" durch die „sozialistischen Staaten" und die kapitalistischen Staaten sein soll, wird der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung ersetzt durch den Widerspruch zwischen „Sozialismus" und „Imperialismus", wird Klassenbewußtsein nicht mehr aus den konkreten Erfahrungen der Widersprüche, sondern aus einem abstrakten Systemvergleich abgeleitet.

Zum Wissenschaftsbegriff von Spartakus

In der Theorie von der „wtR" und der Produktivkraft Wissenschaft zeigt sich das technizistische und illusionistische Wissenschaftsverständnis von Spartakus und seinem Anhängsel. Wir gehen davon aus, daß bürgerliche Wissenschaft primär Herrschaftswissenschaft ist, daß es eine Wissenschaft im Dienste des Proletariats erst im Sozialismus geben kann. Dagegen geht Spartakus von einer an sich neutralen Wissenschaft aus, die je nach den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen für den einen oder anderen instrumentalisiert werden kann. Von dieser Einschätzung her werden Parolen wie „runter mit der Rüstung, mehr Geld für die Bildung" erhoben. In solchen Parolen bleiben nicht nur die unterschiedlichen Funktionen von Bildungs- und Rüstungsausgaben im Kapitalismus unberücksichtigt, es wird auch der Eindruck erweckt, als könnten hier beliebig Umverteilungen stattfinden (Sozialstaatsillusion) für die man nur genügend demonstrieren müsse.

Der bürgerliche Charakter von Wissenschaft bleibt für Spartakus vollkommen unangetastet. Daß die Sphäre der geistigen Produktion im Kapitalismus notwendig von der materiellen Produktion losgelöst ist, den Massen entfremdet als etwas Selbständiges, quasi Neutrales, Klassenunspezifisches gegenübertritt, wird nirgends aufgezeigt. Die Atomisierung in Einzelwissenschaften, die die Erkenntnis des Gesamtzusammenhanges verwehren soll, also für den Kapitalismus konstitutives Moment und Ausdruck kapitalistischer Arbeitsteilung ist, wird nirgends kritisiert. Die Blindheit des Spartakus für Charakter und Funktion bürgerlicher Wissenschaft geht soweit, daß er dem Kapital „kommerzielle Einstellung zur Wissenschaft" vorwirft! (Antrag auf der VDS-MV zum HRG)

Die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus

Ähnliche theoretische Schwächen und Einseitigkeiten zeigen sich auch in der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus. Wie schon oben ausgeführt, wird in o. a. Konzeption die kapitalistische Entwicklung primär in Abhängigkeit von der Systemkonkurrenz gesehen, bestimmt durch den Widerspruch zwischen Imperialismus und „Sozialismus". Die aufgrund der Dynamik des Kapitals sich ergebenden veränderten Staatsfunktionen und deren Erscheinungsformen sollen mit dem Terminus „staatsmonopolistischer Kapitalismus" ausgedrückt werden, womit eine „Verschmelzung" von Staat und Monopol zu einer

Neu im Mai

KNAST REPORT

Reinhard Wetter /
Frank Böckelmann

Knast-Report

Aus deutschen Gefängnissen. Mit Beiträgen von Holger Trülzsch und Günter Maschke
ca. 304 Seiten DM 19,80

Der KNAST-REPORT verbindet sozialwissenschaftliche Analyse mit Erfahrungsberichten, die die Realität des Eingesperrtseins nachvollziehbar machen.

Der KNAST-REPORT macht deutlich, wie der Strafvollzug von den Betroffenen selbst erfahren wird, wie der Gefängnisalltag sie psychisch und sexuell deformiert.

Der KNAST-REPORT bringt unbekannte Dokumente, wie zum Beispiel Einsatzbefehle für die Wachmannschaften, Fotokopien von der Gefängnisarbeit und Dokumente des individuellen und organisierten Widerstandes.

●

makol bibliothek

Leo Kofler

Zur Dialektik der Kultur

Sechs Beiträge
mab 20 228 Seiten 12 Mark

Dieser Sammelband erscheint aus Anlaß des 65. Geburtstages des bekannten Ideologiekritikers.
Die kritische Einleitung von Günter Maschke, auf das Gesamtwerk von Kofler Bezug nehmend, versteht sich als Aufforderung zur Diskussion.

Frank Böckelmann

Marx und Adornos

Schwierigkeiten der spätmarxistischen Theorie
mab 21 204 Seiten 10 Mark

Böckelmann zeigt am Beispiel Adorno, in welche Schwierigkeiten die spätmarxistische Theorie gerät, wenn sie der traditionellen Rezeption des Marxismus unterliegt.

Radovan Richta und Kollektiv

Technischer Fortschritt und industrielle Gesellschaft

Einleitung von Ossip K. Flechtheim
mab 22 ca. 228 Seiten 12 Mark

Die ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und anthropologischen Parameter des menschlichen Lebens befinden sich in einem ununterbrochenen Veränderungsprozeß. In den Aufsätzen dieses Bandes versuchen die tschechischen Autoren aufzuzeigen, wohin diese Veränderungen führen, welche Alternativen sich der Menschheit gegenwärtig auftun.

makol Verlag

6 Frankfurt am Main
Schwanthalerstraße 49

organischen Einheit gemeint ist, d. h. der Staat wird zum reellen Gesamtkapitalisten. Die Kritik der nichtrevisionistischen Gruppen geht davon aus, daß der reelle Gesamtkapitalist eine logische Unmöglichkeit ist, d. h. die Negation des Kapitalismus bereits impliziert, während die dialektische Nichtidentität von Staat und Gesellschaft notwendiges Resultat des Kapitalismus ist. Eine umfassende Analyse des Spätkapitalismus, die die veränderten Erscheinungsformen systematisch auf den Begriff bringt, steht unserer Meinung nach noch aus. Konsequenz der DKP/Spartakus-Position ist ein von den Gesetzen des Kapitals verselbständigter, quasi autonom gedachter Staat, welcher für die antimonopolistischen Kräfte funktionalisierbar sei. Der kapitalistische Klassengegensatz wird ersetzt durch den klassenanalytisch nicht hergeleiteten Gegensatz zwischen Monopolen und Volk.
Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus werden reduziert auf ein politisches Kräfteverhältnis, wobei im antimonopolistischen Kampf aller antimonopolistischen Kräfte (d. h. alle Klassen und Schichten vom Proletarier bis zum Kleinkapitalisten) der Staat gegen die Monopole funktionalisiert werden soll („antimonopolistische Demokratie") als Vorstufe zu einer sozialistischen Gesellschaft auf parlamentarischem Wege. Die Mehrheit der Studenten wird zu diesen antimonopolistischen Kräften gezählt, da die „wtR unter staatsmonopolistischen Bedingungen" nach dieser Einschätzung die Annäherung eines wachsenden Teils der wissenschaftlichen Intelligenz an die Arbeiterklasse zur Folge hat. Die Interessen der Studenten gelten, „da sie durch die staatsmonopolistische Hochschulreform ständig beschnitten und insgesamt unter der Herrschaft des Monopolkapitals nicht realisiert werden können", als „objektiv antimonopolistische Interessen und zugleich perspektivische Interessen des späteren akademischen Lohnarbeiters" (aus: Spartakus-Thesen, Was heißt gewerkschaftliche Orientierung des Hochschulkampfs?). Da die Studenten damit in einem grundsätzlichen Widerspruch zu den Monopolen stehen, sei der Kampf für die materiellen Interessen der Studenten von vornherein antikapitalistisch.

Spartakus-Theorien — Ergebnis falscher Klassenanalyse

Eine solche Aussage kann nur das Ergebnis einer mangelhaften und falschen Bestimmung der Klassen und der daraus folgenden Interessenlage der Studenten bzw. der wissenschaftlichen Intelligenz (wI) sein. Es ist zwar richtig, daß die Mehrheit der Studenten perspektivisch vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben wird, die Interessenlage der Studenten also wesentlich von ihrer späteren Berufspraxis als Lohnabhängige mitbestimmt wird. Es ist auch richtig, daß ein großer Teil der wI ihre frühere formelle Unabhängigkeit verloren hat und zunehmend unter das Kapital subsumiert wird. Daraus läßt sich aber allenfalls eine Annäherung von Teilen der wI an das Proletariat ableiten und keinesfalls, wie dies in der Theorie von der Proletarisierung der Intelligenz getan wird, eine Gleichgerichtetheit der Interessen von Proletariat und wI als Voraussetzung eines Konzepts der gewerkschaftlichen Orientierung folgern. Es bleibt der wI trotz der zunehmenden Subsumtion unter das Kapital eine privilegierte Stellung im Vergleich zur Lage des Proletariats, es bleibt die Delegation von Herrschafts- und Leitungsfunktionen. Das heißt, daß ein großer Teil der Interessen der wI bzw. der Studenten, die ja nach Spartakus von vornherein antikapitalistischen Charakter haben sollen, sich gegen das Proletariat richten, weil sie auf Bewahrung von Privilegien zielen. Ein Konzept der gewerkschaftlichen Orientierung, das an solche ‚gewerkschaftlichen' Ansprüche anknüpfen will, führt zur Trennung von der Arbeiterklasse. Der Kampf um die materiellen Interessen ist daher nur dann sinnvoll, wenn er integriert ist in eine Gesamtstrategie der Arbeiterbewegung, die sich gegen den Kapitalismus selbst richtet. In diesem Kampf kann keineswegs, wie Spartakus dies tut, undifferenziert an die Interessen der Studenten angeknüpft werden. Es können vielmehr nur solche Interessen aufgegriffen werden, die eine Perspektive für ein Bündnis mit dem Proletariat enthalten, nur solche Interessen, die sich gegen die kapitalistische Arbeitsteilung, die Fremdbestimmtheit von Arbeit und Ausbildung usw. richten, nur solche Interessen, bei deren Umsetzung Kräfte mit perspektivisch antikapitalistischem Charakter freigesetzt werden können.
Diejenigen Interessen der Intelligenz, die sich auf Verteidigung ihrer Privilegien gegenüber dem Proletariat richten, enthalten diese Bündnisperspektive nicht und sind also nicht antikapitalistisch.
Der Kampf für die materiellen Interessen der Studenten ist zwar für uns ein wichtiger Bestandteil des Hochschulkampfes, aber er hat primär flankierenden Charakter und kann nicht zum Ausgangspunkt einer Strategie werden, wie Spartakus glaubt.

Sozialistische Front

Zeitschrift des SHB/Sozialistische Fraktion

Bezug über diskus-Verlag,
6 Frankfurt, Jügelstr. 1

Sozialistische Front 3
(erscheint am 17. 4.)

- Kommentar zur 24. o. MV des VDS
- Zur Ratifizierung der Ostverträge

Sozialistische Front 4
(erscheint am 25. 4.)

- Funktionsbestimmung des VDS
- Aktionsprogramm der SF zur a.o. MV des vds

Was kann gewerkschaftliche Orientierung noch bedeuten?

An den Trümmern der oben dargestellten „Strategie" scheint nur noch eines attraktiv zu sein — das Ziel der Organisierung in DGB-Gewerkschaften. Dies eben soll durch blinden Kampf um die sozialen und politischen Interessen der Studenten erreicht werden. Eine Beschreibung dessen, was die sozialen und politischen Interessen der Studenten umfassen, wird nicht geleistet, und bei Nachfrage weicht man z. B. auf die allgemeine Parole „demokratische Lehrinhalte" aus, ohne daß die Perspektive des Kampfes noch in der Agitation selbst deutlich würde. Jeder darf sich unter „demokratisch" vorstellen, was er will. Spartakus bleibt auch die Antwort schuldig, wie gewerkschaftlich orientierte Angehörige der wissenschaftlichen Intelligenz den Kampf gegen bürgerliche Wissenschaftsinhalte aufnehmen sollen. Hier kann Spartakus ebenfalls außer der allgemeinen, in dieser Form nichtssagenden Parole „Für Mitbestimmung — Gegen Rechts" nichts anbieten. Diese Parole ist in ihrer Undifferenziertheit und Plattheit eine Farce.
Auch wir halten die Arbeit von Hochschulabsolventen in den DGB-Gewerkschaften für sinnvoll, aber nur ein solcher Hochschulabsolvent ist fähig, über den Rahmen bornierter ständischer Interessenvertretung hinauszukommen, der sich seiner objektiven Lage bewußt ist. Hierzu scheint uns die „Gewerkschaftliche Orientierung" des MSB Spartakus & Co. nichts beizutragen. Ein Ansetzen an den materiellen Interessen der Studenten —als flankierendes Moment sozialistischer Politik — ist zweifelsohne richtig. Dabei aber stehenzubleiben und das ganze zu einer Strategie hochzujubeln, heißt nichts anderes, als den Studenten Illusionen zu machen über reale Veränderungen im Hochschulbereich (Mitbestimmungsillusion), ihnen Sand in die Augen zu streuen über diesen imperialistischen Staat, dessen Überwindung nur möglich ist mit einer klaren Kampfperspektive in Richtung auf den Sozialismus. Wer wie Spartakus dagegen eine Politik der Augenwischerei betreibt, hat sich eindeutig auf die Seite der — objektiv systemstabilisierend wirkenden — Reformisten geschlagen und stärkt damit in letzter Konsequenz die Kräfte, die immer noch vom friedlichen Kapitalismus träumen.

diskussion

Links von der Kommunistischen Partei

Egbert Jahn

Zur Kritik der Thesen des Sozialistischen Büros

Die Zeitung „links" hat in den letzten Monaten ihr Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei intensiv diskutiert und präzisiert (vgl. Nr. 21, 22, 23, 27). Einer ähnlich offenen, kontrovers geführten Erörterung der Möglichkeiten sozialistischer Politik in der Deutschen Kommunistischen Partei ist „links" bisher offensichtlich ausgewichen. „Eindrücke" vom Düsseldorfer Parteitag (Nr. 29) können und wollen sicherlich auch nicht die Auseinandersetzung mit der Theorie und Politik dieser Partei ersetzen. Das Verhältnis zur DKP bestimmen, wird für „links" nicht zuletzt bedeuten, die Beziehung von sozialistischer Politik in der Bundesrepublik zu den gesellschaftlichen Verhältnissen und ihren Entwicklungstendenzen in den sozialistischen Staaten zu klären. Die Ausführungen der „Ansatzpunkte . . ." der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro hierzu bleiben auffallend vage. Offensichtlich im Unterschied zu den Partei-Kommunisten wollen „links"-Sozialisten „undogmatisch" und „illusionslos", nicht „bürokratisch" und „despotisch", sondern „emanzipatorisch" und nicht „autoritär" sein. Was das konkret heißen soll, blieb bislang im Nebel des größeren Einverständnisses der „weder Sozialdemokraten noch Kommunisten". Weder Fisch noch Fleisch?

Wer sind diese „links"-Leser? Der sozialen Herkunft nach wohl mehr Schreibtisch- als Fabrikproletariat, mehr informationsverarbeitende als in der Industrie tätige Lohnarbeiter. Und politisch? Etwas „zwischen" SPD und DKP? Eine Mischung aus linken SPDlern, freischwebenden Sozialisten und vielleicht auch einigen DKPlern? Also eine Neuauflage jener verschiedenen Sorten bürgerlicher und kleinbürgerlicher, christlich und humanistisch gesinnter Sozialisten, von denen sich schon 1847/48 die Marx und Engels unter der Selbstbezeichnung „Kommunisten" distanzierten und wozu Friedrich Engels 1890 schrieb: „Sozialismus bedeutete 1847 eine Bourgeoisbewegung, Kommunismus eine Arbeiterbewegung." Oder sind diese „links"-Leser „Ultralinke", „Trotzkisten", „utopistische Sektierer", Intellektuelle, die sich den Arbeitern als Arbeiterführer andienern wollen? Zweifellos, linkische Versuche, linker als links zu sein, gab es in der Geschichte der Arbeiterbewegung übergenug.

Jede fortschrittliche gesellschaftliche Bewegung entwickelt ihre Hunderte und Tausende intellektuellen Seitenwege, die sich früher oder später als historische Irrwege und Sackgassen erweisen. Jedoch, ohne die Bauer, Ruge, Proudhon, Lasalle, selbst Dühring, keine Marx und Engels. Die DKP, im vollen Bewußtsein, zum historischen Stamm der internationalen Arbeiterbewegung und des allgemeinmenschlichen Fortschritts zu gehören und ewiger Alleinpächter des wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus in ihrem Bereich zu sein, mag all das intellektuelle Geschwätz der Neuen Linken, jener „wildgewordenen Bürgersöhne", als Krise der Ideologie des Bürgertums oder als irrelevante Abzweigungen und Verästelungen des beharrlichen, jedoch sicheren Wachstums des internationalen Kommunismus betrachten.

Doch kann die DKP tatsächlich sicher sein, daß sie nicht selbst bloß ein dahinsiechender Stumpf der Arbeiterbewegung ist, ein faulender, wenn auch immerhin mächtig-hemmender Klotz im Wege der gegenwärtigen sozialen Bewegung? Hat diese internationale Bewegung nicht schon längst überall die kommunistischen Parteien rechts liegen lassen? Vollzieht sich der revolutionäre Prozeß in Lateinamerika nicht schon ohne, teils auch gegen die kommunistischen Parteien? Wurde nicht auch in Europa spätestens 1968 – im Osten wie im Westen – für jedermann erkennbar, daß die Kommunistischen Parteien nicht mehr Träger der progressiven Bestrebungen des Proletariats sind? Daß sie sich allenfalls von ihnen zur Aktivität treiben lassen, häufig jedoch die herrschende Ruhe und Ordnung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln kräftigen? Könnte also die Neue Linke doch mehr sein als bloß wildwachsendes „links"- und rechtsabweichlerisches Gestrüpp, das in den nächsten Jahren entweder von allein vom Stamm der Geschichte abfällt oder eines Tages durch das „werktätige Volk" abgeschlagen werden muß?

Das Wort „links" war – bevor es in das allgemeine politische Gehäkel des „Zwei Schritte links, zwei Schritte rechts" undefinierbar einbezogen wurde – ein Name für diejenige politische Richtung, die zu ihrer Zeit das Programm mit dem am weitestgehenden emanzipatorischen Inhalt verfocht. Welche Bestrebungen der Neuen Linken haben die DKP zur Deutschen Konservativen Partei gemacht?

Nach der Spaltung der Arbeiterbewegung am Ende des Ersten Weltkrieges bezeichnete sich die Linke der Sozialdemokratie endgültig als Kommunisten, die das am weitestgehende emanzipatorische Programm ihrer Zeit verfochten. Der Name Kommunisten stand für den Bruch mit der vorherrschenden Tendenz in der Sozialdemokratie zur reformistischen Anpassung an die kapitalistische Gesellschaftsordnung und die nationalistische Vaterlandsverteidigung, zum Verzicht auf die politische Machtübernahme für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Sozialisten waren in den folgenden Jahrzehnten eine kleine Minderheit, die die leninistische Interpretation des Marxismus und ihre Parteitheorie – zumindest für Westeuropa – ebensowenig akzeptierten wie die Entwicklung der Sozialdemokratie zur bürgerlich-nationalen Volkspartei. Jene Richtung wurde zeitweise als die Internationale 2½ bezeichnet, um ihre Stellung zwischen „Sozialpatriotismus" und „Bolschewismus" zu kennzeichnen. Spätere Kritik am stalinistischen Kurs der moskauorientierten Kommunistischen Parteien führte nur zur Abspaltung kleinerer links-kommunistischer Gruppen.

Nach der Etablierung und Konsolidierung der Kommunistischen Parteien in den fünfziger Jahren, sei es als herrschende Parteien in den osteuropäischen Ländern, sei es als stabile parlamentarische Minderheiten in einigen westeuropäischen Staaten und mit dem Aufkommen der Studentenbewegung in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gewann der Namen Sozialismus eine neue Bedeutung. Während Sozialismus in der sowjetischen Interpretation die zur Zeit ablaufende bzw. schon abgelaufene Phase nach der politischen Machtüberahme durch das Proletariat und die kommunistische Partei auf dem geplanten Weg zur kommunistischen Gesellschaft bezeichnete, erhielt „Sozialismus" in der westeuropäischen und nordamerikanischen Linken immer mehr Züge des langfristig programmatischen Charakters, den bis dahin „Kommunismus" enthielt. (Ein gut Teil des Streits um den sozialistischen Charakter der sozialistischen Staaten, vor allem der Polemik so mancher „wahrer Sozialisten" gegen die Sowjetunion und die anderen RGW-Länder, stellt die unterschiedliche Wortbedeutung nicht in Rechnung.)

Kommunismus wurde zum Synonym für konservativen Sozialismus, für sterile, stagnierende und perspektivlose Tagespolitik, für die Zementierung einmal erreichter sozialistischer Machtpositionen, für die sklavische Apologie der Vergangenheit, deren „Kritik" sich auf umgekehrten Personenkult (Verurteilung von Fehlern oder auch Verbrechen verstorbener oder entmachteter Parteiführer) beschränkte. Sozialistische Kritik hingegen begann zu bezweifeln, ob die Entwicklung in den sozialistischen Staaten – vor allem Europas – zur kommunistischen Gesellschaft nur eine Frage der quantitativen und qualitativen Steigerung der Produktivität sei, die ohne heftige soziale Konflikte und grundlegende strukturelle Veränderungen zu einer demokratischeren Gesellschaft führe. Sozialisten begannen wieder, politische Alternativen zum vorherrschenden politischen Kurs, insbesondere für die Zeit seit Ende der zwanziger Jahre („Stalinismus") und seit Mitte der fünfziger Jahre („Revisionismus") in den RGW-Ländern zu diskutieren. Das vielfältige Durch- und Gegeneinander dieser neuen sozialistischen und marxistischen Diskussion, das naive, phantastische Selbstbewußtsein vor allem studentischer Zirkel, die ihren in wenigen Monaten – oft autodidaktisch – angeeigneten Marxismus der bürgerlichen wie der kommunistischen Wissenschaft und Politik gegenüber zu verfechten lernten, all das mag einen strammen Linien-Kommunisten erschaudern oder spotten lassen.

Sicherlich, die sozialistische Kritik an den etablierten kommunistischen Parteien kann bisher kaum mehr als unliebsame Details aufzählen: die erzwungene Unmündigkeit der Arbeiterklasse, die fehlende Selbstbestimmung in den Betrieben und in der Gesellschaft, die Entpolitisierung der Bevölkerung, der Mangel innerparteilicher und gesellschaftlicher Demokratie, die zunehmende soziale Abkapselung einer politisch wie ökonomisch privilegierten Gruppe, die Unmöglichkeit, die sozialistischen Verfassungsrechte voll in Anspruch zu nehmen, die Unterdrückung von Forderungen der Arbeiter und Intellektuellen durch Panzer und Geheimpolizei, die fast regelmäßige Bevorzugung „nationaler" und „staatlicher" Interessen vor denen des internationalen Klassenkampfes. Gewiß, die sozialistische Kritik kann gegenüber bürgerlichen Attacken, die alle diese Tatsachen als Beweismaterial gegen den progressiv-humanen Charakter der sozialistisch-kommunistischen Bewegung überhaupt auszuschlachten trachten, ein paar pauschale „Erklärungen" dieser Vorgänge und Zustände anführen: die Schwierigkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem ökonomisch rückständigen, kriegszerstörten, analphabetischen Land, die Notwendigkeit der Rüstung gegen die bürgerlichen Interventionsarmeen und -drohungen, die forcierte Industria-

lisierung gegen den kapitalistischen Boykott, der unsäglich opfervolle Widerstand gegen den deutschen Faschismus, die ökonomische und politische Belastung durch den Kalten Krieg und den Rüstungswettlauf.
Aber diese „Erklärungen" können keine wissenschaftliche Analyse des frühen Sozialismus und der gegenwärtigen Politik der Kommunistischen Parteien ersetzen. Vor einer solchen hat die Linke bisher weithin gekniffen, so daß mit Paul M. Sweezy festzustellen ist: „Menschen, die es gelernt haben, daß man, um den Kapitalismus zu verstehen, sehr tief unter die Oberfläche dringen muß, um die zugrunde liegenden Beziehungen und Prozesse darzulegen, sind zufrieden mit der Behandlung von reinen Äußerlichkeiten, wenn es um die sozialistischen Länder geht."

Es ist sicherlich nicht nur eine Folge der Geheimnispolitik kommunistischer Regierungen, wenn es bis heute noch keine marxistische Analyse der Klassenkämpfe von 1967/68 in der Tschechoslowakei gibt, die sich mit der Untersuchung der Kämpfe von 1848/49 durch Karl Marx messen könnte. Die Linke meint immer noch zum überwiegenden Teil, sie müsse taktische Rücksichten auf die sozialistischen Länder nehmen. Oder ist es nur die Furcht vor der politischen Vereinzelung, vor der internen scharfen demokratischen Auseinandersetzung, die sie veranlaßt, sich lieber mit dem schwindsüchtigen Kolonialismus Portugals zu beschäftigen (wobei man der Zustimmung einer weiten liberalen, sozialdemokratischen und kommunistischen Weltöffentlichkeit gewiß ist) als mit den Grundproblemen

Literaturhinweise zur Friedensforschung

Die folgenden Angaben beschränken sich auf die wichtigste Literatur, die den gegenwärtigen Stand der Friedensforschung kennzeichnet. Die Übersicht enthält keine Angaben über jüngste Veröffentlichungen, die inhaltlich überholt sind; deren gibt es auf dem deutschen Buchmarkt leider allzu viele.
Die im folgenden aufgeführten Bücher können bezogen werden über den Bücher- & Papervertrieb des Sozialistischen Büros, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Tel. 06 11 - 83 25 93.

Bibliographien

Eine ausführliche Literaturbesprechung zu den Themen „Internationale Politik", „Friedensforschung" und „Dritte Welt—Entwicklungsländer" kann kostenlos von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (62 Wiesbaden, Postfach 789) bezogen werden. Ihr Titel: Materialien zur politischen Bildung Nr. 2, September 1971, zusammengestellt von Eike Hennig, Dieter Thelen, Bassam Tibi und Wolfgang Seifert.
Als erste kritische Einführung in das gesamte Gebiet sehr brauchbar.

Eine nicht annotierte, nach Sachgebieten geordnete Literaturzusammenstellung wurde als Band 6 der „Studien zur Friedensforschung" unter dem Titel „Bibliographie zur Friedensforschung, hrg. von Gerta Scharffenorth und Wolfgang Huber im Ernst Klett Verlag Stuttgart und im Kösel Verlag München publiziert (DM 8,50). Umfassend und zuverlässig.

Allgemeine Beiträge zur Friedensforschung

Kritische Friedensforschung, hrg. von Dieter Senghaas, 1971, edition suhrkamp, DM 8,—.
Enthält anspruchsvolle zentrale Texte zur kritischen Friedensforschung von Johan Galtung, Karl Deutsch, Lars Dencik, Fritz Vilmar, Anatol Rapoport, Dieter Senghaas u. a. Gegenwärtig beste Einführung in methodische und Sachprobleme.

Friedensforschung und Gesellschaftskritik, hrg. von Dieter Senghaas, 1970, Hanser-Umweltforschung, DM 9,80. Die Beiträge von Krippendorff, Senghaas, C. Koch, F. Vilmar, E. Senghaas-Knobloch, Horn und Ebert versuchen Friedensforschung als gesellschaftskritische Wissenschaft zu entwikkeln. Leicht lesbare Einführung.

Dieter Senghaas. Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, 1. Auflage EVA 1969 (DM 18,—); 2. Auflage Fischer Taschenbuch 6157, Juli 1972, DM 5,80. Kritische Diskussion von vorherrschenden sicherheitspolitischen Konzeptionen, von Rüstungspolitik und Rüstungskomplex, von grundlegenden Problemen der Friedensforschung und Friedenserziehung.

Karl W. Deutsch. Analyse internationaler Beziehungen. Konzeptionen und Probleme der Friedensforschung, Reihe Kritische Studien zur Politikwissenschaft, EVA 1971, DM 28,—
Beste Einführung in den Problembereich aus dem angelsächsischen Raum.

Rüstung, Militarismus, Antimilitarismus

Dieter Senghaas, Rüstung und Militarismus, 1972, edition suhrkamp, DM 8,—
Enthält drei theoretische und empirische Beiträge über gegenwärtige Dimensionen des Militarismus, über Drohpolitik in internationalen Beziehungen und eine umfassende Studie über den amerikanischen Rüstungskomplex. Mit zahlreichen Tabellen versehen.

Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Eine sozioökonomische Analyse des Militarismus in unserer Gesellschaft, 1970, 5. erweiterte Auflage, EVA, DM 19,80
Wichtige informationsreiche Studie vor allem über Rüstung in der BRD, einschließlich einer Diskussion von Abrüstung. Auf Kapitalismuskritik basierend.

Ulrich Albrecht und Birgit Sommer. Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Militärhilfe und Entwicklungspolitik, 1972, rororo-aktuell, DM 3,80.
Kritische, informationsreiche Darstellung.

Rainer Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, 1970, Pahl-Rugenstein Verlag, DM 9,80.
Kritische Diskussion der rüstungsbezogenen Forschungs- und Entwicklungsprogramme in der BRD.

H. Afheldt, Ch. Potyka, Ph. Sonntag, C. F. von Weizsäcker. Durch Kriegsverhütung zum Krieg?, 1972, Reihe Hanser, DM 5,80.
Diskussion der politischen Konsequenzen aus der Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung" über sicherheitspolitische Lage der BRD.

Kriegsdienstverweigerer. Gegen die Militarisierung der Gesellschaft. Mit einem juristischen Ratgeber, hrg. von Hans-Jürgen Haug und Hubert Maessen, 1971, Fischer Taschenbuch, DM 3,80.
Zur Kritik der Bundeswehr. Über Kriegsdienstverweigerung und Ersatzdienstleistende.

Winfried Schwamborn, Handbuch für Kriegsdienstverweigerer, 1972, Pahl-Rugenstein Verlag, DM 9,80.
Einführung und Dokumentation.

Wolfgang Hübner, Warum wir den Wehrdienst verweigern, 1971, Argus Verlag, DM 6,—.
Eine Dokumentation schriftlicher Antworten von Kriegsdienstverweigerern auf die Frage: Warum haben Sie verweigert? Dazu die Analyse der im gesamten Bundesgebiet durchgeführten Fragebogenaktion zu allen Aspekten der Kriegsdienstverweigerung. Besonders aufschlußreich für die Betroffenen, weil gut deutlich wird, mit welchen Schwierigkeiten Kriegsdienstverweigerer zu kämpfen haben, um sich durchzusetzen.

Internationale Abhängigkeitsbeziehungen

Imperialismus und strukturelle Gewalt, hrg. von Dieter Senghaas, 1972, edition suhrkamp (erscheint Juni), DM 8,—.
Neue Beiträge zur Imperialismusproblematik der Metropolen (z. B. Funktion multinationaler Firmen) und über die Abhängigkeit der Dritten Welt mit Beiträgen von Galtung, Gantzel, O'Connor, Wolff, Hymer, dos Santos, Sunkel, Furtado, Martinelli und Müller-Plantenberg.

Aggression, Gewalt

Alexander Mitscherlich. Die Idee des Friedens und die menschliche Aggresivität, 1969, Bibliothek Suhrkamp, DM 6,80.
Grundlegende psychoanalytische Aufsätze.

H. Marcuse, A. Rapoport, K. Horn, A. Mitscherlich, D. Senghaas, M. Marković. Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft, 1972, 4. Auflage, edition suhrkamp, DM 4,—.
Beiträge über innergesellschaftliche und internationale Aggressionspotentiale.

Dieter Senghaas, Aggressivität und kollektive Gewalt, 1971, Urban-Taschenbücher, DM 5,80.
Leicht verständliche kurze Einführung in die wesentlichen Dimensionen der Problematik.

Veränderungsstrategien

Hans-Eckehard Bahr (Hrg.). Weltfrieden und Revolution, 1970, Fischer Taschenfuch, DM 3,80.
Mit Beiträgen von Bahr, Sven Papcke, D. Senghaas, Hans P. Schmidt und Hans-Jürgen Benedict. Versuche der Entwicklung historisch-soziologischer Perspektiven.

Wege zur veränderten Gesellschaft, hrg. von Hendrik Bussiek, 1971, Fischer Taschenbuch, DM 3,80.
Mit Beiträgen von M. Marković, Ernest Mandel, K. Voigt, P. Apostel, Th. Ebert und Lucien Goldmann.
Beiträge von allgemeiner Bedeutung.

sozialistischer Politik in der eigenen Umgebung.

Es ist nicht unsere Aufgabe, mit jenen zu rechten, die bis zur moralischen und intellektuellen Selbstkastration jeden mörderischen Linienknick der Kommunistischen Parteien angesichts der existentiellen Konfrontation der Arbeiterbewegung mit dem militanten Antikommunismus und dem Faschismus rechtfertigten, es steht auch hier nicht zur Debatte, ob der Stalinismus die historisch einzige Möglichkeit der Industrialisierung der Sowjetunion und effektiven Widerstandes gegen den Faschismus war. Grundsätzlich besteht jedoch kein Anlaß, jene Proudhonsche Einstellung zur Geschichte als marxistisch auszugeben, die „verständnisvoll" Gründe für die „Notwendigkeit" der bisherigen Entwicklung der sozialistischen Länder zusammenträgt und die Marx in seinem „18. Brumaire" ablehnte.

Auch während des Kalten Krieges mag mancher Sozialist und Kommunist die Auseinandersetzung mit der sozialistischen Realität gescheut haben, um nicht der bürgerlichen Propaganda zusätzliche Munition zu liefern.

Nachdem jedoch die Sowjetunion, der Warschauer Pakt und China nun nicht mehr mit militärischen Mitteln politisch erpreßt werden können, nachdem die sozialistische Gesellschaftsordnung ökonomisch im wesentlichen konsolidiert (wenn auch sicherlich noch von schweren Krisen bedroht, welche jedoch nicht mehr systemgefährdend sind) und politisch-psychologisch von der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit grundsätzlich akzeptiert ist, also spätestens seit Mitte der sechziger Jahre, ist jenes taktische Verbot der Kritik an den Verhältnissen in den sozialistischen Ländern objektiv reaktionär geworden und bestenfalls noch bei der älteren Generation aus den nachwirkenden Erfahrungen der Verfolgungszeit zu verstehen.

Die Notwendigkeit der radikalen Kritik an der sozioökonomischen und politischen Realität der sozialistischen Staaten und an der Politik der kommunistischen Parteien ist nicht nur eine Frage der moralischen und intellektuellen Redlichkeit gegenüber jenen Kommunisten und Sozialisten, die für demokratischere und humanere Formen des Sozialismus als den gegenwärtigen gekämpft haben und die von den „siegreichen" Kommunisten umgebracht wurden. Diese radikale Kritik ohne taktische Vorbehalte ist heute vor allem eine politische Notwendigkeit in den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten.

Denn sozialistische Politik hat in Westeuropa und in Nordamerika keinerlei Chance, wenn sie allein auf die Erfahrungen der Arbeiter mit den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise rechnet und auf revolutionierende Wirkungen kapitalistischer Wirtschaftskrisen spekuliert. Heute genügt zur Mobilisierung sozialistischen Bewußtseins nicht nur Elend, wirtschaftlicher Mangel und menschliche Erniedrigung aus eigener Erfahrung und Einsicht in die grundsätzliche Barbarei der kapitalistischen Produktionsweise, heute stellt jeder Arbeiter – vollgepropft mit antikommunistischer Propaganda, die ja häufig aus unbestreitbarem Tatsachenmaterial zusammengeschneidert ist – seine Kenntnisse über die sozialistischen Staaten bei seinem politischen Verhalten in Rechnung.

Eine sozialistische Politik, die dem westdeutschen Proletariat weismachen will, die ostdeutschen Arbeiter hätten im wesentlichen schon ihr Klassenziel erreicht, ein Programm, das die Sowjetunion und die DDR in serviler Haus- und Hofberichterstattung zum makellosen Abziehvorbild für die hiesigen Verhältnisse stilisiert, ist unglaubwürdig und ohne Zukunft. Sie muß auf unabsehbare Zeit in stupider Einheitsbrüderei dahinvegetieren, in einem Omo-Sozialismus für das ganze Volk (ohne ein paar Dutzend Monopolkapitalisten versteht sich), der den Mittelstand vor dem Ruin retten will, der mit nationalistischen Parolen die Interessen des Kleinbürgertums und der rückständigsten Bourgeosieteile gegen die multinationalen Konzerne und gegen die weitere, unvermeidliche Konzentration und Zentralisation des Kapitals vertritt, dieser Nationalparkkommunismus, der überall in Westeuropa die EWG bekämpft, statt auf der westeuropäischen Basis die gewerkschaftliche und parteiliche Vereinigung der Arbeiter vorzubereiten und gegen die Unterminierung der in den bisherigen nationalen Klassenkämpfen errungenen demokratischen Freiheiten bei der Etablierung der westeuropäischen Institutionen zu kämpfen. Vor Jahrzehnten bildeten die frühen Sozialdemokraten und die Kommunisten die ersten multinationalen Parteien in den Vielvölkerstaaten, heute sind die Kommunistischen Parteien zu Horten des national bornierten Grünhändlersozialismus geworden.

Für die sozialistische Politik in der Bundesrepublik müßte Sizilien weitaus näher liegen als Sachsen. Westeuropäische sozialistische Politik kann sich nicht auf den, überdies verballhornten, „Marxismus-Leninismus" gründen – der Leninismus war die historisch kaum wieder erreichte politische Konkretisierung des Marxismus in einem bestimmten Land, zu einer bestimmten Situation: in einem agrarischen, analphabetischen Land unter den Bedingungen der Herrschaft eines rückständigen Feudaladels und des Terrors der zaristischen Geheimpolizei, in einem Land mit bescheidensten Ansätzen einer kapitalistischen Wirtschaft und bürgerlich-liberaler Demokratie.

Sozialistische Politik in den hochindustrialisierten spätkapitalistischen Ländern des Westens kann nur aufbauen auf den, wenn auch systemhaft begrenzten, Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie, wie sie von den Liberalen und den frühen Sozialdemokraten in Jahrzehnten blutig erkämpft wurden. Sie wird die Niederlagen der Arbeiterbewegung in dem am höchsten entwickelten Kapitalismus aufs Neue untersuchen müssen und kann erst darüber hinaus von den Erfahrungen der Sowjetunion, Chinas, Jugoslawiens und anderer sozialistischer Experimente lernen.

Sozialistischer Internationalismus kann heute – wie im Grunde auch zuvor – nicht in einem universalen Zentralismus bestehen, der eo ipso in nationalistische Vorherrschaft ausmünden muß, er kann noch viel weniger aus einer Addition verschiedener national oder kontinental autarker Sozialismen bestehen.

Offensichtlich ist es illusionär, in den Kommunistischen Parteien ebenso wie in den Sozialdemokratischen Parteien eine durchgreifende Renaissance progressiver, internationalistischer sozialistischer Politik zu erwarten oder in sie wieder Elemente einer demokratischen Auseinandersetzung um sie hineintragen zu wollen, Elemente, wie sie zu Zeiten Lenins noch als selbstverständlich existierten. Grundlegende historische Entwicklungen lassen sich nicht revidieren. Die alte Arbeiterbewegung kann nicht wiederbelebt werden. Die aufgrund der wissenschaftlich-technischen Revolution neu zur Industriearbeiterschaft gestoßenen proletarischen Schichten werden auf neue Weise, in neuer Organisationsform die emanzipatorischen Impulse und Zielsetzungen der alten Arbeiterbewegung aufgreifen müssen.

Über fünfzig Jahre nach der Französischen Revolution vermochten es die sozialistischen Klassiker, ohne sentimentalen Weihrauch für verstaubte revolutionäre Verdienste, das Frankreich Louis Bonapartes radikal zu analysieren, und ohne gleichzeitig das ideologische Geschäft der allseitigen feudalen Reaktion zu besorgen. Wir haben heute noch nicht das wissenschaftliche Instrumentarium entwickelt, um eine vergleichbare gründliche Kritik der Sowjetunion Leonid Breschnews liefern zu können.

Fest steht jedoch, daß sich neuartige Herrschaftsverhältnisse in den sozialistischen Staaten herausgebildet haben, deren sozialer Träger sich als eigene Schicht im Proletariat absondert, und daß sich die Verfügungsgewalt über das Gesellschaftseigentum in den Händen dieser sozialen Minderheit konzentriert. Die historische Entwicklung des „realen Sozialismus" läßt sich weder mit dem Rückgriff auf Kategorien der Kapitalismuskritik begreifen noch mit moralistischem Verrats- und Verschwörungsgezeter erklären. Weder handelt es sich um eine Restauration kapitalistischer Klassengesellschaft, noch um die Machtergreifung irgendeiner Clique. Nichts zeigt deutlicher, wie der Marxismus in den Kommunistischen Parteien von einer revolutionären Wissenschaft zur konservativen Ideologie verhunzt wurde, als die allgemeine Cliquenbeschimpfung im internationalen Kommunismus, die an der Spitze der heiligen nationalen Dreieinigkeit von Werktätigem Volk, Arbeiterklasse und Kommunistischer Partei im jeweils anderen Land den inkarnierten Antikommunist vermutet.

Wie die sozialen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft nur in oberflächlicher Sicht mit den Ständen der feudalen Gesellschaft identisch sind, so gehen auch jene Auffassungen fehl, die in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern die Herausbildung einer „neuen Klasse" (Djilas), einer „Staatsbourgeoisie" und eine Tendenz zur Restauration des Kapitalismus, eine „revisionistische" Abweichung vom wahren Sozialismus sehen. Linke Kritik wird den grundlegenden historischen Fortschritt der Gesellschaft in den sozialistischen Staaten gegenüber allen vorausgegangenen Gesellschaftsformationen herauszuarbeiten und gleichzeitig mit aller wissenschaftlichen und politischen Schärfe die sozioökonomischen Grundlagen der neuen Herrschaftsverhältnisse zu erforschen haben, die wir vorläufig noch sehr ungenau als „bürokratische" kennzeichnen.

Sicherlich, die linke Kritik an den etablierten Kommunistischen Parteien wird noch einige Zeit „bloß theoretisch" bleiben, sich überwiegend auf Intellektuellenzirkel – im Osten wie im Westen – beschränken, spontan in Arbeiterprotesten zum Ausdruck kommen, allenfalls sich in lockerer Organisation verdichten, ehe sie in einer internationalistischen linkssozialistischen Partei praktische Relevanz erhält.

Die Linke begnügt sich vorläufig noch, die offenkundigen Widersprüche zwischen ideologischem Anspruch und ungeschminkter Wirklichkeit aufzuspüren. Wir sollten es so gründlich tun, wie es einst Friedrich Engels (in: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft) bei den liberalen Vorläufern des wissenschaftlichen Sozialismus lobte: Wir nehmen die Kommunisten, ihre begeisterten Propheten von vor und ihre interessierten Lobhudler von nach der Revolution beim Wort. Wir decken die materielle und moralische Misere der kommunistischen Welt unbarmherzig auf, wir halten daneben sowohl die gleißenden Versprechungen der früheren Theoretiker von der kommunistischen Gesellschaft, in der nur die Vernunft herrschen werde, von der alles beglückenden Zivilisation, von der grenzenlosen menschlichen Vervollkommnungsfähigkeit, wie auch die schönfärbenden Redensarten der gleichzeitigen kommunistischen Ideologen; wir weisen nach, wie der hochtönendsten Phrase überall die erbärmlichste Wirklichkeit entspricht, und überschütten dies rettungslose Fiasko der Phrase mit beißendem Spott.

Wohin treibt Jugoslawien?

Etappen, Tendenzen und Widersprüche der Transformation einer Übergangsgesellschaft (Teil II)

Hansgeorg Conert

Im ersten Teil des Artikels wurden die Entwicklung von ‚sozialistischer Marktwirtschaft' und Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien skizziert sowie anschließend die Grundzüge der Wirtschaftsreform von 1965 dargestellt. Im folgenden soll auf einige Konsequenzen und Ergebnisse des Reformprozesses eingegangen werden.

Einige ökonomische Konsequenzen der Wirtschaftsreform

Eine Reihe schwerwiegender negativer Folgen der Wirtschaftsreform hat ihre Ursache in der Beseitigung der bis dahin noch verbliebenen Restformen gesamtgesellschaftlicher Wirtschaftsplanung. In einer offiziösen jugoslawischen Schrift wird zwar behauptet: ‚Die Planung ist eines der wesentlichen Attribute der Selbstverwaltung'. Es wird jedoch kein Zweifel daran gelassen, daß es nicht um eine gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen und Zielen verpflichtete Planung geht: ‚Sie ist ihrem Wesen gemäß so konzipiert, daß die Unternehmen mit ihren Plänen selbständig ihre Geschäfts- und Entwicklungspolitik festlegen . . .' (1). Eine nichtmarxistische Sachkennerin resümiert die Entwicklung nach der Wirtschaftsreform so: ‚Es hat den Anschein, daß im Laufe der letzten Jahre in der jugoslawischen Wirtschaft die anarchischen Elemente das Übergewicht erhalten haben. Indizien dafür sind die liberalistischen Auffassungen über die Bedeutung der Konkurrenz, die offensichtliche Unterbewertung der Planung der Wirtschaftspolitik und die Bestrebungen, die Unternehmensteile noch weiter zu verselbständigen.' (2)

Was hier als wirtschaftliche Anarchie bezeichnet wird, findet u. a. in schwerwiegenden und wachsenden Disproportionen Ausdruck. So vertiefen sich die Disproportionen zwischen Wirtschaftsbereichen. Da die Verteilung der ökonomischen Ressourcen jetzt primär nach betriebswirtschaftlichen Rentabilitätskriterien erfolgt, werden Investitionen vornehmlich in Sektoren mit raschem Kapitalumschlag vorgenommen. In manchen dieser Bereiche, wie im Fremdenverkehrsgewerbe und in Teilen des Gebrauchsgütersektors, wie z. B. der Textilindustrie, entstehen Überkapazitäten, während in anderen Zweigen, vor allem in den Grundstoffindustrien, ein permanenter Mangel an Investitionsmitteln herrscht. Es ist schlechthin paradox, daß in einem seinem Anspruch und Selbstverständnis nach sozialistischen Lande die zentrale Verfügung über das gesellschaftliche Mehrprodukt verbal diffamiert und praktisch immer mehr reduziert wird, während im staatsinterventionistischen Kapitalismus die öffentlichen Hände über einen stetig wachsenden Teil des Nationalprodukts verfügen, um z. B. Forschungsvorhaben in einem Umfang zu finanzieren, der die einzelunternehmerische Fähigkeit und Risikobereitschaft übersteigt. Eine der Konsequenzen: in Jugoslawien ist die Zahl der wissenschaftlichen Forscher heute relativ 10—15mal niedriger als in den USA und in der UdSSR und 6mal niedriger als in Westeuropa (3). Der im ersten Teil des Artikels bereits erwähnte Rückgang des Anteils der öffentlichen Haushalte an der Wertschöpfung der Unternehmen von 31,4 % 1961 auf 18,9 % 1966 findet in Jugoslawien in ‚gesellschaftlichen Defiziten' Ausdruck, wie sie charakteristisch für die spätkapitalistischen Systeme sind. So weist z. B. das Bildungs- und Ausbildungswesen erhebliche Mängel auf, und es ist nicht gelungen, die zwar regional heterogene, im Landesdurchschnitt aber noch außergewöhnliche hohe Analphabetenrate von fast 20 % zu senken (4).

Zu den traditionellen Disproportionen in Jugoslawien zählt das regionale Entwicklungsgefälle. Bei Auflösung der zentralen Investitionsfonds Anfang 1964 blieb als einziger der für die Förderung der minderentwickelten Regionen bestehen. Die — für die Betriebe unverbindlichen — ‚gesellschaftspolitischen Pläne' sehen regelmäßig ein überdurchschnittliches wirtschaftliches Wachstum der zurückgebliebenen Gebiete vor. Das ist jedoch nicht erreicht worden. Während sich der Abstand Montenegros und Mazedoniens zu den entwickelten Regionen etwas verminderte, vergrößerte sich der von Kosovo und Bosnien-Herzegowina. Daß das zu den Auswirkungen der Wirtschaftsreform gehört, stellte z. B. der Vorsitzende der Republikorganisation Bosnien-Herzegowina des BdKJ auf dem regionalen Parteitag Anfang 1969 fest (5).

Bereits vor den Reformen von 1965 hatte Jugoslawien eine permanent hohe Inflationsrate. Sie zu reduzieren, war eines der erklärten Ziele der Reform. Tatsächlich aber trat das Gegenteil ein. Lediglich 1968 hatte sich der Preisanstieg etwas verlangsamt. In diesem Jahr stiegen die Lebenshaltungskosten nach offiziellen Angaben um 5 %; 1969 jedoch wieder um 8 % und 1970 um 11 % (6). Ein 1967 erlassenes Gesetz über die Preisbildung ist in seinen Bestimmungen widersprüchlich: einerseits betont es die Autonomie der Betriebe in der Preisgestaltung, andererseits wird eine gesellschaftliche Preiskontrolle angekündigt. Sie soll sich allerdings ökonomischer, nicht administrativer Mittel bedienen. In der jugoslawischen Realität lassen solche Formulierungen stets eine praktische Auslegung zu, die ein Unterlaufen der Kontrollmaßnahmen ermöglicht, wenn diese gegen machtvolle Partikularinteressen verstoßen. Die Preissetzungsmacht der Einzelunternehmen, verbunden mit unkoordinierter und überschäumender Nachfrage sowohl nach Verbrauchs- wie nach Investitionsgütern, beides durch die Wirtschaftsreform verstärkte Erscheinungen, bilden fortwirkende Ursachen der Inflation.

Ein ebenfalls bereits in den Jahren vor der Wirtschaftsreform akutes, danach aber verstärktes Problem ist der Mangel an Arbeitsplätzen. Die offizielle Arbeitslosenquote betrug in Jugoslawien 1968 8 % (zum Vergleich: 1938 10 %) (7). Bemerkenswert ist, daß die Zahl der beruflich qualifizierten Arbeitssuchenden rascher steigt als die Gesamtzahl der Arbeitslosen. 1970 gab es offiziell 323 000 Arbeitssuchende (8). Hinzu sind — auch nach jugoslawischer Darstellung — ca. 1 Million versteckt Arbeitslose auf dem Lande zu zählen. Die Zahl der im Ausland beschäftigten Jugoslawen ist nicht exakt bekannt. Sie wurde für Anfang 1969 auf etwa 360 000 geschätzt (9), dürfte heute aber mindestens doppelt so hoch sein, da allein in der BRD über eine halbe Million Jugoslawen arbeiten. Die Reformmaßnahmen nach 1965 trugen u. a. insofern zur Verschärfung des Problems der Arbeitslosigkeit bei, als infolge der Dominanz von Rentabilitätskriterien eine steigende Zahl von Betrieben in Konkurs gingen, Rationalisierungsinvestitionen den Vorrang erhielten und überhaupt bei der Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen der Gesichtspunkt der Schaffung von Arbeitsplätzen nachgeordnet blieb.

Ein anderes erklärtes Ziel der Wirtschaftsreform ist die stärkere Integration Jugoslawiens in den — kapitalistisch dominierten — Weltmarkt. (10) Die einheimischen Unternehmen sollen dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt und so zu Produktivitätserhöhungen gezwungen werden. Die Ambivalenz der Reformmaßnahmen zeigt sich hier u. a. darin, daß man, um den Wettbewerbsdruck wirksam werden zu lassen, die Einfuhrzölle senkte, damit jedoch das chronische Außenhandelsdefizit, das man verringern wollte, erhöhte. In der breiten jugoslawischen Diskussion um die Wirtschaftsreform scheint kaum reflektiert zu werden, daß die Einschaltung eines technisch-ökonomisch minder entwickelten Landes in den kapitalistischen Weltmarkt dieses in Abhängigkeit von den hochentwickelten Ländern bringt und eine ständige Wertübertragung in diese bedeutet. So ist die wachsende Verschuldung Jugoslawiens gegenüber der BRD kennzeichnend. 1970 wickelte Jugoslawien 12 % seines Exports mit der BRD ab und bezog von da 20 % seiner Importe. Betrug das Handelsdefizit Jugoslawiens gegenüber der BRD 1965 nur 20 Mill. Dollar, so waren es 1967 bereits 189 und 1970 369 Mill. Dollar und damit ein Drittel des jugoslawischen Gesamtdefizits (11).

Der Einfluß spätkapitalistischer ökonomischer Tendenzen auf die jugoslawische Wirtschaftspolitik findet z. B. in der Feststellung des Generaldirektors der Bundesanstalt für Gesellschaftsplanung, Jović, Ausdruck, die Bemühungen um Preisstabilisierung innerhalb Jugoslawiens hätten sich „. . . nach dem Preisanstieg in den Ländern mit entwickelter Marktwirtschaft zu richten, auf die Jugoslawien in seinem Außenhandel angewiesen ist' (12).

Auslandsanleihen haben für die jugoslawische Wirtschaft seit langem hohe Bedeutung, und die politische Führung hat ihre außenpolitische Position der „Nichtverpflichtung" in dieser Hinsicht durchaus genutzt. Auch diese Tendenz wurde durch die Wirtschaftsreform verstärkt. ‚Mit dem Anwachsen der Bedeutung des Marktes wächst auch die magnetische Kraft der stärkeren Marktwirtschaften des Westens . . . Notwendigerweise muß das Streben nach mehr Handel, mehr technologischen Errungenschaften, mehr Finanzierung und schließlich mehr Investitionen aus den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zunehmen.' (13) Im ersten Teil des Artikels wurden bereits die zunehmenden Erleichterungen und die neue Verfassungsgarantie ausländischer Investitionen in Jugoslawien erwähnt, durch die man sich einen stärkeren Zustrom von westlichem Privatkapital erhofft. 1969 betrugen die jugoslawischen Auslandsschulden 1,82 Mrd. Dollar, das sind ca. 20 % des Bruttosozialprodukts. Zwischen 1965 und 1969 erhielt Jugoslawien vom Westen Kredite in Höhe von 730 Mill. Dollar (darunter 475 Mill. von der Weltbank) und von RgW-Ländern in Höhe von 543 Mill. Dollar (333 Mill. UdSSR, 110 Mill. CSSR, 68 Mill. DDR und 32 Mill. Polen) (14). Die jugoslawische Verschuldung gegenüber westlichen Kreditgebern ist tatsächlich allerdings höher, denn die vorstehenden Angaben bezie-

hen sich nur auf von der jugoslawischen Bundesregierung ausgehandelte und verbürgte Kredite, während es über diese hinaus von nachgeordneten Instanzen im Westen aufgenommene Anleihen gibt.

Wachsende soziale Ungleichheit

Im vergesellschafteten Wirtschaftssektor ist nach offizieller jugoslawischer Auffassung das Lohnarbeitsverhältnis überwunden, und man verwendet deshalb nicht die Begriffe ‚Lohn' und ‚Gehalt', sondern ‚persönliches Einkommen'. Deren Höhe ist nicht durch überbetriebliche, verbindliche Normen oder Verträge geregelt, sieht man ab von der gesetzlichen Garantie eines Mindesteinkommens, das allerdings weit unter dem Existenzminimum liegt, weshalb der Vorschrift keine große praktische Bedeutung zukommt. In den vergesellschafteten Wirtschaftsunternehmen ist die Höhe der Einkommen faktisch gebunden an die Ertragskraft der Betriebe (15). Da diese natürlich differiert, unterscheiden sich entsprechend die Einkommen der Arbeiter und Angestellten. Man muß in Jugoslawien heute zumindest fünf sich überschneidende Ebenen von Einkommensdisproportionen unterscheiden; und zwar solche

— zwischen entwickelten und unterentwickelten Regionen,
— zwischen begünstigten und benachteiligten Wirtschaftszweigen,
— zwischen gut und schlecht florierenden Betrieben innerhalb gleicher Wirtschaftszweige,
— gemäß der Qualifikations- und Funktionshierarchie in den Betrieben, Verwaltungen, Behörden, Schulen etc.,
— zwischen dem vergesellschafteten und dem privaten Wirtschaftssektor.

Alle diese Disproportionen haben sich in Auswirkung der Wirtschaftsreform verstärkt. Es hat sich damit bestätigt: ‚Der zunehmende Gebrauch von Marktmechanismen muß zu zunehmender sozialer Ungleichheit führen . . .' (16) Die Gesamtheit der Reformmaßnahmen wirkt im einzelnen in diese Richtung: wenn z. B. die Investitionen nicht nach gesamtwirtschaftlichen Entwicklungs- und Strukturerfordernissen, sondern nach einzelbetrieblichen Rentabilitätskriterien erfolgen, verstärkt sich die Diskrepanz zwischen rentablen und weniger rentablen Unternehmen und damit die der Fähigkeit zur Schaffung persönlicher Einkommen. Ferner bilden sich oligopolistische Marktstrukturen heraus, die Extraprofite ermöglichen, so die Hierarchie der Profitraten erweitern und folglich die Unterschiede der einzelbetrieblich gebundenen Einkommen. Der Zentralisations- und Konzentrationsprozeß des Kapitals ist in Jugoslawien zwar nicht so weit fortgeschritten wie in spätkapitalistischen Ländern; immerhin aber hatten bereits 1967 bei etwas mehr als der Hälfte von 103 Produktionsgruppen die jeweils vier größten Unternehmen einen Anteil von 75 % oder mehr am Gesamtumsatz (17). Auch die Überbetonung des Leistungsprinzips in den betrieblichen Funktionsbereichen, das wachsende Entwicklungsgefälle im Lande, die Erweiterung der Grenzen privater Wirtschaftstätigkeit sind Konsequenzen der Wirtschaftsreform, die die Einkommensdisparitäten verstärken.

Ob die Feststellung von G. Lemán: ‚Die Jugoslawen sind heute von einer ökonomisch und sozialethisch gerechten Einkommensverteilung weiter entfernt als alle anderen Wirtschaftssysteme' (18) zutrifft, muß in Anbetracht der Dürftigkeit des statistischen Materials hier wie dort dahingestellt bleiben. Fest steht jedoch, daß die Einkommensdisparitäten in Jugoslawien beträchtlich sind und tendenziell wachsen. Lemán zitiert eine jugoslawische Enquête, derzufolge die innerbetrieblichen Einkommensdifferenzen von 1 : 2,5 bis 1 : 8 reichen und in der Mehrzahl 1 : 4 betragen. Dabei sind die Differenzen um so größer, je höher das betriebliche Durchschnittseinkommen liegt. Privilegierte Einkommensverhältnisse bestehen heute — außer dem Privatsektor, für den keine Angaben vorliegen — allgemein im Handel, bei Banken, bei Wirtschaftsverbänden und Außenhandelsunternehmen. „Die günstige Lage dieser Bereiche ist auf ihre Bedeutung unter den durch die Wirtschaftsreform geschaffenen neuen Bedingungen zurückzuführen." (19) Die jugoslawische Statistik ist in dieser Hinsicht nicht sehr aussagekräftig. (20) Immerhin zeigt sie z. B., daß im März 1970 nur 2,2 % der Arbeitsorganisationen (darunter versteht man neben Betrieben Verwaltungen, Schulen etc.) in Slowenien ein persönliches Höchsteinkommen bis 999 Dinar zahlten, in Kosovo hingegen 15 %; 9,9 % der Arbeitsorganisationen in Slowenien zahlten Höchsteinkommen über 4000 Dinar monatlich, in Kosovo aber nur 0,7 %. Eine Spanne von 1 : 5 und mehr zwischen niedrigstem und höchstem persönlichen Einkommen gab es im März 1970 nur in 6 % der Arbeitsorganisationen in Kosovo, dagegen bei 15,8 % in Slowenien.

Marxisten sind sich darüber einig, daß eine reale Einkommensgleichheit erst nach der Überwindung von Warenproduktion, Geldwirtschaft und Leistungskriterien der Zuteilung, also erst ‚in einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft' möglich ist. Daß wachsende Einkommensdisparitäten aber als Fortschritt deklariert werden, vereinbart sich nur mit einem Sozialismusverständnis wie dem stalinistischen, gegen das die Jugoslawen sonst bei jeder — zuweilen auch unpassenden — Gelegenheit polemisieren. Die jugoslawischen Arbeiter beurteilen diese Frage offenbar anders. Die Feststellung G. Leméns: ‚Die Unmöglichkeit der gleichen Entlohnung für die gleiche Leistung im gegenwärtigen jugoslawischen Wirtschaftssystem wird von den Arbeitern als Ungerechtigkeit empfunden' (21), wird bestätigt durch häufige Klagen im offiziösen Schrifttum über die egalitäre Grund-

eva titel:

eva reihe: „Theorie und Praxis der Gewerkschaften"

Die neue Arbeiterklasse
Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus
Texte von Serge Mallet, Manuel Bridier, Ernest Mandel, Alain Touraine u. a.
Herausgegeben und eingeleitet von Frank Deppe, Hellmuth Lange und Lothar Peter
224 Seiten, kartoniert DM 9,—
Schon zu Beginn der 60er Jahre begann in Frankreich eine intensive Diskussion über die Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Struktur und Zusammensetzung der Arbeiterklasse. Einen wesentlichen Anstoß zu dieser Auseinandersetzung gab die Arbeit von Serge Mallet: „Die neue Arbeiterklasse" (1963).
Dieser Band will zunächst die gewerkschaftlichen und politischen Erfahrungen, die in den letzten Jahren in Frankreich gesammelt wurden, — aber auch kontroverse Positionen über die gesellschaftliche Rolle der technischen Intelligenz vorstellen. Darüber hinaus steht die Fragestellung im Mittelpunkt, ob und in welcher Weise diese Erfahrungen auch in der BRD praktisch umzusetzen sind.

Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung
Eine Textsammlung
Herausgegeben und eingeleitet von Ernest Mandel
486 Seiten, kartoniert DM 29,—
Diese Anthologie informiert darüber, wo, unter welchen Voraussetzungen, mit welchen Zielvorstellungen und unter welcher Organisationsform Initiativen ergriffen wurden, sich dem Ziel der Selbstbestimmung des Menschen durch einen konkreten Schritt zu nähern.

Oswald Todtenberg · Arno Ploog
Du gehörst dir und nicht den Bossen
Mit Illustrationen von Arno Ploog · Ein Buch für Lehrlinge
148 Seiten, kartoniert DM 8,—
Das Buch ist kein Buch über Lehrlinge, sondern für Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte, aber auch für jene, die noch kein Verhältnis zu der heutigen Lehrlings- und Jungarbeiterbewegung haben. Das Buch ist eine Aufforderung zum Handeln. Ein Lehrlings-Kampf-Comic erleichtert das Lesen und Verstehen von Konfliktsituationen.

eva reihe: „Arbeiterbewegung Theorie und Geschichte"

Die Massenstreikdebatte
Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky, Anton Pannekoek
Herausgegeben und eingeleitet von Antonia Grunenberg
416 Seiten, kartoniert DM 20,—
Die Debatte über den politischen Massenstreik in der SPD, die ihren Höhepunkt anschließend an die russische Revolution von 1905 erreichte, ist bisher wenig beachtet worden, obwohl gerade sie all die Momente enthielt, die die Geschichte der Sozialdemokratie nachhaltig beeinflußten. In neuer Form trat hier der von der Parteiführung für beendet erklärte Revisionismusstreit wieder in Erscheinung.

eva Allgemeines Buchprogramm

Michael Schumann · Frank Gerlach · Albert Gschlössl · Petra Milhoffer
Am Beispiel der Septemberstreiks — Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse?
Eine empirische Untersuchung
360 Seiten mit zahlreichen Tabellen, kartoniert DM 9,—
Studienreihe des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI)
Die Ergebnisse der Untersuchung machen deutlich, daß die Streikbewegung im Herbst 1969 Resultat einer in politischer wie ökonomischer Hinsicht extraordinären gesellschaftlichen Situation war, die die Aktivität der Arbeiter herausforderte. Nicht die Tatsache der Streiks selbst, sondern vielmehr das Potential, welches durch diese Arbeitskämpfe geschaffen wurde, läßt nach den Befunden der Studie die Frage nach der Rekonstruktion der Arbeiterklasse berechtigt erscheinen.
28/72

eva
Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt am Main

haltung der Arbeiter sowie über ihr Unverständnis für Erfordernisse der Wirtschaftsreform. Eine jugoslawische Untersuchung über die Ursachen von Streiks kommt zu dem Ergebnis: ‚Ein wichtiger Grund für scharfe Proteste der Arbeiter ... ist die materielle und gesellschaftliche Gesamtsituation der Arbeiterklasse, die wesentlich schwächer ist als die der anderen Gesellschaftsschichten, insbesondere jener, die in den Tätigkeitsbereichen außerhalb des Produktionssektors beschäftigt sind ... So hängt der Unterschied im Arbeitseinkommen meistens nicht von der tatsächlich geleisteten Arbeit ab, sondern von dem Arbeitsplatz, an dem sich der einzelne befindet; mit anderen Worten, von dem Grad der gesellschaftlichen Machtposition des einzelnen Arbeiters.' (22)

Wirtschaftsreform und privatwirtschaftliche Tendenzen

Eine sozialistische Wirtschaftsordnung verlangt ohne Zweifel nicht die vollständige Ausschaltung privatwirtschaftlicher Restbereiche. Daß diese allerdings mit Fortschreiten der sozialistischen Entwicklung expandieren, muß als fragwürdig erachtet werden. Die Ausdehnung braucht sich nicht einmal, oder nicht vorwiegend, quantitativ in der Zunahme der Privatbetriebe auszudrücken, sondern kann z.B. auch in der Erweiterung der eingeräumten Kapitalverwertungsbedingungen bestehen, die u.a. im Grad der steuermäßigen Abschöpfung der Profite Ausdruck finden.

Der private Sektor dominiert in Jugoslawien in der Landwirtschaft. Nur 11% der Anbaufläche befindet sich in staatlichem oder genossenschaftlichem Eigentum. Der private Besitz ist, je nach Bodengüte, auf 10–15 ha begrenzt (23), jedoch verfügen ca. 70 % der rund 2,6 Mill. Einzelbauern über weniger als 5 ha Nutzfläche. Diese gehören zu den ökonomisch Unterprivilegierten, und trotz vorhandener und tendenziell zunehmender wirtschaftlicher Differenzierung innerhalb der privaten Bauernschaft scheint uns gesellschaftspolitisch das Problem des privaten gewerblichen Sektors brisanter als das des agrarischen. Private Betätigung gibt es da neben Handwerk und Kleinindustrie vor allem im Gaststätten- und Hotelbereich sowie im Transportsektor. Die Zahl der privaten Handwerksbetriebe beträgt ca. 150 000, die der privaten Gaststätten 20 000. Die existierenden Beschränkungen – sie beziehen sich z. B. auf die Zahl der Lohnarbeiter, auf die der Hotelbetten oder Lastkraftwagen – werden mit Leichtigkeit umgangen, eine Kontrolle wird offenbar kaum ausgeübt. Lohnarbeiter gibt es offiziell nur ca. 90 000, jedoch sagt diese Angabe kaum etwas über ihre tatsächliche Anzahl aus, da es wegen der bestehenden Restriktionen üblich ist, fremde Arbeitskräfte als Verwandte zu deklarieren. Zur Erweiterung der Grenzen privatwirtschaftlicher Betätigung in den letzten Jahren trug u. a. die Bedeutung von Tourismus und z. T. privater Kleinindustrie (für die Minderung der außenwirtschaftlichen Defizite) bei, die sich ja nach der Wirtschaftsreform noch erhöhten.

Die fragwürdige Bedeutung des privaten Wirtschaftssektors liegt u. E. nicht so sehr in seinem ökonomischen Gewicht, als vielmehr in der Wirksamkeit der von hier ausgehenden Atmosphäre von Profitgesinnung und Bereicherungssucht, im suggestiven Beispiels aufwendigen Konsums, wachsender Individualisierung und Mißachtung gesellschaftlicher Erfordernisse und Ziele; kurzum: in der Übernahme des spätkapitalistisch geprägten Lebensstils. Die mit der privaten Wirtschaftstätigkeit verbundenen Verteilungs- und Verfügungsdisparitäten sind vom sozialistischen Standpunkt aus um so weniger zu rechtfertigen und wirken um so provozierender in einem Lande, in dem erhebliche Teile der Bevölkerung in äußerster, unmittelbar physischer Armut leben. Die offizielle Einstellung zur Frage privater Profiterzielung stellt sich dar als eine Mischung aus Pragmatismus, ideologischer Rationalisierung und Gleichgültigkeit. Kennzeichnend ist folgende Anekdote: Als im Sommer 1968 in einen Gesetzentwurf über den Motortransport ein Passus aufgenommen werden sollte, nach dem sich sozialistische Betriebe nicht der Leistungen privater Fuhrunternehmer bedienen sollten, stimmte ein einziger Abgeordneter dafür (24). Erheiternd oder auch zynisch wirkt eine Bestimmung im Statut des Bundes der Kommunisten Serbiens, nach der auch Bewerber, die fremde Arbeitskräfte beschäftigen, in die Partei aufgenommen werden können, unter der Voraussetzung, daß sie ‚jede Form der Ausbeutung bekämpfen.' (25)

Bedenklicher noch als die Ausdehnung der ‚kleinen Warenproduktion' (und anderer eher vorkapitalistischer Erscheinungen) ist eine Tendenz, die sich in ihren letzten Konsequenzen allerdings noch im Stadium der Diskussion befindet: in jüngerer Zeit wurde wiederholt die Frage nach Formen privater Teilhabe am Eigentum der großen vergesellschafteten Betriebe aufgeworfen. Unter der Überschrift ‚Schleichender Kapitalismus in Jugoslawien' berichtete der Londoner ‚Economist' vom 16. 11. 1968 von einer öffentlichen Kapitalanleihe des jugoslawischen Unternehmens ‚Crvena Zastava' (das PKW in FIAT-Lizenz herstellt). Zwar handelte es sich dabei um eine festverzinsliche (6%ige) Anleihe, bei der die Käufer keinen Eigentumstitel erwarben; immerhin wurde damit, wie der ‚Economist' erfreut feststellt „... jugoslawischen Bürgern erstmals seit einer Generation die Gelegenheit gegeben, direkt in der Industrie zu investieren" (26). Die im Zuge der Wirtschaftsreform den Unternehmen eingeräumte Möglichkeit der kapitalmäßigen Beteiligung an anderen Betrieben kommentiert der ‚Economist' so: ‚Sorgsam den Schatten des Kapitalismus vermeidend, scheint sich Jugoslawien sehr nahe auf seine Substanz zuzubewegen.' (27) Am weitesten in dieser Richtung gehen Erwägungen, den im Ausland beschäftigten Jugoslawen zu ermöglichen, für Devisen Eigentumstitel an den (noch?) vergesellschafteten Unternehmen zu erwerben.

Wirtschaftsreform, Arbeiterselbstverwaltung und Technokratie

In jugoslawischen Darstellungen wird immer wieder behauptet, die Wirtschaftsreform erweitere und stärke die materielle Basis der Arbeiterselbstverwaltung und diene damit ihrer umfassenden Realisierung. Zum Beleg wird darauf verwiesen, daß sich mit der weiteren Einschränkung der Lenkung und Verfügung des ökonomischen Potentials der Betriebe durch den Staat der Entscheidungsumfang der Organe der Arbeiterselbstverwaltung ausdehne. „Es war notwendig, das staatliche Wirtschaftsmonopol in eine relativ freie Marktwirtschaft bei zunehmender Selbständigkeit der Unternehmen in ihrer Gebarung und Verfügung über die Mittel zur erweiterten Reproduktion umzugestalten." (28) Diese Rechtfertigung übersieht oder unterschlägt zunächst zweierlei: einmal wird in geradezu klassisch liberalistischer Manier die staatliche Lenkung des Reproduktionsprozesses generell und pauschal diskreditiert. Sie wird nicht verstanden als möglicher und notwendiger Ausdruck der Geltendmachung gesamtgesellschaftlicher Erfordernisse und Interessen, die es über einen demokratischen Regelmechanismus mit gesellschaftlichen Partialinteressen, wie sie u. a. auf betrieblicher Ebene entstehen, zu vermitteln gilt. Zum anderen wird negiert, daß die Konsequenzen der Wirtschaftsreform die Entscheidungsautonomie der Organe der Arbeiterselbstverwaltung beschneiden, indem sie einmal den Marktmechanismen unterworfen und zum anderen dem verstärkten Machtanspruch der Technokratie ausgesetzt werden. Die apologetische jugoslawische Diskussion der Wirtschaftsreform reflektiert in keiner Weise, daß die anonymen, blind wirkenden Marktgesetze den Entscheidungsspielraum der Arbeiterselbstverwaltung viel wirksamer reduzieren können als normierte Lenkungskompetenzen staatlicher Instanzen. Die wiederholt zitierte bürgerliche Autorin erkennt das durchaus: „In der Realität der jugoslawischen sozialistischen Marktwirtschaft haben die Arbeiter keinen Einfluß auf die Entwicklung des Marktes und müssen trotzdem die materiellen Folgen dieser Entwicklungen in Form von Lohnminderungen oder Arbeitslosigkeit tragen." (29) Wenn sie in Vorwegnahme eines Resümes ihrer Untersuchung feststellt: ‚Es ist bisher noch nicht gelungen, die beiden Ziele Intensivierung der Arbeiterselbstverwaltung und weitgehende Rationalisierung der Produktionsprozesse miteinander in Einklang zu brin-

Artur Meier
Proletarische Erwachsenenbildung

Die Bestrebungen der revolutionären deutschen Arebiterbewegung zur systematischen sozialistischen Bildung und Erziehung erwachsener Werktätiger 1918-23. Mit Quellen- und Literaturverzeichnis, Sach-, Stichwort- und Personenregister.

A. Meier untersucht Theorie und Praxis der sozialistischen Erwachsenenbildung vor und nach der Novemberrevolution unter besonderer Berücksichtigung der Einwirkungen der Vorstellungen und Erfahrungen sowjetischer Arbeit auf diesem Gebiet nach der Oktoberrevolution 1917.

Erstveröffentlichung 1971. 290 S. 11,00 DM.

Wilhelm Reich
Was ist Klassenbewußtsein?

Ein Beitrag zur Diskussion über die Neuformierung der Arbeiterbewegung. Eine der bewußtesten Analysen der psychologischen Ursachen für das Versagen der Arbeiterbewegung vor dem Faschismus. Erstausgabe 1934. Preis: 2,50 DM

Versand nur per Nachnahme oder Vorausrechnung
Weitere große Auswahl an sozialistischen Texten
BUCHLISTE ANFORDERN!

★spartakus BUCHVERSAND
2 Hamburg 13, Postfach 117 Telefon 0411/41 74 84
Diese Texte sind in allen politischen Buchhandlungen erhältlich. In Hamburg: MANIFEST, Politischer Buchladen, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 79, Tel. 0411/44 40 03

Sammlung Luchterhand
Taschenbücher

Theodor W. Adorno u.a.
Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie
Band 72 DM 9,80

Jóhann Páll Árnason
Von Marcuse zu Marx
Band 54 DM 9,80

Jürgen Baumann (Hrsg.)
Das Abtreibungsverbot des § 218
Band 62 DM 9,80

Lewis Coser
Theorie sozialer Konflikte
Band 58 DM 7,80

Angela Davis
Materialien zur Rassenjustiz
Band 61 DM 9,80

Klaus Dörner/ Ursula Plog
Sozialpsychiatrie
Band 66 DM 4,80

Konrad Farner
Der Aufstand der Abstrakt-Konkreten
Band 13 DM 7,80

Georg Fülberth
Proletarische Partei und bürgerliche Literatur
Band 60 DM 7,80

Helga Gallas
Marxistische Literaturtheorie
Band 19 DM 9,80

Helga Gallas (Hrsg.)
Strukturalismus als interpretatives Verfahren
Band 35 DM 9,80

Jürgen Habermas
Strukturwandel der Öffentlichkeit
Band 25 DM 9,80

Hannes Heer
Burgfrieden oder Klassenkampf
Band 22 DM 7,80

Hans G Helms, Jörn Janssen
Kapitalistischer Städtebau
Band 29 DM 7,80

Eric J. Hobsbawm
Sozialrebellen
Band 16 DM 9,80

Adrian Hsia
Die chinesische Kulturrevolution
Band 23 DM 9,80

Leo Kofler
Stalinismus und Bürokratie
Band 6 DM 7,80

Helmut Krauch
Die organisierte Forschung
Band 2 DM 9,80

Leo Löwenthal
Erzählkunst und Gesellschaft
Band 32 DM 9,80

Georg Lukács
Die Theorie des Romans
Band 36 DM 7,80

Georg Lukács
Die Seele und die Formen
Band 21 DM 9,80

Georg Lukács
Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins
Band 49 DM 4,80

Georg Lukács
Geschichte und Klassenbewußtsein
Band 11 DM 9,80

Georg Lukács
Ästhetik
Band 63 DM 9,80

Rosa Luxemburg
Internationalismus und Klassenkampf
Band 41 DM 9,80

Serge Mallet
Die neue Arbeiterklasse
Band 59 DM 9,80

H. C. F. Mansilla
Faschismus und eindimensionale Gesellschaft
Band 18 DM 9,80

Herbert Marcuse
Der eindimensionale Mensch
Band 4 DM 7,80

Wolfgang Naucke, Paul Trappe (Hrsg.)
Rechtssoziologie und Rechtspraxis
Band 8 DM 9,80

Harry Pross
Publizistik
Band 10 DM 7,80

Jean-Paul Sartre
Der Intelektuelle und die Revolution
Band 30 DM 7,80

Dorothee Sölle
Das Recht ein anderer zu werden
Band 43 DM 4,80

Gisela Steinwachs
Mythologie des Surrealismus oder die Rückverwandlung von Geschichte in Natur
Band 40 DM 9,80

Fritz Vilmar
Modelle und Strategien der Demokratisierung
Band 53 DM 7,80

Ausführliche Prospekte der »Sammlung Luchterhand« erhalten Sie in Ihrer Buchhandlung

Sammlung Luchterhand

Kleinanzeigen

Sozialistenverfolgung

Dokumentation am Beispiel Mandel über Nichtberufung, Einreiseverbot und Solidaritätsveranstaltung, herausgegeben vom Sozialistischen Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, DM 2,50.

Proletarische Front

Heft 4: Chinas Weg — eine Alternative zum Revisionismus? Internationale Polizeikoordination. Die Sackgasse des palästinensischen Widerstandes. Brief des Genossen Hoppe aus dem UG. Bezug über Willi Bergmann, 2 Hamburg 39, Alsterdorfer Str. 85. DM 1,80.

Berufsverbot

Nachwuchslehrer sind arbeitslos — Materialien zur Nichteinstellung. Nachdruck des Arbeitspapiers einer GEW-Gruppe. Bezug Günther Thode, 2 Hamburg 13, Grindelallee 33 I. DM 1,—.

Stalinismuskritik

Basispaper: Marxistische Stalinismuskritik. Bezug über Unabhängige Sozialistische Arbeitsgemeinschaft, c/o Peter Klepper, 511 Alsdorf, Weinstr. 73. DM 1,— in Briefmarken beilegen.

Dritte Welt

Bildungspolitische Alternativkonzeptionen der Dritten Welt mit Texten von Julius Nyerere, Paolo Freire, Ivan Illich und Paul Hellwig. Herausgegeben und erhältlich von Politischer Arbeitskreis Schulen (PAS), 53 Bonn, Langgasse 10.

Schülerarbeit

Perspektiven einer sozialistischen Schülerarbeit. Herausgegeben und zu beziehen von Bund Deutscher Pfadfinder, 1 Berlin 31, Kaubstr. 9.

„Sing in"

Magazin für Kabarett, Song, Chanson. Neue Zeitschrift, die ständig über Kabarett, Song, politisches Lied und Theater, über Chanson und Randgebiete berichtet. Bezug über Heinz Mees, 6091 Trebur, Karl-Liebknecht-Str. 30. DM 1,— in Briefmarken beilegen.

Arabischer Golf

Broschüre des Solidaritätskomitee für die Unterstützung der arabischen Befreiungsbewegung über die Situation in Dhofar und Oman mit Dokumenten vom Rachjut-Kongreß der Volksfront für die Befreiung des besetzten arabischen Golfs. Bezug über Reinhold Einloft, 6 Frankfurt, Wolfsgangstr. 88. DM 1,— in Briefmarken beilegen.

gen' (30), so entgeht ihr offenbar, daß diese Ziele in ihrem — und dem heute in Jugoslawien vorherrschenden — Verständnis von ‚Rationalisierung' (nämlich im Sinne der Installierung von Marktmechanismen) schlechterdings nicht zu vereinbaren sind.

Die Gefahr der Formalisierung und Aushöhlung der Arbeiterselbstverwaltung durch technokratische Tendenzen ist älter als die Wirtschaftsreform von 1965, sie manifestiert sich danach jedoch offener. In einer westdeutschen Untersuchung, die auf Beobachtungen aus der Zeit vor und kurz nach diesen Reformen fußt, werden fünf Gründe für die faktische Dominanz des Managements genannt (31): 1. Seine Kontinuität gegenüber den dem ‚Rotationsprinzip' unterworfenen Inhabern von Selbstverwaltungsfunktionen, 2. die mangelhafte Qualifikation der letzteren, 3. ihr geringes Interesse für andere Fragen als solche, die die Einkommensverteilung oder betriebliche Sozialeinrichtungen berühren, 4. die normativ herausgehobene Stellung des Direktors als des Sachwalters gesamtgesellschaftlicher Interessen (das allerdings zunehmend eine bloße Fiktion) und 5. das Fortbestehen der überkommenen betrieblichen Autoritäts- und Weisungshierarchie im praktischen Arbeitsablauf. Das Gewicht dieser Gründe — ihre Zahl könnte ergänzt werden — ist unterschiedlich. Ihre Wirksamkeit hat sich jedoch — mit Ausnahme des vierten in der hier gegebenen Begründung — infolge der Reformmaßnahmen nach 1964/65 verstärkt. „Die Stellung der jugoslawischen Unternehmung innerhalb einer Marktwirtschaft, die Wiedereinführung von Marktpreisen, die Emanzipation der Unternehmung vom Staat und die Geltung kommerzieller Kriterien im Außenhandel verlangen einen neuen Typ der Unternehmensleitung. Der Direktor und seine Mitarbeiter werden in zunehmendem Maße Unternehmerfunktionen zu erfüllen haben, die das Arbeitskollektiv an sie delegiert hat." (32)

Dem Eindringen des Managements in die Organe der Arbeiterselbstverwaltung kommen auch gesetzliche Bestimmungen im Zuge der Wirtschaftsreform entgegen. So wurde z. B. 1964 die Vorschrift, nach der zuvor mindestens drei Viertel der Mitglieder der Arbeiterräte Produktionsarbeiter sein mußten, aufgehoben. Folgenschwerer noch scheint die 15. Verfassungsänderung von Ende 1968, die offiziell auch die Stärkung der Arbeiterselbstverwaltung intendiert. Sie hebt eine Reihe verbindlicher Vorschriften über Struktur und Kompetenzen ihrer Organe auf und bevollmächtigt die Unternehmen, entsprechende Regelungen in ihren Statuten festzulegen. Formal muß das zwar nicht auf eine Beschränkung der Beteiligung der Arbeiter hinauslaufen, faktisch scheint es aber häufig der Fall zu sein. Im Zuge der Wirtschaftsreform werden Unternehmenszusammenschlüsse außerordentlich forciert. Dabei werden zentrale Arbeiterräte über den bisher bestehenden für die Gesamtunternehmen gebildet. Eine jugoslawische Schrift stellt dazu fest: ‚In integrierten Unternehmen wird die Tendenz bemerkbar, in den zentralen Arbeiterrat und dessen einzelne Vollzugskörper zum Großteil leitende Kader zu wählen ... ja es gibt sogar Fälle, wo der ganze Verwaltungsausschuß des Unternehmens aus Betriebs- und Fabrikdirektoren zusammengesetzt ist.' (33) In der gleichen Broschüre wird der Rückgang der Beteiligung junger Arbeiter an der Selbstverwaltung, der ohnehin nicht hoch war, beklagt. G. Lemán referiert eine empirische jugoslawische Studie, die für die Diskussionen in den Selbstverwaltungsorganen ein Beteiligungsverhältnis von 1 : 39 zugunsten der Manager ermittelte. Sie gelangt zu dem Schluß: ‚Die Teilnahme der Arbeiter an den Abstimmungen hat bei komplizierten Zusammenhängen nur formalen Charakter.' (34) Wiederholt konstatieren jugoslawische Veröffentlichungen die Tendenz, die Kompetenzen der Arbeiterselbstverwaltung auf soziale betriebliche Belange zu reduzieren.

Daß ein auf Kapitalverwertung von Einzelunternehmen ausgerichtetes Wirtschaftssystem — ungeachtet der Tatsache, daß sich diese Unternehmen nicht in persönlichem Privateigentum befinden — an die Inhaber von Leitungsfunktionen ganz ähnliche Qualifikations- und Verhaltenserwartungen wie an kapitalistische Manager stellt, nimmt nicht wunder: „... die Auffassung von der Rolle des Direktors (wird) weitgehend westlichen Vorstellungen angenähert.' (35) In einer Umfrage unter jugoslawischen Betriebsleitern wurde der Fall konstruiert, daß ihr Auftrag, ein Höchstmaß an betrieblicher Effizienz zu erreichen, in Widerspruch stünde: a) zu staatlichen Vorschriften, b) zu kommunalen Interessen, c) zu den Erwartungen der Belegschaft und d) zu den Rechten der Selbstverwaltungsorgane. Die Frage lautete, welche der jeweils alternativen Entscheidungsmöglichkeiten man wählen würde. Bei allen vier Fällen votierten mehr als 90 % der Befragten für die Managerrolle, ein Ergebnis, das die jugoslawischen Initiatoren der Studie mit Befriedigung mitteilten. (36)

In der neueren jugoslawischen Diskussion über Probleme der Arbeiterselbstverwaltung wird häufig die unklare Kompetenzabgrenzung zwischen Arbeiterrat, Verwaltungsausschuß, Direktor und Management beklagt und als Ausweg die Schaffung einer dualistischen Entscheidungs- und Autoritätshierarchie angeregt. Es ist nicht ersichtlich, ob sich die Autoren der Tatsache bewußt sind, daß sie damit an einem Fundament der jugoslawischen Gesellschaftsverfassung rühren, nämlich an dem Anspruch, ein System der Selbstverwaltung zu verkörpern. Die Vorschläge weisen aber — ebenso wie andere Darstellungen der heute akuten Probleme — darauf hin, daß die Realität inzwischen eine andere ist, daß die faktische Machtstellung des Managements jetzt auch nach offizieller Sanktionierung und normativer Absicherung drängt. Die Forderung nach einer dualen betrieblichen Organisationsstruktur geht nicht nur von der Anerkennung von Funktionsunterschieden, sondern implizit auch von grundlegenden Interessendivergenzen aus, Dem entspricht die gegenwärtige sozioökonomische Realität Jugoslawiens in der Tat. Diese Feststellung soll nicht zu der Annahme verleiten, hier würde die Möglichkeit vollkommener Interessenharmonie in der sozialistischen Gesellschaft unterstellt. Die tendenzielle Zuspitzung fundamentaler sozioökonomischer Interessenwidersprüche signalisiert jedoch zweifelsohne Fehlentwicklungen einer Übergangsgesellschaft.

(Der abschließende III. Teil bringt eine theoretisch begründete Gesamtwertung.)

Anmerkungen:

(1) Die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, Beograd 1970, Seite 98
(2) Lemán, Gudrun: Ungelöste Fragen im jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche Studien Nr. 37, Köln 1969, S. 11
(3) Die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, S. 102 Fußnote
(4) Diese Angabe geht zwar auf den Bevölkerungszensus von 1961 zurück und neuere Zahlen existieren offenbar nicht. Neuere jugoslawische Veröffentlichungen drücken jedoch sogar die Befürchtung aus, die Rate sei noch größer geworden
(5) FAZ vom 11. 1. 1969
(6) Statistisches Taschenbuch Jugoslawiens, Beograd 1971, S. 93
(7) osteuropa, Heft 11 Jahrg. 1969 Seite A 347 ff.
(8) Statistisches Taschenbuch, S. 37
(9) ‚Wirtschaftreform und Beschäftigung', Pregled 6. 6. 1969, zit. nach osteuropa, aaO. S. A 352
(10) Mihailovic: Die jugoslawische Wirtschaftsreform 1965, in: Österreichische Osthefte, Wien, Jahrg. 8 (1966) Heft 2 S. 116 ff.
(11) Internationale Politik, Beograd, Mai 1971 Seite 24
(12) Internationale Politik, Beograd, November 1971 Seite 2
(13) Sweezy, in: Bettelheim, Dobb, Foa u. a.: Zur Kritik der Sowjetökonomie, Wagenbach-Rotbuch Nr. 11, Berlin 1969 S. 110
(14) Osteuropäische Rundschau, München, Nr. 7 — 1971 Seite 15
(15) Vom Gesamtertrag eines Unternehmens werden zunächst die materiellen Kosten und die Amortisationen (Abschreibungen) abgezogen, wodurch man das Einkommen des Unternehmens erhält. Von diesem sind abzuziehen die gesetzlichen Verpflichtungen (z. B. Steuern), die vertraglichen Verpflichtungen sowie die gesetzlichen Mindesteinkommen der Beschäftigten. Man erhält so das Nettoeinkommen des Unternehmens, das aufgeteilt wird in Rücklagen, Zuweisung an einige Fonds (z. B. für betriebliche Sozialeinrichtungen) sowie die persönlichen Einkommen der Belegschaft.
(16) Mandel, E. in: Bettelheim, Dobb, Foa, aaO. S. 95
(17) Dobias, Peter: Das jugoslawische Wirtschaftssystem, Entwicklung und Wirkungsweise, Tübingen 1969
(18) Lemán, aaO. S. 49
(19) ebenda, S. 57/58
(20) Statistisches Taschenbuch, S. 38 ff.
(21) Lemán, aaO. S. 78
(22) ‚Wer kämpft gegen wen mit der Arbeitsunterbrechung?' in Borba vom 27. 9. 1969, zit. nach osteuropa Jg. 1970 Heft 2 S. A 132
(23) Der Verf. konnte nicht ermitteln, ob diese Restriktionen im Laufe der Wirtschaftsreform modifiziert wurden
(24) Shoup, Paul: The Evolution of a System, in: Problems of Communism, Washington, vol. 18 Jg. 1969, n 4—5
(25) osteuropa Jg. 1970 Heft 1 S. A 56
(26) Economist, London vom 16. 11. 1968, eigene Übersetzung
(27) ebenda
(28) Die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, S. 39
(29) Lemán, aaO. S. 12/13
(30) ebenda, S. 3
(31) Dobias, aaO.
(32) Lemán, aaO. S. 44
(33) Die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, S. 107
(34) Lemán, aaO. S. 24
(35) Lemán, aaO. S. 40/41
(36) ebenda

arbeiterbildung

Neuer Informationsdienst

Einige Genossen, die im Bereich der politischen Bildung arbeiten, haben sich schon öfter, aber unregelmäßig zu Gesprächen über ihre Arbeit getroffen. Dabei wurde ständig der Wunsch nach einer kontinuierlichen Diskussion von Erfahrungen, Perspektiven und Strategien geäußert.
Wie wir aus den Diskussionen mit anderen Genossen wissen, wird auch von ihnen diese Notwendigkeit gesehen. Um diesen Erfahrungsaustausch und längerfristig auch die Zusammenarbeit unter den Genossen zu ermöglichen, die Arbeiterbildung betreiben, soll zusammen mit dem Sozialistischen Büro ein Informationsdienst herausgegeben werden.
Wir sind uns darin einig, daß es heute Ziel der Arbeiterbildung sein muß, die intellektuellen und praktischen Fähigkeiten zu entwickeln, die die Arbeiterklasse in die Lage versetzen, gesellschaftliche Widersprüche als Ausdruck des bestehenden Klassenkampfes zu erkennen und mit der organisierten Macht der Arbeiterklasse die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu überwinden. Die politische Funktion von Arbeiterbildung ist im Zusammenhang mit dem organisatoriten Kampf der Arbeiterklasse zu sehen und ist daher von der Arbeiterbewegung und ihren Zielen nicht zu trennen. Arbeiterbildung geht von einer Identität der Interessen von Arbeitern, Angestellten und Beamten aus, die allerdings erst im Bildungsprozeß selbst bewußt gemacht werden muß. In diesen Bildungsprozeß müssen auch diejenigen eingeschlossen werden, die, wie z. B. Schüler, auf lohnabhängige Arbeit vorbereitet werden, oder diejenigen, die selbst nicht unmittelbar lohnabhängige Arbeit leisten, deren Lage aber nur im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Lage der Lohnabhängigen verstanden und geändert werden kann.
Der Info soll, im Sinne der Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro „Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik", auf dem Gebiet der Bildungsarbeit der Zersplitterung der Genossen in verschiedene Gruppierungen dadurch entgegenwirken, daß man die verschiedenen Ansätze von Bildungskonzeptionen bekanntmacht und diskutiert. Dazu ist eine Diskussion notwendig, die immer erkennen läßt, daß der Hauptwiderspruch in dieser Gesellschaft nicht der zwischen Genossen verschiedener Gruppierungen ist, sondern der zwischen Lohnarbeit und Kapital. Das darf allerdings nicht ausschließen, daß unterschiedliche Auffassungen über Strategie und Taktik offen und konsequent diskutiert werden.
Der Info ist gedacht für
- **„Bildungsarbeiter" in den Gewerkschaften, hauptamtliche Mitarbeiter, nebenberufliche Teamer in der Jugendbildungsarbeit, Bildungsobleute,**
- **haupt- und nebenberufliche Mitarbeiter in der Jugend- und Erwachsenenbildung**
- **Mitarbeiter in und an Bildungsstätten**
- **Jugendverbände und Jugendgruppen**
- **Sozialarbeiter, die im Bildungsbereich tätig sind**
- **Politische Gruppen, die Arbeiterbildung betreiben oder betreiben wollen**

Inhaltliche Schwerpunkte des Infos sollen sein
- **Analyse der objektiven Bedingungen für sozialistische Bildungsarbeit**
- **Analyse der Bildungsarbeit in den Institutionen, in denen wir Arbeiterbildung für möglich halten**
- **Berichte über Erfahrungen in der politischen Bildungsarbeit**
- **Beurteilungen von Konzepten, Ansätzen und Modellen**
- **Analyse von Institutionen und Projekten im Hinblick auf Möglichkeiten der Kooperation**
- **Literaturberichte, Buchbesprechungen und Literaturhinweise**
- **Übersicht über wichtige Termine**
- **Materialteil**

Die erste Ausgabe des Info ist soeben erschienen. Sie bringt neben dem editorial Beiträge über das Handwerk der Linken im Bildungsbetrieb, insbesondere der Gewerkschaften, zur Frage Antiautoritarismus oder autoritäre Schulung? und über das Thema Ware, Existenz und Emanzipation. Einzelpreis DM 2,50 + Versandk., Abonnement für 1972 (einschließlich Ausgabe 1) DM 8,—. Bestellungen an Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

REDAKTIONSKOLLEKTIV ARBEITERBILDUNG

organisationen

Sozialpolitische Arbeitskreise

Das Sozialistische Büro hat eine engere Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitische Arbeitskreise (AG SPAK) vereinbart. In der AG SPAK sind knapp 100 projektorientierte Gruppen zusammengeschlossen, die in ca. 45 Orten arbeiten (47 Projektgruppen Obdachlose, 21 Fürsorgeerziehung/Strafgefangene, 9 psychisch Kranke/Drogen, 6 Gastarbeiter, 6 Stadtteilarbeit, 2 Altenhilfe, 1 Kinder-/Schülerladen, 1 Studentenwohnheime, 1 Lehrlingsarbeit, 1 Schulung, 1 Behinderte).
Die AG Spak hat mehrere Materialmappen zur Praxis in sozialen Arbeitsfeldern und zur Schulung herausgebracht. Zur Zeit sind greifbar bzw. in Vorbereitung:
M 2 Materialien zur Sozialisation, M 3 Materialien zur Kinderarbeit, M 4 Materialien zur Arbeit mit psychisch Kranken, M 5 Materialien zu Sommerfreizeiten mit Kindern und Jugendlichen aus Obdachlosensiedlungen, M 6 Materialien zur Stadtteilarbeit, M 7 Materialien zur

„Irgendwo jemand, der noch nicht von mir profitiert?!"
Aus Spontan 4/1972

Schulung I: Politökonomie und Staatstheorie, M 8 Materialien zur Schulung II: Geschichte der Arbeiterbewegung und Organisations-/Parteifrage (nicht vor Juni '72), M 9 Materialien zur Schulung III: Marxismus und Psychoanalyse und Erkenntnistheorie (nicht vor Juni '72), M 10 Materialien zur Kriminologie und Staatstheorie (ab April '72), M 11 Materialien zur Analyse der gesellschaftspolitischen Ziele von Vorschulprogrammen und Vorschulprojekten, M 12 Materialien zur Arbeit im Projektbereich psychisch Kranke (ab April '72). Diese Materialien können gegen Bezahlung über die zentrale SPAK-Geschäftsstelle bezogen werden. Weiterhin veranstaltet die AG SPAK zentrale Seminare und Tagungen. U. a. stehen bevor: 28. 4. bis 1. 5. 72 Treffen des Projektbereichs Psycho anläßlich der sozialpsychiatrischen Arbeitstagung des Mannheimer Kreises; 2. bis 7. 5. 72 Schulung über Methoden der Aktivierung (Gemeinwesenarbeit, aktivierende Befragung etc.); 5. bis 11. 5. 72 Grundschulung in Politischer Ökonomie; Mai 72 Imperialismus-Schulung des Projektbereichs Resozialisierung; 25. 5. bis 1. 6. 72 Vertretertag (MV); 29. 6. bis 2. 7. 72 Ordentliche Tagungen der Projektbereiche Psycho und Resozialisierung sowie Sondertagung des Projektbereichs Wohngebietsarbeit (mit Bewohnern aus Obdachlosensiedlungen); 14. 7. bis 16. 7. 72 Ordentliche Tagung des Projektbereichs Wohngebietsarbeit.
Wer sich für diese Tagungen interessiert bzw. mit örtlichen SPAK-Gruppen in Kontakt treten will, kann nähere Auskünfte und auch die SPAK-Gruppenadressenliste durch die Geschäftsstelle bekommen.
Adresse: Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitische Arbeitskreise, Geschäftsstelle, 62 Wiesbaden, Goldgasse 15, Tel. 06121/374895.

Besucht die Bundeswehr!

Dreiundfünfzig Städte und Gemeinden stehen auf dem Reiseplan der drei mobilen Ausstellungen der Bundeswehr, die im April und Mai kurz nacheinander auf ihre Tournee 1972 gehen. Der Vorstand der Kriegsdienstverweigerer, 35 Kassel-Wilhelmshöhe 1, Postfach 144, schreibt dazu: Ihr solltet nicht versäumen, die Veranstaltungen der Bundeswehr zu besuchen. Es werden wahrscheinlich überall eintägige Besucherkarten an besonders Interessierte ausgegeben. Die Ausstellung unterliegt nicht dem besonderen Schutz des Versammlungsgesetzes. Also gelten nur Schutz vor Angriffen, Hausrecht, Notwehr, mögliche Anzeigen bei Beleidigung u. ä. Bitte schickt alle Zeitungsausschnitte und meldet sofort der Bundesgeschäftsstelle, Tel.: 0561/3 70 37.

Reutlingen	28. April	— 1. Mai
Memmingen	4. Mai	— 7. Mai
Dachau	10. Mai	— 12. Mai
Ebersberg	13. Mai	— 16. Mai
Landau/Isar	18. Mai	— 21. Mai
Burglengenfeld	23. Mai	— 25. Mai
Marktredwitz	27. Mai	— 30. Mai
Hof	2. Juni	— 5. Juni
Bamberg	7. Juni	— 11. Juni
Schweinfurt	13. Juni	— 16. Juni
Fürth	19. Juni	— 22. Juni
Schwabach	23. Juni	— 25. Juni
Nördlingen	27. Juni	— 29. Juni
Heidenheim	30. Juni	— 2. Juli
Göppingen	3. Juli	— 5. Juli
Backnang	7. Juli	— 10. Juli
Ludwigsburg	12. Juli	— 16. Juli
Leonberg	18. Juli	— 20. Juli
Ehingen	22. Juli	— 25. Juli
Stetten	Pause vom 29. 7.	— 20. 8.
Pforzheim	24. August	— 27. August
Ettlingen	29. August	— 31. August
Offenburg	2. Sept.	— 6. Sept.
Freudenstadt	8. Sept.	— 10. Sept.
Schramberg	12. Sept.	— 14. Sept.
Schwenningen	15. Sept.	— 19. Sept.
Singen	21. Sept.	— 24. Sept.
Waldshut	25. Sept.	— 28. Sept.
Lörrach	30. Sept.	— 4. Okt.

Gruppenarbeit im sozialen Bereich

Die Arbeit im sozialen Bereich wird im allgemeinen von sozialistischen Gruppen je nach ihrer ideologischen Linie entweder als nicht relevant für den Klassenkampf radikal abgelehnt oder als Freizeithobby betrieben. Viele Zirkel ziehen sich auf theoretische sozialistische Arbeit zurück, widmen sich aber, um dem Vorwurf der Praxisfeindlichkeit auszuweichen, an irgendeiner entlegenen Stelle des Sozialbereichs einem kleinen Legitimationsprojekt.
Da das aber ebensowenig genügt, wie sozialistische Berufspraxis an irgendeinem fortschrittlichen Institut an der Universität zu haben, oder als Soziologe oder Sozialarbeiter in einer autoritären Verwaltung zu sitzen und abends

„etwas linke Praxis“ zu betreiben, ist es wichtig, daß Sozialarbeiter und andere lernen können, innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft zu überleben, um etwas Neues aufzubauen. Dabei ist der Lernprozeß für die arbeitenden Genossen erst dann gegeben, wenn sie die mühevolle Praxis einer längerfristigen Arbeit im Sozialbereich auf sich nehmen, sich methodische Werkzeuge aneignen und erkennen, daß der Ansatzpunkt der Arbeit ausschließlich die jetzt bestehende Praxis und das hier und heute bestehende Bewußtsein der Arbeiterklasse ist.

Unsere Gruppe versucht im Raum Essen/Bochum etwas in dieser Hinsicht zu tun. Dabei haben wir immer zwei praktische Ziele im Auge: Zum einen, das jeweilige Projekt nach solchen Methoden zu bearbeiten, daß die Arbeit übertragbar wird, d. h. daß andere nach der gleichen Vorgehensweise woanders ähnliche Projekte aufbauen können (1). Zum anderen daß wir bereits jetzt für Juristen, Mediziner, Sozialarbeiter, Architekten usw. alternative Berufspraxis bieten müssen, in der sie angeleitet werden, an der Basis etwas zu lernen über das Bewußtsein der Betroffenen und deren Handlungsmöglichkeiten. Und zwar außerhalb ihres Fachbereiches.

Die Gruppe in Essen/Bochum hat keine feste organisatorische Struktur, sondern besteht aus einzelnen – sich personell oft überlappenden – Projektgruppen, die kooperieren und Erfahrungen austauschen, sowie gemeinsame theoretische Diskussionen führen.

Es werden folgende Projekte betrieben: In Essen und Bochum je eine Wohngemeinschaft für Fürsorgeerziehung. Jeweils 6 Jugendliche, für die der Vormundschaftsrichter Fürsorgeerziehung angeordnet hat oder für die Freiwillige Erziehungshilfe besteht, leben zusammen mit einem Sozialarbeiter, einem pädagogischen Berater, einem Ersatzdienstleistenden und hin und wieder einem Praktikanten zusammen in einer Wohngemeinschaft. Die Arbeit in den beiden Fürsorgekollektiven wird nicht, zumindest nicht unmittelbar, als politische Arbeit verstanden. Jugendliche mit erheblichen Sozialisationsdefiziten und institutionsbedingten Stigmatisierungen haben andere Bedürfnisse als die Lektüre der sozialistischen Klassiker. Die Sozialarbeiter und andere Bezugspersonen brauchen allerdings ein politisches Vorverständnis in dem Sinne, daß die Verhaltensweisen der Jugendlichen als gesellschaftlich verursacht begriffen werden, so daß das Weglernen dieser Verhaltensweisen nicht durch „Einzelfallhilfe“ oder durch moralische Appelle, sondern nur durch den Sozialisierungsprozeß in der Gruppe bewirkt werden können. Das politische Vorverständnis zeigt sich auch darin, daß die Sozialarbeiter und Bezugspersonen von den Jugendlichen lernen, d. h. daß das eigene internalisierte Wertsystem aus bourgeoiser Erziehung durch

links

die Jugendlichen kontrolliert und korrigiert wird. In diesem wie in unseren anderen Projekten sind wir nicht darauf aus, daß wir das Vertrauen der Betroffenen gewinnen. Im Gegenteil: Sie sollen nicht uns vertrauen, sondern ihrer eigenen Gruppe und ihre eigenen Führer produzieren. Die erste unmittelbare politische Lernerfahrung der Sozialarbeiter – wie gut sie auch immer theoretisch geschult sein mögen – ist in diesen Kollektiven die Einsicht, daß das größte Hindernis für politisch effektive Sozialarbeit die kleinbürgerliche Mentalität der Sozialarbeiter und Bezugspersonen selber ist.

Selbstverständlich wird in den Kollektiven mit den Jugendlichen in regelmäßigen Gruppendiskussionen über die Klassenlage von Fürsorgezöglingen und Sozialarbeitern geredet. Das hat auch zu konkreten Aktivitäten der Jugendlichen geführt. Das Bochumer Kollektiv beispielsweise hat vor einiger Zeit ein Meeting aller nordrheinwestfälischen Kollektive organisiert. Ergebnis dieses Meetings war die Herausgabe einer Kollektivzeitung von den Jugendlichen des Bochumer Kollektivs, die für FE-Heime gedacht ist.

Weiterhin wird ein Kinderladen betrieben mit 12 bis 13 Kindern, der lose zusammenhängt mit der Projektgruppe „Proletarische Vorschulerziehung“, die mit Kindern aus Notunterkünften arbeitet (2).

Zur Zeit wird mit einer Projektgruppe eine Drogenberatungsstelle und eine entsprechende Wohngemeinschaft aufgebaut. Eine weitere Gruppe betreibt nach Methoden sozialistischer Gruppen- und Gemeinwesenarbeit Stadtteilarbeit in einem Arbeiterwohnviertel (15 000 EW, 2 Notunterkünfte, 2 Sonderschulen, Rockerclubs, gettoartig von Zechen und Industriebetrieben umgeben). Diese letzte Gruppe versteht sich darüberhinaus als Initiativgruppe, die neue Projekte anregt, methodisch begleitet, Projektanalysen macht und das Training in Methoden für andere Gruppen übernimmt.

Bei den meisten der genannten Projektgruppen besteht jeweils ein eingetragener gemeinnütziger Verein als Rechtsträger. E.V.s werden von uns hauptsächlich dann gegründet, wenn es um Anmietung von Häusern, Finanzierung etc. geht, und um die Möglichkeit sozialistische Sozialarbeiter, Ersatzdienstleistende und andere Genossen einzustellen (und zu bezahlen).

Unsere Strategie ist, Gegeninstitutionen zu gründen, die die Möglichkeit schaffen, antikapitalistische Arbeit im sozialen Bereich institutionell abzusichern und zu finanzieren. Die Gefahren, die darin liegen, zu einem neuen Wohlfahrtsverband zu werden, mit den entsprechenden „blinden Flecken“ und parakapitalistischen Strukturen, sind uns voll bewußt. Wir versuchen das durch dauernde Teamkontrolle der gesamten Gruppe zu verhindern. Das geht soweit, daß wir auch Projekte liquidieren, wenn sie keine sozialistische Perspektive haben, es sei denn, sie können als Abschirm- oder Renommierprojekte (d. h. taktisch notwendig) dienen.

Kontaktadresse: Gesine Mattel u. Bruno Peters, 463 Bochum, Lennershofstr. 66.

(1) Beispiel: Ausbildung statt Ausbeutung – Der Kampf der Essener Lehrlinge, rororo aktuell.
(2) Darüber ist ein ausführlicher Bericht verfaßt worden: „Hi ha ho“, proletarische Vorschulerziehung, Projektgruppe Brelohstraße, Bochum 1972.

Bayrischer Rundfunk

„... Euch wird noch Hören und Sehen vergehen!“

Plakat, 7 Stuttgart 1, Kernerstr. 49

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 06 11 - 83 25 93 ● Redaktionskreis „links“ z. Z. Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Gert Schäfer, Klaus Vack, Mathias Walter, P. C. Walther, Edgar Weick. Geschäftsführende Redaktion z. Z. Andreas Buro, Gert Schäfer (presserechtlich verantwortlich), Klaus Vack ● Vertrieb und Bestellung: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,20, Jahresabonnement DM 15,– zuzüglich DM 2,40 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 610 41; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17 412 695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links“ wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei das Flugblatt „Am Beispiel Angela Davis“, eine Zahlkarte für Angela Davis Sonderkonto, die Bücher- & Paperliste des Sozialistischen Büros und das Arbeiterplakat „Erster Mai: alle vereint“.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere „links“ sozialistische Zeitung ☐ ab 1. 1. 1972

(Bezugspreis für das restliche Jahr 1972 DM 11,– zuzüglich DM 2,– Versandkosten, wobei alle Nummern ab 1. 4. 1972 und soweit vorrätig weitere Ausgaben aus 1972 nachgeliefert werden. Einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheck Ffm. Nr. 610 41, Girokonto Nr. 1/741 269-5 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt – erstmals zum 31. 12. 1972 – werden.)

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Datum: _____

Straße: _____ _____

Unterschrift